

**STADT ESSEN**  
**HAUSHALTSSICHERUNGSKONZEPT**  
**2008/2009 FF.**

<b>A. RAHMENBEDINGUNGEN FÜR DIE ESSENER HAUSHALTS- UND FINANZPOLITIK</b>	<b>2</b>
1. DEUTSCHLAND: KOMMUNALE FINANZSITUATION	2
2. NORDRHEIN-WESTFALEN: LAND DER HAUSHALTSSICHERUNGSKONZEPTE	3
3. STADT ESSEN: FINANZSITUATION	5
3.1 ERGEBNISPLANUNG	5
3.2 EIGENKAPITALENTWICKLUNG	11
4. EUROPÄISCHE UNION: RECHTSENTWICKLUNG	14
<b>B. STRATEGISCHE HAUSHALTSKONSOLIDIERUNG: ZUKUNFTS- UND KONSOLIDIERUNGSSTRATEGIE</b>	<b>15</b>
1. ZIEL DER KONSOLIDIERUNG: AUSGEGLICHERER PRIMÄRHAUSHALT	15
2. SPAREN: 7-PUNKTE-PROGRAMM – 100 MIO. EURO PLUS	22
2.1 KOSTENSENKUNG AUF DAS NIVEAU ANDERER KREISFREIER STÄDTE (BENCHMARKING)	22
2.2 NEUAUSRICHTUNG GROBER AUFGABENBEREICHE UND KOSTENBLÖCKE	26
2.3 ANPASSUNG DER INFRASTRUKTUR AN VERÄNDERTE RAHMENBEDINGUNGEN / BESCHRÄNKUNG AUF Kernaufgaben / PRIORISIERUNG KOMMUNALER AUFGABEN	30
2.4 IMMOBILIENSTEUERUNG	32
2.5 ZENTRALISIERUNG VON QUERSCHNITTAUFGABEN	36
2.6 OPTIMIERUNG DER BETEILIGUNGEN DURCH PORTFOLIOMANAGEMENT	39
2.7 ENTSCULDUNG IM KONZERN	44
3. HSK-TABLEAU FÜR DEN FINANZPLANUNGSZEITRAUM 2008 – 2011 / BILANZ DES PROGRAMMS „100-MIO. EURO PLUS“	48
<b>C. KONSOLIDIERUNGSPROGRAMM 2008/2009 FF.</b>	<b>51</b>
1. PERSONALAUSGABEN	51
2. KONSOLIDIERUNGSBEITRÄGE UND BUDGETWERTE	53
 <u>ANLAGEN</u>	
PRODUKTBEREICHSBUDGETS	67
PORTFOLIOMANAGEMENT	69

## A. RAHMENBEDINGUNGEN FÜR DIE ESSENER HAUSHALTS- UND FINANZPOLITIK

### 1. DEUTSCHLAND: KOMMUNALE FINANZSITUATION

Die Finanzen vieler deutscher Städte und Gemeinden haben sich im letzten Jahr besser, als dies von Konjunkturprognosen unterstellt worden war, entwickelt. Nach Angaben des Statistischen Bundesamtes erzielten die Gemeinden und Gemeindeverbände<sup>1</sup> im Jahr 2006 Einnahmen von insgesamt 158,6 Mrd. Euro und damit 5 % mehr als im Jahr zuvor. Die kassenmäßigen Ausgaben der Gemeinden stiegen dagegen gegenüber dem Vorjahr nur um 1,5 % auf 155,7 Mrd. Euro. Erstmals seit dem Jahr 2000 verzeichnen die Kommunen im Jahr 2006 kein Defizit zwischen Einnahmen und Ausgaben; sie erzielten im Jahr 2006 einen **Finanzierungsüberschuss** von insgesamt **rund 3 Mrd. Euro**<sup>2</sup>.

Diese Entwicklung wurde vor allem von der äußerst positiven Entwicklung der Steuereinnahmen getragen. Diese erhöhten sich aufgrund der konjunkturellen Entwicklung gegenüber dem Vorjahr um 12,4 %. Insbesondere der kräftige Zuwachs bei der Gewerbesteuer (+ 20,7 % auf 28,3 Mrd. Euro<sup>3</sup>) hat zu dem positiven Ergebnis beigetragen. Auch der Gemeindeanteil an der Einkommensteuer in Höhe von 20,1 Mrd. Euro stieg gegenüber 2005 spürbar (+ 8,6 %). Die Grundsteuereinnahmen der Kommunen erhöhten sich um 1,7 % auf 9,3 Mrd. Euro.

Steuerart	Aufkommen		Veränderung gegenüber dem Vorjahreszeitraum	
	2005	2006	in Mio. EUR	in v.H.
	in Mio. EUR			
<b>Gewerbesteuer (netto)</b>	23.420,7	28.275,9	4.855,2	20,7
<b>Gemeindeanteil an der Einkommensteuer</b>	18.536,9	20.133,9	1.596,9	8,6
<b>Gemeindeanteil an der Umsatzsteuer</b>	2.632,0	2.755,4	123,4	4,7
<b>Grundsteuer</b>	9.130,7	9.283,4	152,6	1,7
<b>Sonstige Steuern und steuerähnliche Einnahmen</b>	599,7	583,9	-15,9	-2,6
<b>Steuern (netto) insgesamt</b>	<b>54.320,0</b>	<b>61.032,4</b>	<b>6.712,3</b>	<b>12,4</b>

Steueraufkommen der Gemeinden in Deutschland

Auch für 2007 lässt die Steuereinnahmentwicklung darauf schließen, dass sich die Finanzsituation der Kommunen insgesamt weiter verbessert. Nach Mitteilung des Statistischen Bundesamtes werden die kommunalen Steuereinnahmen im Jahr 2007 auf 70,5 Mrd. Euro wachsen. Für das Jahr 2008 gehen die Steuerschätzer von einem Zuwachs um 3,1 % auf 72,7 Mrd. Euro aus. Bis zum Jahr 2011 werden die Steuereinnahmen der Prognose zufolge auf insgesamt 83,3 Mrd. Euro steigen.

<sup>1</sup> Ohne Stadtstaaten

<sup>2</sup> Der Finanzierungsüberschuss berücksichtigt die Einnahmen der Stadt Dresden aus dem Verkauf ihres Wohnungsbestandes in Höhe von 1 Mrd. Euro.

<sup>3</sup> Nach Abzug der an Bund und Länder abzuführenden Gewerbesteuerumlage.

Auf der Ausgabenseite konnte das Wachstum auf 1,5 % begrenzt werden, obwohl die sozialen Leistungen der Kommunen im Jahr 2006 insgesamt um 1,2 Mrd. Euro auf 36,6 Mrd. Euro (+ 3,3 %) gestiegen sind.

Die laufenden Sachausgaben nahmen 2006 um 3,0 % auf 31,2 Mrd. Euro zu, die Personalausgaben der Gemeinden gingen dagegen um 0,9 % auf 40,5 Mrd. Euro zurück. Erstmals wieder sind seit 1999 die kommunalen Ausgaben für Sachinvestitionen gestiegen (+ 2,4 % auf 19,1 Mrd. Euro). Der Zuwachs bei den Ausgaben für Baumaßnahmen fiel dabei etwa gleich stark aus (+ 2,3 % auf 14,7 Mrd. Euro).

Die Kommunen reduzierten ihre Schulden, die sie zur Finanzierung ihrer Haushalte am Kreditmarkt aufgenommen hatten, im Jahr 2006 um 2,0 Mrd. Euro (Nettotilgung). Der Stand ihrer Kreditmarktschulden erreichte dadurch zum Ende des Jahres 2006 rund 82,0 Mrd. Euro (31.12.2005: 84,0 Mrd. Euro).

Trotz des positiven Gesamtbildes der Kommunalfinanzen bleiben die Haushalte zahlreicher Städte in Deutschland hochgradig defizitär. Hinter der günstigen Gesamtentwicklung verbergen sich gravierende regionale und lokale Unterschiede. Nach wie vor sind zahlreiche Städte gezwungen, ordentliche Aufwendungen dauerhaft mit Kassenkrediten zu finanzieren, die eigentlich zur Überbrückung kurzfristiger Liquiditätsengpässe dienen sollten. Die Kassenkredite lagen im Jahr 2006 mit 27,5 Mrd. Euro auf Rekordhöhe. Seit 2000 haben sie sich damit vervierfacht.

## 2. NORDRHEIN-WESTFALEN: LAND DER HAUSHALTSSICHERUNGSKONZEPTE

Im Vergleich zur Gesamtheit der Kommunen in Deutschland stiegen die Einnahmen der Gemeinden in Nordrhein-Westfalen im Jahr 2006 nur verhalten an. Nach dem Ergebnis der amtlichen Kassenstatistik beliefen sich die Einnahmen der Kommunen im Jahr 2006 auf insgesamt 39,7 Mrd. Euro und damit 1,4 % mehr als im Vorjahr.

Die wirtschaftliche Entwicklung in Deutschland wirkte sich auch in den nordrhein-westfälischen Gemeinden positiv auf die Kommunalsteuern aus. Wie aus der nachfolgenden Tabelle hervorgeht, stiegen die Steuereinnahmen gegenüber dem Jahr 2005 um 1,9 Mrd. Euro.

Steuerart	Aufkommen		Veränderung gegenüber dem Vorjahreszeitraum	
	2005	2006		
	in Mio. EUR		in Mio. EUR	in v.H.
<b>Gewerbesteuer (netto)</b>	6.547,4	8.062,4	1.515	23,1
<b>Gemeindeanteil an der Einkommensteuer</b>	4.857,9	5.198,5	340,6	7,0
<b>Gemeindeanteil an der Umsatzsteuer</b>	690,8	722,8	32,0	4,6
<b>Grundsteuer</b>	2.492,9	2.534,4	41,5	1,7
<b>Sonstige Steuern und steuerähnliche Einnahmen</b>	188,8	166,7	-22,1	-11,7
<b>Steuern (netto) insgesamt</b>	<b>14.777,5</b>	<b>16.685,0</b>	<b>1.907,5</b>	<b>12,9</b>

Steueraufkommen der Gemeinden in NRW

Die positive Steigerung bei den Steuereinnahmen wurde allerdings in der öffentlichen Wahrnehmung vielfach mit einer Erholung der Kommunalfinanzen gleichgesetzt. So erfreulich sich die Entwicklung bei den Steuereinnahmen auch darstellt, so musste bei den anderen wichtigen Einnahmebereichen jedoch eine gegenläufige Entwicklung festgestellt werden:

- Die laufenden Zuweisungen, Zuschüsse und Erstattungen des Landes an die Gemeinden reduzierten sich um rund 414 Mio. Euro bzw. 5,8 %.
- Die Investitionszuweisungen gingen um rund 390 Mio. Euro bzw. 18,2 % zurück.
- Die Erwerbseinnahmen der Kommunen aus Mieten, Pachten, Gewinnanteilen, Konzessionsabgaben etc. verringerten sich deutlich um rund 459 Mio. Euro bzw. 10,9 %.

Neben dem moderaten Anstieg der Einnahmen konnte im Jahr 2006 seit Jahren erstmals auch ein Rückgang bei den Ausgaben der Kommunalhaushalte verzeichnet werden. Insgesamt gingen die Ausgaben um 0,6 % bzw. rund 240 Mio. Euro gegenüber dem Jahr 2005 zurück. Im Ergebnis bedeutet dies, dass trotz steigender Steuereinnahmen die Konsolidierungslinie nicht verlassen wurde.

Im Gesamtergebnis mussten die Gemeinden des Landes im Jahr 2006 ein **Finanzierungsdefizit** von insgesamt **rund 809 Mio. Euro** ausweisen. Dies stellt zwar gegenüber dem Jahr 2005 fast eine Halbierung dar, dennoch bleibt die kommunale Finanzlage in NRW weiter angespannt. Ein Indiz dafür ist der neue **Höchststand der Kassenkredite** zum Jahresende 2006 **mit rund 12,54 Mrd. Euro**. Dagegen konnten die Investitionsschulden um rund 500 Mio. Euro vermindert werden.

Ein weiteres Indiz für die angespannte Finanzlage der nordrhein-westfälischen Kommunen ist die Tatsache, dass sich Ende 2006 insgesamt 197 der 427 Städte, Gemeinden und Kreise in Nordrhein-Westfalen in der Haushaltssicherung befanden. Von diesen 197 verfügten wiederum 115 über ein nicht genehmigtes Haushaltssicherungskonzept, weil sie hierfür die grundsätzlichen Rahmenbedingungen der nordrhein-westfälischen Gemeindeordnung nicht erfüllen konnten. Von den 23 kreisfreien Städten konnten in Nordrhein-Westfalen lediglich 5 Städte einen ausgeglichenen Haushalt vorlegen.

All dies sind Belege für die völlig **unzureichende kommunale Finanzausstattung** und für die dringend erforderliche und lange überfällige **Gemeindefinanzreform!**

### 3. STADT ESSEN: FINANZSITUATION

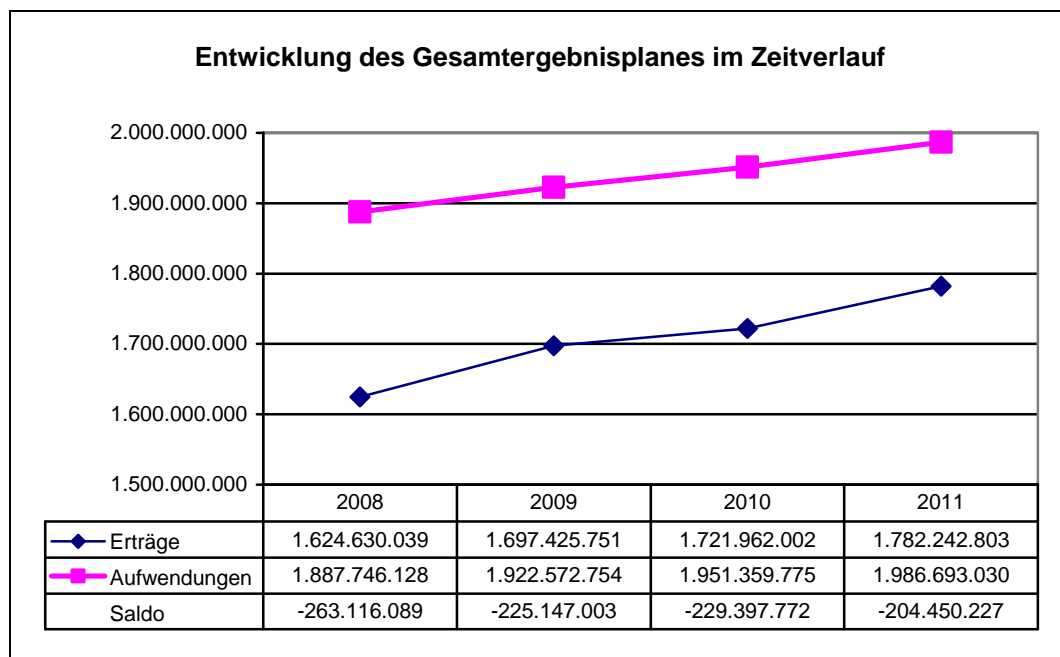
Die Haushaltssituation der Stadt Essen ist unverändert durch zu geringe Erträge, zu hohe Aufwendungen und damit durch erhebliche strukturelle Fehlbedarfe gekennzeichnet. Dies führt in den nächsten Jahren im Ergebnis zu einer weiteren Neuverschuldung und einem weiter wachsenden Schuldenstand.

Die nachfolgende Analyse der aktuellen Haushaltssituation der Stadt Essen erfolgt anhand des Gesamtergebnisplanes 2008/2009 und erläutert das Zustandekommen der geplanten Jahresergebnisse.

#### 3.1 ERGEBNISPLANUNG

Der Gesamtergebnisplan weist als Jahresergebnis einen Fehlbedarf von 263,1 Mio. Euro für das Jahr 2008 und einen Fehlbedarf von rund 225,1 Mio. Euro für das Jahr 2009 aus.

In der nachfolgenden Grafik ist die Entwicklung der Erträge, der Aufwendungen und der Fehlbedarfe (Saldo) für den Finanzplanungszeitraum bis zum Jahr 2011 dargestellt.



Ergebnisplanung 2008 - 2011

Die Grafik verdeutlicht, dass:

- die Erträge im Finanzplanungszeitraum um rund 158 Mio. Euro ansteigen, was auf steigende Gewerbesteuererträge zurückzuführen ist;
- in den Jahren 2008 bis 2011 die Aufwendungen um rund 99 Mio. steigen, im Wesentlichen durch steigende Zinsaufwendungen;

- sich die geplanten Ergebnisse leicht verbessern. Der Jahresfehlbetrag kann bis zum Jahr 2011 um rund 59 Mio. Euro gesenkt werden.

Wie sich die prognostizierten Ergebnisse im Detail zusammensetzen, wird aus dem Gesamtergebnisplan 2008/2009 deutlich:

<b>Gesamtergebnisplan 2008/2009</b>		<b>Ansatz 2008</b>	<b>Ansatz 2009</b>
		<b>€</b>	<b>€</b>
1	Steuern und ähnliche Abgaben	734.317.056	766.333.000
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	398.708.734	428.856.553
3	+ Sonstige Transfererträge	8.362.200	8.362.200
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	251.534.609	260.434.756
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	36.616.819	36.819.384
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	105.719.750	107.746.940
7	+ Sonstige ordentliche Erträge	70.676.797	70.754.197
8	+ Aktivierte Eigenleistungen	3.930.053	3.435.651
9	+/- Bestandsveränderungen		
<b>10</b>	<b>= Ordentliche Erträge</b>	<b>1.609.866.019</b>	<b>1.682.742.681</b>
11	- Personalaufwendungen	-339.057.100	-347.130.150
12	- Versorgungsaufwendungen	-47.845.900	-49.075.500
13	- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	-379.360.408	-381.092.037
14	- Bilanzielle Abschreibungen	-78.898.985	-78.707.900
15	- Transferaufwendungen	-658.146.253	-663.542.871
16	- Sonstige ordentliche Aufwendungen	-250.015.983	-255.320.646
<b>17</b>	<b>= Ordentliche Aufwendungen</b>	<b>-1.753.324.628</b>	<b>-1.774.869.104</b>
<b>18</b>	<b>= Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit</b> (= Zeilen 10 und 17)	<b>-143.458.609</b>	<b>-92.126.423</b>
19	+ Finanzerträge	12.043.370	11.916.270
20	- Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen	-131.700.850	-144.936.850
<b>21</b>	<b>= Finanzergebnis (= Zeilen 19 und 20)</b>	<b>-119.657.480</b>	<b>-133.020.580</b>
<b>22</b>	<b>= Ordentliches Ergebnis (Zeilen 18 und 21)</b>	<b>-263.116.089</b>	<b>-225.147.003</b>
23	+ Außerordentliche Erträge	2.720.650	2.766.800
24	- Außerordentliche Aufwendungen	-2.720.650	-2.766.800
<b>25</b>	<b>= Außerordentliches Ergebnis (= Zeilen 23 und 24)</b>	<b>0</b>	<b>0</b>
<b>26</b>	<b>= Jahresergebnis (=Zeilen 22 und 25)</b>	<b>-263.116.089</b>	<b>-225.147.003</b>
27	+ Entnahme aus Rücklagen	263.116.089	225.147.003
<b>28</b>	<b>= Bilanzergebnis</b>	<b>0</b>	<b>0</b>

Bei genauerer Betrachtung zeigt sich, dass sich das Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (Zeile 18) zwar sehr positiv entwickelt, diese Entwicklung jedoch durch erhebliche Verschlechterungen beim Finanzergebnis (Zeile 21) überschattet wird.

Die Frage, inwieweit die Ergebnisse auf die laufende Verwaltungstätigkeit zurückzuführen sind, oder ob die Jahresergebnisse mehr durch das Finanzergebnis der Stadt Essen beeinflusst

werden, lässt sich durch die **Ergebnisquote der laufenden Verwaltungstätigkeit**<sup>4</sup> beantworten. Die Quote beträgt im Jahr 2008 rund 55 % und wird bis zum Jahr 2011 auf rund 21 % zurückgehen. Damit hat die Finanzrechnung bereits einen Anteil von 45 % (2008) bzw. 79 % (2011) an den negativen Jahresergebnissen. Dieser hohe und im Finanzplanungszeitraum dramatisch ansteigende Anteil ist im Wesentlichen auf die Steigerung der Zinsaufwendungen zurückzuführen.

Die nachfolgende Tabelle verdeutlicht diese Entwicklung für den Finanzplanungszeitraum bis zum Jahr 2011:

Ausgewählte Eckdaten (in Mio. Euro)					
		2008	2009	2010	2011
Ordentliche Erträge		1.609,9	1.682,7	1.707,3	1.767,8
Ordentliche Aufwendungen	-	1.753,3	1.774,8	1.783,9	1.810,6
Ergebnis der lfd. Verwaltungstätigkeit	=	-143,4	-92,1	-76,6	-42,8
Finanzergebnis	+	-119,7	-133,0	-152,8	-161,6
Jahresergebnis	=	-263,1	-255,1	-229,4	-204,4

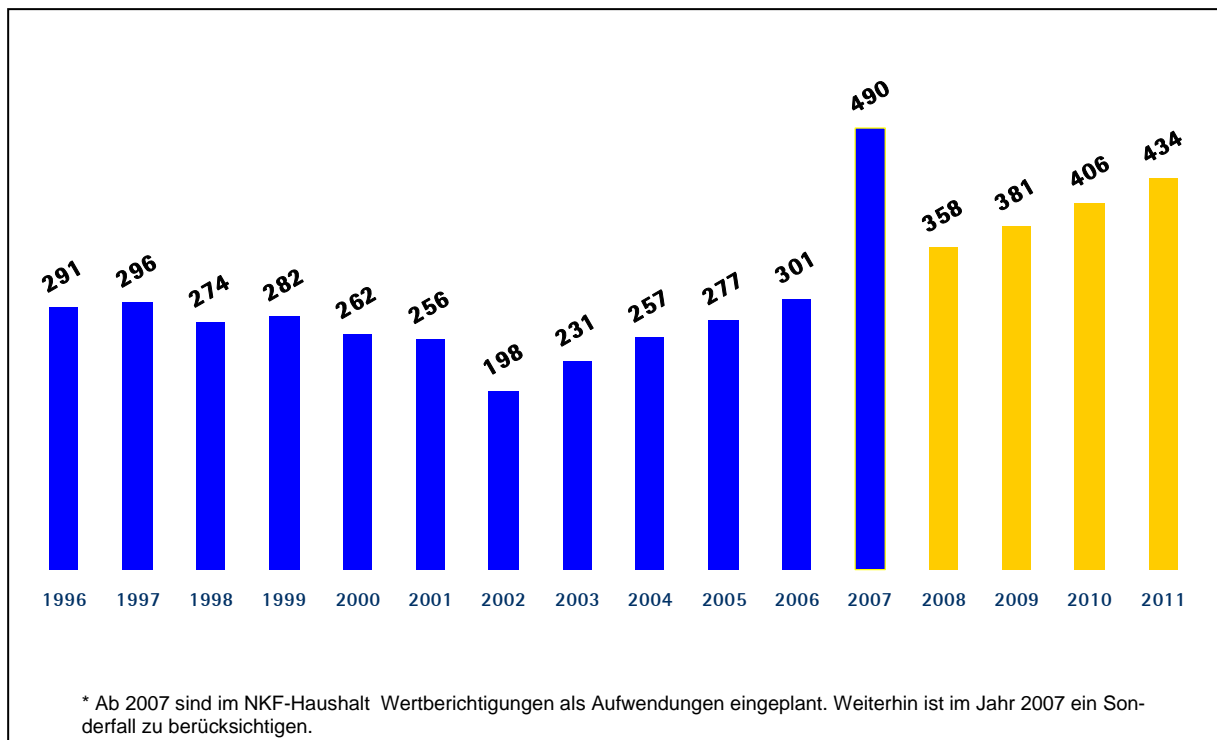
Zur weiteren Analyse der Haushaltssituation der Stadt Essen dienen im Weiteren ausgewählte **Strukturkennzahlen**, aus denen sich der Anteil einer Ertrags- oder Aufwandsart an den Gesamterträgen oder Gesamtaufwendungen ablesen lässt.

Die **Steuerquote**<sup>5</sup> gibt an, zu welchem Teil sich die Gemeinde selbst finanzieren kann und somit unabhängig von staatlichen Zuwendungen ist. Sie beträgt in Essen rund 46 % (2008). Aufgrund der prognostizierten Gewerbesteuererhöhungen ist im Finanzplanungszeitraum mit einer leicht steigenden Steuerquote auf rund 48 % (2011) zu rechnen.

Hierbei muss jedoch berücksichtigt werden, dass gerade die Gewerbesteuereinnahmen aufgrund von Steuerrechtsänderungen und der wirtschaftlichen Entwicklung starken Schwankungen unterworfen sind. Angesichts der gegenwärtigen Wirtschaftsentwicklung ist zwar die aktuelle Steuerprognose in jeder Hinsicht fundiert, es liegt allerdings in der Natur der Sache, dass Prognosen zum voraussichtlichen Wachstum der Steuereinnahmen Schätzrisiken unterliegen. Insbesondere kann der Wendepunkt einer konjunkturellen Entwicklung nie genau prognostiziert werden. Die Gewerbesteuer kann daher nicht als verlässliche und stabile Einnahmequelle der Kommunen bezeichnet werden.

<sup>4</sup> Ergebnisquote der laufenden Verwaltungstätigkeit = Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit x 100 / Jahresergebnis

<sup>5</sup> Steuerquote = Steuererträge x 100 / Ordentliche Erträge



Gewerbesteuereinnahmen in Mio. Euro (bis 2007: Rechnungsergebnisse, ab 2008: Ansätze)

Wie aus der dargestellten Gewerbesteuerentwicklung der letzten Jahre hervorgeht, konnte die Stadt Essen im Jahr 1996 Gewerbesteuererinnahmen von rund 291 Mio. Euro verzeichnen. Dieses Einnahmenniveau wurde erst im Jahr 2006 (rd. 301 Mio. Euro), also zehn Jahre später, wieder erreicht. Das herausragende Ergebnis im Jahr 2007 ist auf einen steuerlichen Einzelfall zurückzuführen. Ab dem Jahr 2008 verläuft die Gewerbesteuerentwicklung entsprechend den Orientierungsdaten des Deutschen Städtetages.

Die für die Einnahmeentwicklung negativen Auswirkungen im Zeitraum 1996 bis 2002 sind vor allem auf Änderungen des Steuerrechts zurückzuführen. Größter Einflussfaktor war der Wegfall der Besteuerung des Gewerkekapitals im Jahr 1998. Steuerliche Gegenfinanzierungsmaßnahmen, wie die Einführung des Gemeindeanteils an der Umsatzsteuer im gleichen Jahr, konnten den eingetretenen Steuerausfall nicht kompensieren. Darüber hinaus wurden im Jahr 2001 die Veräußerungen von Beteiligungen steuerfrei gestellt, so dass sich die Gewerbesteuererinnahmen in Essen weiterhin rückläufig entwickelten. Als Ergebnis der steuerrechtlichen Änderungen flossen der Stadt Essen im Jahr 2002 nur Gewerbesteuererinnahmen von rund 198 Mio. Euro zu, dies entsprach im Vergleich zum Jahr 1996 einem prozentualen Rückgang von nahezu 32 %.

Im Zeitraum 2002 bis 2007 erfuhr das Steuerrecht dann Änderungen mit eher positiven Auswirkungen für die Einnahmenentwicklung der Stadt Essen. In 2002 erfolgte eine Änderung der Voraussetzungen der gewerbesteuerlichen Organschaft, in 2004 wurde der gewerbesteuerliche Verlustvortrag eingeschränkt. Infolge dessen stiegen die Gewerbesteuererinnahmen im Jahr 2004 auf rund 257 Mio. Euro an.

Neben diesen Steuerrechtsänderungen haben aber in der Vergangenheit auch wirtschaftliche Einflussfaktoren die rückläufige Einnahmenentwicklung mit beeinflusst. Die Konjunkturerwicklung, die Globalisierung der Märkte und die Öffnung der Weltmärkte führten dazu, dass



ein Großteil der Unternehmensgewinne im Ausland erzielt wurde. Auch die Liberalisierung der Energiemärkte führte in den Anfangsjahren zu Ertragseinbrüchen bei den Energieversorgern. Erst die zunehmende Konjunkturbelebung seit 2006 führt zu einer Steigerung der Gewerbesteuerereinnahmen.

**Anfang 2008** hat das Steuerrecht, aufgrund der **Unternehmenssteuerreform**, Änderungen mit erheblichen Auswirkungen auf die Entwicklung der Essener Gewerbesteuerereinnahmen erfahren. Ziel der Unternehmenssteuerreform ist die Senkung der steuerlichen Belastung der Unternehmen. Dieses Ziel wird durch die Senkung des Körperschaftsteuersatzes auf 15 % sowie durch die Senkung der Steuermesszahl der Gewerbesteuer auf einheitlich 3,5 % erreicht.

Als Ausgleich zur Unternehmenssteuerreform stellt die Gewerbesteuer ab 2008 für die Unternehmen keine abzugsfähige Betriebsausgabe mehr dar. Unzweifelhaft ist diese Abschaffung der Gewerbesteuer als Betriebsausgabe für die Kommunen die Gegenfinanzierungsmaßnahme mit der größten Auswirkung. Sie wird jedoch kaum die benötigte Korrekturmasse darstellen.

Des Weiteren ist die Hinzurechnung von Entgelten für Schulden im Gewerbesteuergesetz vollkommen neu geregelt. Bisher erfolgte die Hinzurechnung zu 50 % für Entgelte von Dauerschulden. Ab 2008 werden sämtliche Finanzierungskosten zu 25 % dem Gewerbeertrag hinzugerechnet, soweit die Summe den Betrag von 100 T€ übersteigt. Im Bereich des Körperschaftsteuerrechts erfolgt die Einführung der Zinsschranke, mit der der Gesetzgeber erreichen möchte, dass die Eigenkapitalquote deutscher Unternehmen erhöht wird. Zudem soll der Minderung des deutschen Steuersubstrates entgegengewirkt werden. Der Abzug der Zinsaufwendungen wird grundsätzlich bis zur Höhe der Zinserträge möglich sein. Der übersteigende Betrag ist nur noch eingeschränkt abzugsfähig. Des Weiteren hat der Gesetzgeber die Grenze bei „Geringwertigen Wirtschaftsgütern“ und deren Sofortabschreibung neu geregelt.

Aber auch speziell für international tätige Unternehmen enthält das Unternehmenssteuerreformgesetz besondere Regelungen zur sogenannten Funktionsverlagerung.

Durch die Internationalisierung der deutschen Wirtschaft und auf Grund der hohen Steuersätze hat sich die Bedeutung der grenzüberschreitenden Steueroptimierung verschärft. Insbesondere Konzerne versuchen Wertschöpfungen aus Deutschland in Niedrigsteuerländer möglichst steuerfrei zu verschieben.

Bei der Beurteilung der Essener Gewerbesteuerereinnahmen muss darüber hinaus berücksichtigt werden, wie sich die Steuerzahler tatsächlich zusammensetzen.

**Derzeit (Stand: 31.03.2008) zahlen von 40.900 angemeldeten Gewerbebetrieben lediglich 7.410 Unternehmen in Essen Gewerbesteuer. Dies entspricht einem prozentualen Anteil von 18,1 %. Von diesen zahlen 50 Gewerbebetriebe 87,5 % des gesamten Gewerbesteueraufkommens der Stadt Essen. Mit andern Worten: Die Gewerbesteuerereinnahmen in Essen sind von wenigen Steuerzahlern abhängig!**

Die verbleibenden Gewerbeanmeldungen, die nicht zu Gewerbesteuerereinnahmen führen, bestehen zum einem aus Betrieben, die Gewinne unterhalb des Gewerbesteuer-Freibetrags erzielen, sowie Betrieben, die lediglich eine Betriebsstätte in Essen halten oder organschaftlich verbunden sind.

Weitere Strukturkennzahlen:

Die Zuwendungen Dritter im Finanzplanungszeitraum steigen leicht an. Es handelt sich hierbei im Wesentlichen um die Schlüsselzuweisungen des Landes. Die sog. **Zuwendungsquote**<sup>6</sup> in Essen beträgt im **Jahr 2008 rund 25 %**. Im Jahr 2011 wird sie nach den derzeitigen Planungen rund 23 % betragen.

Die für die Jahre 2008 und 2009 geplanten **Personalaufwendungen** in Höhe von rund 339 Mio. Euro (2008) bzw. 347 Mio. Euro (2009) entsprechen **rund 19 %** der gesamten ordentlichen Aufwendungen (**Personalintensität 1**<sup>7</sup>). Zuzüglich der Versorgungsaufwendungen in Höhe von rund 48 Mio. Euro (2008) bzw. 49 Mio. Euro (2009) beträgt der Anteil der personalbedingten Aufwendungen rund 21 % an den gesamten ordentlichen Aufwendungen. Eine Bewertung dieser Quoten kann nur im interkommunalen Produktvergleich und nur unter Berücksichtigung erfolgter Ausgliederungen erfolgen.

Zur Klärung der Frage, in welchem Ausmaß die Stadt Essen Sach- und Dienstleistungen von Dritten in Anspruch nimmt, wird die sog. **Sach- und Dienstleistungsintensität**<sup>8</sup> ermittelt. Der geplante Umfang in Essen beträgt im Jahr 2008 rund 379 Mio. Euro bzw. **rund 22 %** der ordentlichen Aufwendungen.

Mit der **Transferaufwandsquote**<sup>9</sup> wird ermittelt, in welchem Umfang die Kommune durch Transferaufwendungen belastet wird. In Essen beträgt die Quote im Jahr 2008 bei einem Aufwand von rund 658 Mio. Euro **rund 38 %**, d.h. nahezu 40% der ordentlichen Aufwendungen bestehen aus Transferzahlungen. Hierbei muss jedoch berücksichtigt werden, dass es sich bei Transferaufwendungen um Leistungen nach SGB II, nach SGB VIII, nach SGB XII (Grundsicherung), Umlagen an den Landschaftsverband und an den Regionalverband Ruhrgebiet, Zuschüsse an kommunale Sonderrechnungen für lfd. Zwecke, Gewerbesteuerumlage und Finanzierungsbeteiligung Fond Deutsche Einheit handelt. Nicht enthalten ist die Leistungsbeteiligung der Stadt Essen an den Kosten der Unterkunft und Heizung für Arbeitssuchende (Hartz IV), da es sich bei diesen Aufwendungen um „Sonstige ordentliche Aufwendungen“ handelt. **Die Transferaufwandsquote gibt daher nicht das Verhältnis der Sozialaufwendungen an den gesamten ordentlichen Aufwendungen wider.**

Um festzustellen, in welchem Ausmaß der Essener Haushalt durch „Soziale Leistungen“ belastet wird, ist der Zuschussbedarf für die Produktbereiche 1.05 (Soziale Leistungen) und 1.06 (Kinder-, Jugend- und Familienhilfe) sowie die Umlage an den LVR den Steuereinnahmen gegenüberzustellen. Wie die nachfolgende Grafik verdeutlicht, müssen im Durchschnitt der Jahre 2008 bis 2011 **rund 74 %** der gesamten Einnahmen aus Steuern und ähnlichen Abgaben für soziale Leistungen aufgebracht werden.

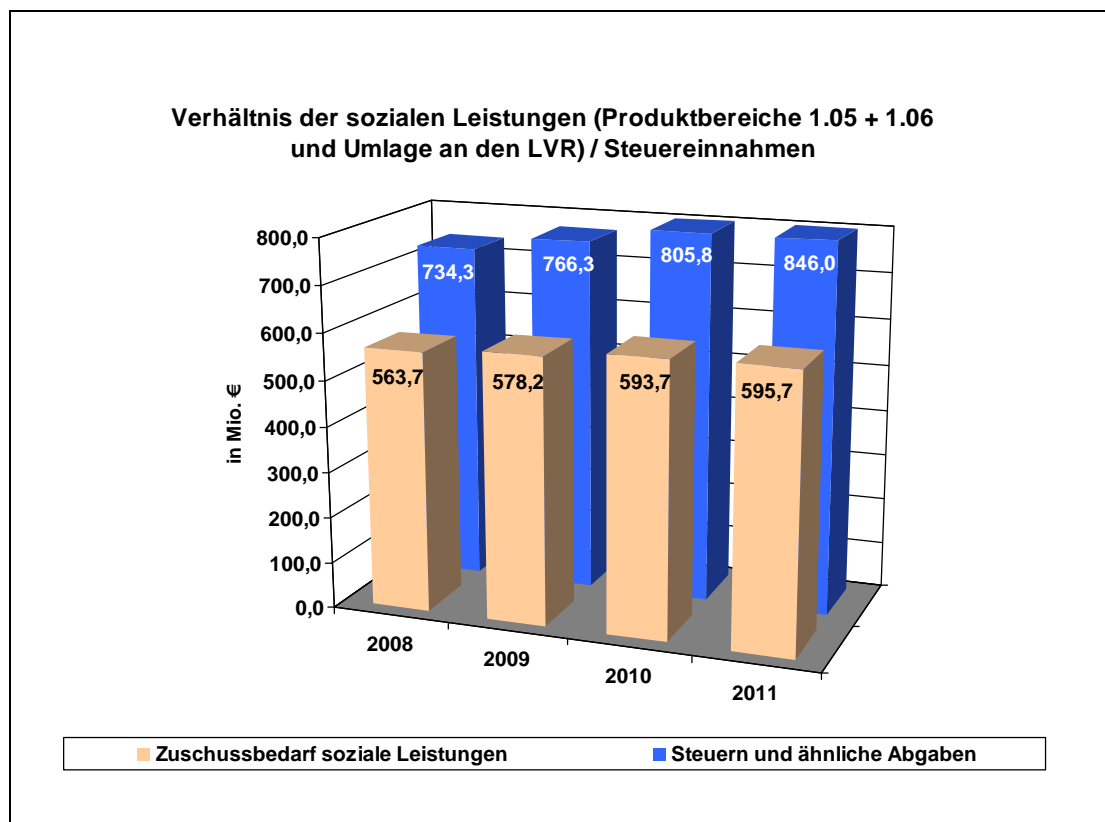
---

<sup>6</sup> Zuwendungsquote =  $\text{Zuwendungen} \times 100 / \text{Ordentliche Erträge}$

<sup>7</sup> Personalintensität I =  $\text{Personalaufwendungen} \times 100 / \text{Ordentliche Aufwendungen}$

<sup>8</sup> Sach- und Dienstleistungsintensität =  $\text{Aufwendungen für Sach- u. Dienstleistungen} \times 100 / \text{Ordentliche Aufwendungen}$

<sup>9</sup> Transferaufwandsquote =  $\text{Transferaufwendungen} \times 100 / \text{Ordentliche Aufwendungen}$



Gegenüberstellung des Zuschussbedarfs für soziale Leistungen und den Einnahmen aus Steuern und ähnlichen Abgaben

Die **Zinslastquote**<sup>10</sup> wird nach den derzeitigen Planungen von **7,77 % im Jahr 2008** auf **9,57 % im Jahr 2011** ansteigen. Das bedeutet, dass die Zinsaufwendungen im Jahr 2011 bereits eine Größenordnung von 10 % aller Aufwendungen aus laufender Verwaltungstätigkeit ausmachen und den Haushalt der Stadt Essen zusätzlich zu den ordentlichen Aufwendungen belasten. Dies entspricht im Jahr 2011 einem Betrag von rund 173,3 Mio. Euro an Zinsen und sonstigen Finanzaufwendungen.

### 3.2 EIGENKAPITALENTWICKLUNG

Das Eigenkapital oder Reinvermögen einer Kommune schafft die Brücke zwischen den Generationen. In diesem Zusammenhang wird von der sog. „intergenerativen Gerechtigkeit“ gesprochen. D.h., wenn das Vermögen der Kommune erhalten bleibt, reicht die heutige Generation die Summe an Werten an die nächste Generation weiter, die sie von ihrer Vorgängergeneration übernommen hat. Die Notwendigkeit, das kommunale Vermögen zu erhalten, ergibt sich aus dem obersten Prinzip der kommunalen Haushaltswirtschaft: **Sicherung der stetigen Aufgabenerfüllung!**

<sup>10</sup> Zinslastquote = Zinsaufwendungen x 100 / ordentliche Aufwendungen

Diese grundsätzliche Bedeutung des Eigenkapitals bedeutet jedoch nicht, dass die Stadt Essen keine Vermögensgegenstände veräußern sollte. Um beispielsweise Unterhaltungs- oder Zinsaufwendungen zurückzuführen, kann es notwendig werden, sich von einem Teil des Vermögens zu trennen. Die Vermögensstruktur auf der Aktivseite der Bilanz ist daher nicht statisch, sondern kann sich ständig ändern. Wesentlich ist vielmehr, dass es der Stadt Essen gelingt, den Anteil des ihr selbst gehörenden Vermögens in ausreichender Höhe zu erhalten. Die Höhe des Eigenkapitals bzw. die Eigenkapitalquote gibt daher darüber Auskunft, welcher Teil des Vermögens den Bürgerinnen und Bürgern der Stadt und nicht den Banken gehört.

Das in der zum 01.01.2007 aufgestellten Eröffnungsbilanz ausgewiesene Eigenkapital der Stadt Essen beträgt rund 2,04 Mrd. Euro. Bei einer Bilanzsumme von rund 6,4 Mrd. Euro errechnet sich eine **Eigenkapitalquote von rund 32 %<sup>11</sup>**.

Fraglich ist, wie sich das Eigenkapital aufgrund der dramatischen Haushaltssituation der Stadt Essen in den nächsten Jahren verändert bzw. ob und wann das Eigenkapital aufgezehrt ist. Zur Beantwortung dieser Frage dient die sog. Eigenkapitalreichweite.

### Eigenkapitalreichweite

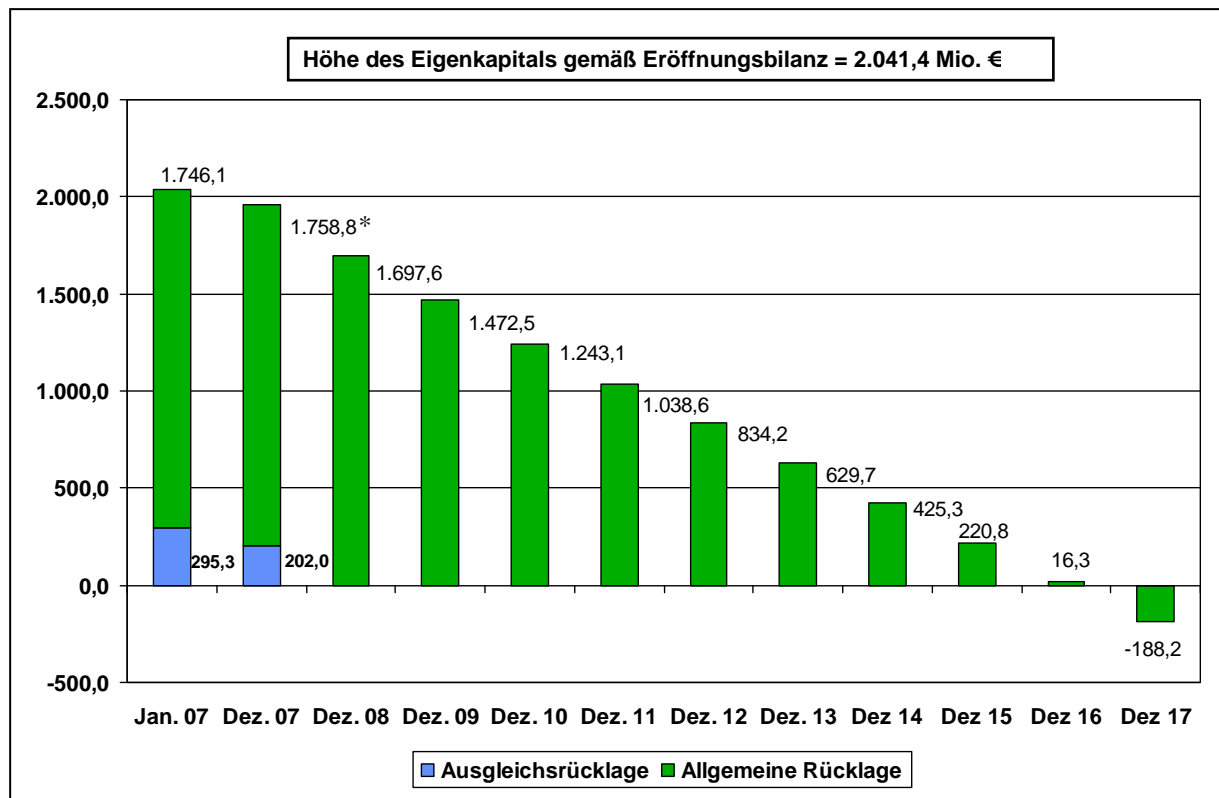
$$\text{Eigenkapitalreichweite} = \frac{\text{Eigenkapital}}{\text{Negatives Jahresergebnis}}$$

Die **Eigenkapitalreichweite der Stadt Essen beträgt zur Zeit 6,45 Jahre**. Unter Berücksichtigung der prognostizierten Jahresergebnisse entwickelt sich die Eigenkapitalreichweite bis zum Jahr 2011 wie folgt:

	Dezember 2008	Dezember 2009	Dezember 2010	Dezember 2011
Eigenkapital in Mio.€	1.697,6	1.472,5	1.243,1	1.038,6
Jahresergebnis in Mio €	-263,1	-225,1	-229,3	-204,4
<b>Eigenkapitalreichweite</b>	<b>6,45 Jahre</b>	<b>6,54 Jahre</b>	<b>5,42 Jahre</b>	<b>5,08 Jahre</b>

Wie die Hochrechnung in der nachfolgende Grafik verdeutlicht, führen die jährlichen Verluste dazu, dass das bilanzielle Eigenkapital der Stadt Essen bis zum Jahr 2017 komplett aufgezehrt sein wird. Sämtliche Vermögensgegenstände der Stadt würden dann nicht mehr den Bürgerinnen und Bürgern, sondern ausschließlich den Banken gehören, die der Stadt Essen über Investitions- und Liquiditätskredite Geld zur Verfügung gestellt haben.

<sup>11</sup> Eigenkapitalquote I = Eigenkapital x 100 / Bilanzsumme



Eigenkapitalentwicklung (\* Korrektur Eröffnungsbilanz zum 31.12.2007)

Die Frage drängt sich auf, ob und wie die Stadt Essen die finanzielle Situation bis zum Jahr 2017 und darüber hinaus ohne gravierende Einschränkungen überstehen kann. Ein privatwirtschaftliches Unternehmen hätte schon heute mit ernststen Konsequenzen zu rechnen:

- Eine Kreditgewährung ohne ausreichende Sicherheiten wäre angesichts der schlechten Ertragslage kaum noch möglich.
- Durch das steigende Kreditrisiko würden sich die Kreditkosten, also die Zinsen für aufgenommene Kredite, erhöhen und damit zusätzlich die Ertragslage belasten.
- Die durch Verluste dokumentierte unzureichende unternehmerische Qualität führt zu einer Verschlechterung des Ratings, welches auch nach außen hin schlechte Bonität verkündet und den Kapitalbeschaffungsprozess zusätzlich verschärft.

Ob und wie weit es zulässig ist, privatwirtschaftliche Aspekte auf den kommunalen Bereich zu übertragen, wird die Zukunft zeigen. Bereits heute zeigt sich jedoch schon, dass einige Banken Kreditlinien definieren, reduzieren bzw. eine Kreditvergabe bei nicht genehmigtem Haushaltssicherungskonzept gänzlich ausschließen. Bisher war es noch möglich ausreichend Liquidität zu beschaffen. Gespräche mit einigen Banken lassen jedoch vermuten, dass auch hier an Kriterien gearbeitet wird, die die Höhe, Laufzeit und Kosten von Kreditvergaben in Abhängigkeit von der Finanzlage der Kommunen einschränken werden. Das Risikomanagement der Banken, das durch aktuelle Schieflagen einiger Banken sowie durch die Krise am US-Hypothekenmarkt unter besonderer Beobachtung steht, wird sich diesem Druck beugen müssen und den aufgezeigten Prozess zusätzlich verschärfen.

Die Stadt Essen ist gefordert, durch geeignete Maßnahmen darzustellen, dass die Qualität des Managements die Schlussfolgerung zulässt, für die Zukunft eine Perspektive der finanzwirtschaftlichen Genesung im Sinne des „Going-Concern-Prinzips“<sup>12</sup> anstreben zu wollen. Der erste unvermeidbare Schritt ist die Aufstellung eines umsetzbaren genehmigungsfähigen Haushaltssicherungskonzeptes. Nur so lassen sich die sichere Überschuldung der Stadt und eine politische Kapitulation der Verantwortlichen vor den gestellten Herausforderungen vermeiden.

#### 4. EUROPÄISCHE UNION: RECHTSENTWICKLUNG

##### Änderungen im EU-Beihilferecht schränken kommunale Bürgschaften ein

Mit Wirkung zum 01.01.2007 ist die bis zum Jahre 2013 geltende neue De-minimis-Verordnung in Kraft getreten. Nach einer Übergangsfrist bis zum 30.06.2007 fallen ab dem 01.07.2007 gewährte Bürgschaften unter die neuen Regelungen.

Was bedeutet das für die Gewährung von Bürgschaften durch die Stadt Essen?

Als vorläufiges Ergebnis kann festgehalten werden, dass das nach der bisherigen De-minimis-Regelung in der Stadtverwaltung praktizierte Verfahren unter Berücksichtigung eines pauschalen Beihilfewertes von 0,5 %, der durch die Leistung eines Bürgschaftsentgeltes in gleicher Höhe kompensiert wird, und damit nicht zum Vorliegen einer Beihilfe führt, unter Geltung der neuen De-minimis-Verordnung nicht mehr aufrecht erhalten werden kann. Die nach der Neuregelung maßgebliche "unschädliche" Größenordnung von 1,5 Mio. Euro hilft in den nunmehr zur Entscheidung anstehenden Fällen einer Neuaufnahme bzw. Prolongation von Darlehen in keiner Weise weiter, da das Darlehensvolumen bei den betroffenen städtischen Gesellschaften diesen Betrag um ein Vielfaches übersteigt.

Für alle städtischen Gesellschaften, die nicht deshalb von Art. 87 Abs. 1 EGV ausgenommen sind, weil die verbürgten Kredite keine Auswirkungen auf den gemeinsamen Markt haben oder weil das Vorhaben lediglich lokal beschränkte Auswirkungen hat, ist eine Bürgschaftsgewährung oberhalb von 1,5 Mio. Euro in der Zukunft wohl nicht mehr möglich.

Angesichts der aktuellen Rechtslage könnten sich für einige zukünftig anstehende Investitionsvorhaben Bürgschaftsgewährungen als Finanzierungsgrundlage ausschließen. Ob ersatzweise eine Bankfinanzierung ohne kommunale Bürgschaft erfolgen kann, ist im Einzelfall denkbar. Dabei ist eine Erhöhung der Kreditkosten gegenüber einem verbürgten Darlehen einzukalkulieren. Den Gesellschaften kann nur empfohlen werden, sich frühzeitig über die Möglichkeit zukünftiger Finanzierungen Klarheit zu verschaffen. Eine Finanzierung über den städtischen Haushalt ist unter der gegenwärtigen Prämisse der Bezirksregierung "keine Netto-Neuverschuldung" mehr als fraglich.

---

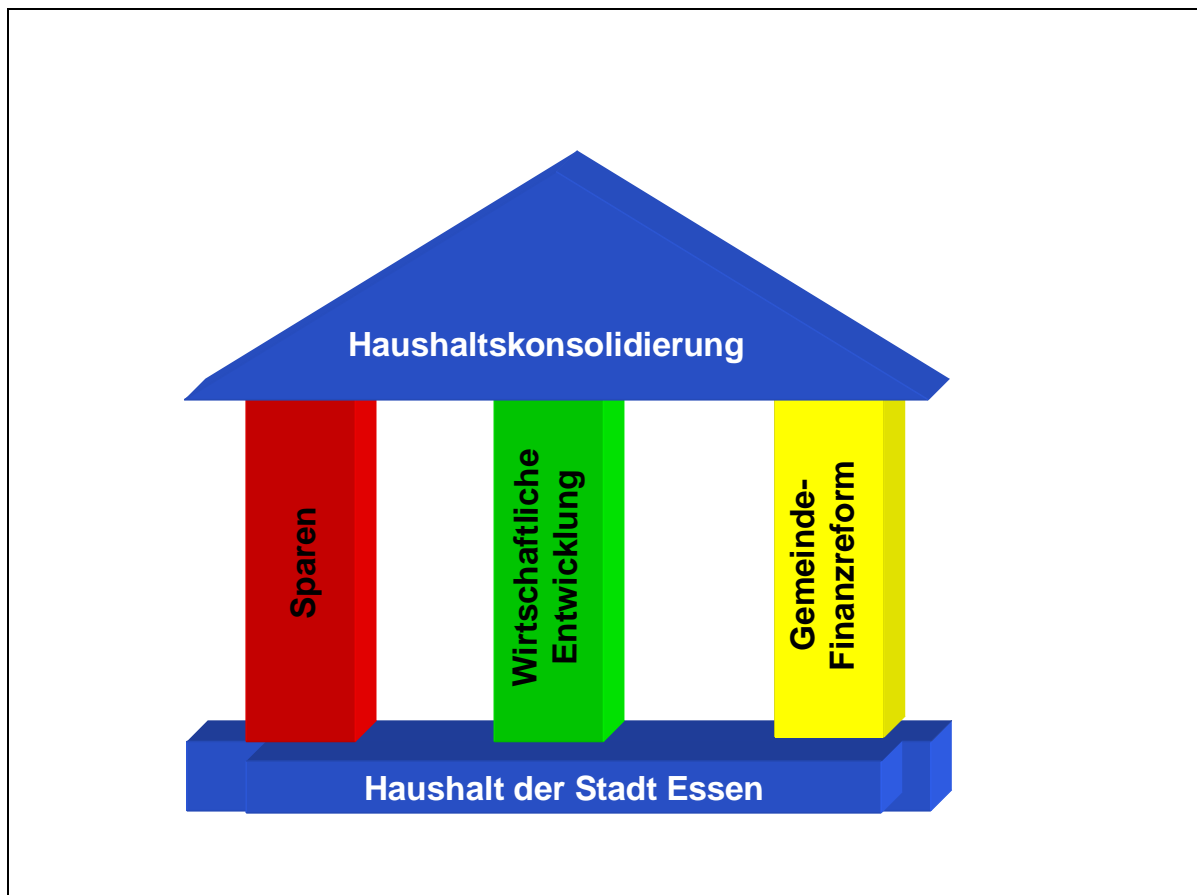
<sup>12</sup> Grundsatz der Unternehmensführung

## B. STRATEGISCHE HAUSHALTSKONSOLIDIERUNG: ZUKUNFTS- UND KONSOLIDIERUNGSSTRATEGIE

### 1. ZIEL DER KONSOLIDIERUNG: AUSGEGLICHERER PRIMÄRHAUSHALT

Essen hat den in den zurückliegenden Jahren eingeschlagenen Konsolidierungskurs erfolgreich fortgeführt. Das vom Rat der Stadt beschlossene Konsolidierungsprogramm wurde und wird konsequent umgesetzt.

Neben dem **Sparen** basiert das Gesamtkonzept zur Sanierung des Essener Haushalts auf einer positiven **wirtschaftlichen Entwicklung** und einer unverzichtbaren **Gemeindefinanzreform**. Vor dem Hintergrund der unzureichenden und mit erheblichen Risiken verbundenen Gewerbesteuererinnahmen wird es zukünftig verstärkt darauf ankommen, gewerbesteuerstarke Wirtschaftszweige in Essen zu halten und neu anzusiedeln. Hierdurch wird auf Dauer die Finanzkraft, insbesondere die Steuereinnahmestärke, gestärkt. Jeder Zugewinn an Wirtschaftskraft ist ein wichtiger Beitrag zur langfristigen Sicherung des städtischen Haushalts.



3-Säulen-Modell

Seit der strategischen Neuausrichtung im Jahr 2005 konnten die Konsolidierungs- und Sparanstrengungen innerhalb des Konzerns Stadt Essen erheblich verstärkt werden. Um den kommunalen Haushalt soweit wie möglich aus eigener Kraft zu sanieren und dabei die Zukunfts-

potenziale der Stadt nicht zu beeinträchtigen, verfolgt die Stadt Essen zwei wesentliche finanzpolitische Zielsetzungen:

Es gilt im Konzern Stadt Essen, dass alle Beteiligten – sowohl die Verwaltungseinheiten als auch die öffentlichen Betriebe – mitwirken, damit die Konzernmutter Stadt sobald wie möglich dauerhaft einen ausgeglichenen Primärhaushalt ausweisen kann.

**Dieses Ziel AUSGEGLICHERER PRIMÄRHAUSHALT (bzw. Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit null) konnte erstmals im Jahr 2007 erreicht werden.** Nach dem im Entwurf vorliegenden Jahresabschluss zum 31.12.2007 ist das Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit im Jahr 2007 mit 5,3 Mio. Euro positiv, d.h. die ordentlichen Aufwendungen werden vollständig durch die ordentlichen Erträge gedeckt.

	IST 2007 Mio. €	PLAN 2007 Mio. €	Abweichung Mio. €
Ordentliche Erträge	1.719,0	1.624,6	+94,4
Ordentliche Aufwendungen	1.713,7	1.764,8	+51,1
<b>Ergebnis der lfd. Verwaltungstätigkeit</b>	<b>+5,3</b>	<b>-140,2</b>	<b>+145,5</b>

Zum positiven Ergebnis des Primärhaushalts 2007 haben die ordentlichen Erträge mit einer Verbesserung von 94,4 Mio. Euro zum Plan beigetragen; im Wesentlichen die Entwicklung des Steueraufkommens. Steuern und ähnliche Abgaben überstiegen im Jahr 2007 den Planansatz um 59,8 Mio. Euro. Das Gewerbesteueraufkommen übersteigt den Planansatz 2007 um 56,2 Mio. Euro. Weitere Bestandteile des Steueraufkommens, die Gemeindeanteile an der Einkommen- und Umsatzsteuer, überstiegen den Planansatz um 3,7 Mio. Euro.

Neben der positiven Entwicklung der Erträge haben auch Verbesserungen bei den ordentlichen Aufwendungen in Höhe von 51,1 Mio. Euro zum positiven Ergebnis des Primärhaushalts beigetragen; hier insbesondere bei den Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen und den Transferaufwendungen.

Der strukturelle Ausgleich des Primärhaushalts – wie bereits im Jahr 2007 realisiert – muss im Finanzplanungszeitraum dauerhaft erreicht werden, damit die Stadt Essen nicht immer mehr neue Schulden für die laufende Verwaltungstätigkeit aufnehmen muss. Sobald dieses nachhaltige Ziel erreicht ist, müssen die „Überschüsse“ im Primärhaushalt in einem nächsten Schritt dazu genutzt werden, um die Schulden und damit die dramatischen Zinsbelastungen abzubauen und damit auch das Finanzergebnis nachhaltig zu verbessern. Um diesen Prozess zu beschleunigen, kann es parallel geboten sein – wenn die Marktlage positiv ist – Vermögenswerte zu veräußern. Dann wird das Jahresergebnis der Stadt Essen auch dem Niveau vergleichbarer Städte entsprechen.

Mit anderen Worten: **Solange die ordentlichen Aufwendungen höher als die ordentlichen Erträge sind, ist es höchste Priorität, das negative Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit zu verringern bzw. den laufenden Primärhaushalt auszugleichen. Parallel dazu müssen die dramatischen Zinsbelastungen reduziert und die Schulden zurückgeführt werden.**



Zur Umsetzung der finanzpolitischen Zielsetzung hat der Rat der Stadt im Jahr 2005 das „7-Punkte-Programm – 100 Mio. Euro PLUS“ mit den folgenden ineinander greifenden Strategieansätzen beschlossen:

- **Kostensenkung auf das Niveau anderer kreisfreier Städte (Benchmarking);**
- **Neuausrichtung großer Aufgabenbereiche und Kostenblöcke;**
- **Anpassung der Infrastruktur an veränderte Rahmenbedingungen / Beschränkung auf Kernaufgaben / Priorisierung kommunaler Aufgaben;**
- **Immobiliensteuerung;**
- **Zentralisierung von Querschnittsaufgaben;**
- **Optimierung der Beteiligungen durch Portfoliomanagement;**
- **Entschuldung im Konzern.**

Zur grundlegenden Erläuterung der Strategieansätze wird auf das Haushaltssicherungskonzept 2005 ff. verwiesen.

**Im Rahmen des Haushaltssicherungskonzeptes 2008/2009 wird auf die Strategieansätze besonders eingegangen, bei denen eine Intensivierung vorgesehen ist bzw. aktuelle Entwicklungen eingetreten sind.**

Wesentlich ist für die Stadt Essen aktuell vor allem, dass neben dem oben genannten 7-Punkte-Programm, das im Wesentlichen ein „Sparprogramm“ ist und die erste Säule des 3-Säulen-Modells bedient, neue Gedanken und Erweiterungen zum Thema **„Wirtschaftliche Entwicklung“** stattfinden. Obgleich in Essen zur Zeit eine rege Bautätigkeit und Essen erfolgreich bei Ansiedlungen ist (z.B. ThyssenKrupp), muss dieser positive Weg der **Stadtentwicklung** weiter intensiviert werden. Dabei sollte aber nun verstärkt die „Höhe der Gewerbesteuererinnahme“ im Vordergrund stehen. Ansiedlungen und Cluster, die hier nachhaltig für deutlich mehr Einnahmen sorgen, sollten bevorzugt werden. Darauf sollte auch von den Verantwortlichen mit neuen Ideen und Umsetzungsstrategien gezielter hingearbeitet werden. Dazu hat das Stadtsteueramt in einem ersten Schritt die Wirtschaftsbetriebe in der Stadt Essen als auch in der Bundesrepublik nach der Höhe der Gewerbesteuererinnahmen aufbereitet, ohne dabei gegen das Steuergeheimnis zu verstoßen.

Auf Initiative des Stadtkämmerers haben sich namhafte Professoren bereiterklärt, die Stadt Essen bei der weiteren Ausgestaltung der Essener Konsolidierungsstrategie zu unterstützen. Diesem Mitte des Jahres 2007 gegründeten **„Ökonomischen Fachbeirat“** gehören derzeit an:

- Rheinisch-Westfälisches Institut für Wirtschaftsforschung (RWI) unter Leitung von Herrn Professor Dr. Schmidt,
- Herr Professor Dr. Junkernheinrich (Westfälische Wilhelms-Universität Münster) in Kooperation mit der Forschungsgesellschaft für Raumfinanzpolitik mbH Bottrop (FORA),
- Frau Professor Scott (Fachhochschule Anhalt).

Trotz der bisherigen Konsolidierungserfolge zeichnet sich die gegenwärtige Finanzsituation unverändert dadurch aus, dass die Stadt Essen zur Erledigung der kommunalen Aufgaben nach wie vor mehr Geld ausgegeben muss als ihr durch Steuern etc. an Einnahmen zur Verfügung stehen. Als Folge dieser strukturellen Schiefelage muss die Stadt Essen zur Finanzierung der laufenden Aufgaben weiterhin neue Kassenkredite aufnehmen, die eigentlich nur zur Überbrückung vorübergehender Liquiditätsengpässe dienen sollen. Mit anderen Worten: Die Stadt lebt zwangsläufig seit Jahren über ihre Verhältnisse!

Der mehr als Besorgnis erregende Stand der **Kassenkredite** verdeutlicht die Situation in dramatischer Weise: Zum 31.12.2007 sind die Liquiditätskredite der Stadt auf rund **1,57 Mrd. Euro** angestiegen. Die Zinslast zur Finanzierung der Kassenkredite wird im Jahr 2008 auf rund 76,0 Mio. Euro steigen.

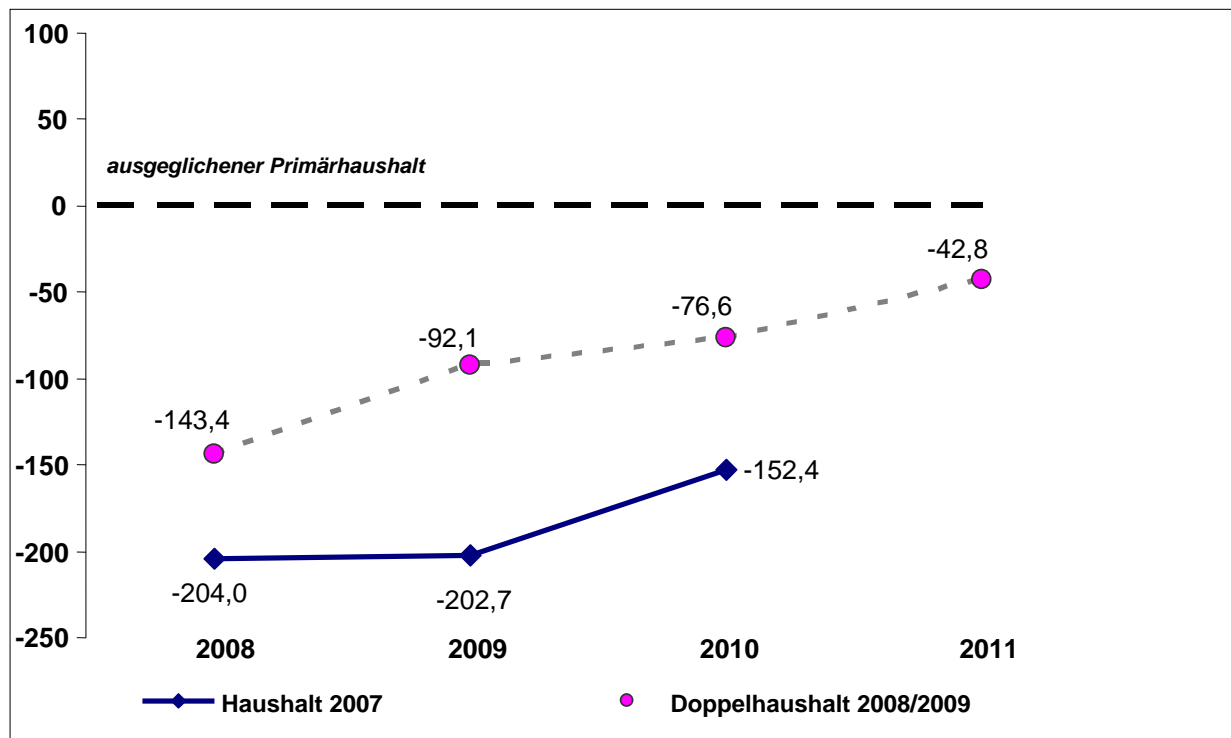
Um den alarmierenden Anstieg der Neuverschuldung zu bremsen, hat der Rat der Stadt mit der Verabschiedung des Haushalts 2007 als mittelfristiges Konsolidierungsziel beschlossen, die ordentlichen Aufwendungen durch strukturelle Maßnahmen soweit zu reduzieren, bis diese durch ordentliche Erträge gedeckt werden.

Der sich hieraus ergebende Konsolidierungsumfang entspricht dem im Gesamtergebnisplan ausgewiesenen negativen Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit der nächsten Jahre:

	Ansatz 2008 T€	Ansatz 2009 T€	Planung 2010 T€	Planung 2011 T€
Ordentliche Erträge	1.609.866	1.682.743	1.707.371	1.767.802
Ordentliche Aufwendungen	-1.753.325	-1.774.869	-1.783.932	-1.810.630
Ergebnis der lfd. Verwaltungstätigkeit	-143.459	-92.126	-76.561	-42.828

Der aktuelle Konsolidierungsumfang im Primärhaushalt beläuft sich bis zum Jahr 2011 auf rund 43 Mio. Euro!

Der Vergleich mit der mittelfristigen Finanzplanung des beschlossenen Haushalts 2007 zeigt, dass die weiteren Konsolidierungsbemühungen und die wirtschaftliche Entwicklung dazu beigetragen haben, dass sich das Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit verbessert:



Entwicklung des Primärhaushalts

Statt der mit Verabschiedung des Haushaltes 2007 erwarteten Fehlbeträge im Primärhaushalt der mittelfristigen Finanzplanung von -204,0 Mio. Euro (2008), -202,7 Mio. Euro (2009) und -152,4 Mio. Euro (2010) wird das Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit in den kommenden Jahren voraussichtlich mit einem Saldo von -143,4 Mio. Euro (2008), -92,1 Mio. Euro (2009) und -76,6 Mio. Euro (2010) abschließen.

Die Veränderungen der ordentlichen Erträge und der ordentlichen Aufwendungen gegenüber der bisherigen Finanzplanung zeigen, wie die aktuell eingeplanten Verbesserungen im Primärhaushalt zustande kommen:

Veränderungen des Primärhaushalts in Mio. Euro	2008	2009	2010
ordentliche Erträge	71,7	132,6	102,0
ordentliche Aufwendungen	11,1	22,0	26,2
<b>Ergebnis der lfd. Verwaltungstätigkeit</b>	<b>+60,6</b>	<b>+110,6</b>	<b>+75,8</b>

Der Vergleich zeigt, dass die Entlastungen im Primärhaushalt auf Steigerungen bei den ordentlichen Erträgen zurückzuführen ist. Gleichzeitig konnte der Zuwachs bei den ordentlichen

Aufwendungen trotz Kostensteigerungen eingeschränkt werden. Nachfolgend werden die wesentlichen Gründe hierfür aufgezeigt:

### Ordentlichen Erträge

Gegenüber der bisherigen Finanzplanung steigen die ordentlichen Erträge bis zum Jahr 2010 kontinuierlich an. Wie aus der nachfolgenden Tabelle hervorgeht, ist diese Steigerung aufgrund der guten konjunkturellen Entwicklung im Wesentlichen auf die prognostizierten Zuwächse bei den Steuern und ähnlichen Abgaben zurückzuführen.

	<b>2008</b>	<b>2009</b>	<b>2010</b>
<b>Steuern und ähnliche Abgaben</b>	<b>+ 43.461.056</b>	<b>+ 57.662.000</b>	<b>+ 61.162.000</b>
<b>+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen</b>	<b>+26.549.945</b>	<b>+ 72.822.561</b>	<b>+ 34.874.821</b>
<b>+ Sonstige Transfererträge</b>	<b>+74.450</b>	<b>+75.400</b>	<b>+76.400</b>
<b>+ Öffentlich-Rechtliche Leistungsentgelte</b>	<b>-1.959.402</b>	<b>- 373.593</b>	<b>+ 4.841.000</b>
<b>+ Privatrechtliche Leistungsentgelte</b>	<b>+ 4.968.203</b>	<b>+ 4.617.653</b>	<b>+ 4.383.803</b>
<b>+ Erträge aus Kostenerstattung/-umlage</b>	<b>- 1.583.750</b>	<b>- 2.478.210</b>	<b>- 3.462.060</b>
<b>+ Sonstige ordentliche Erträge</b>	<b>+ 204.547</b>	<b>+ 335.947</b>	<b>+ 136.302</b>
<b>+ Aktivierte Eigenleistungen</b>	<b>+/- 0</b>	<b>+/- 0</b>	<b>+/- 0</b>
<b>+/- Bestandsveränderungen</b>	<b>+/- 0</b>	<b>+/- 0</b>	<b>+/- 0</b>
<b>= Ordentliche Erträge</b>	<b>+ 71.715.049</b>	<b>+ 132.661.758</b>	<b>+ 102.012.266</b>

### Ordentliche Aufwendungen

Bei der Aufstellung des Haushaltsplanentwurfs 2008/2009 wurden absehbare Kostensteigerungen und Sondersachverhalte berücksichtigt, so dass entsprechende Aufwandssteigerungen im Doppelhaushalt eingeplant wurden. Bis zum Jahr 2010 ergaben sich hierdurch notwendige Mehrbedarfe von 12,8 Mio., Euro (2008), 24,1 Mio. Euro (2009) und 29,4 Mio. Euro (2010).

Um die im Haushaltssicherungskonzept 2007 festgelegte HSK-Linie einhalten zu können, wurden diese anerkannten Mehraufwendungen durch pauschale Kürzungen bei den Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen, den Transferaufwendungen und den sonstigen ordentlichen Aufwendungen in allen Produktbereichen wieder ausgeglichen. Diese vom Verwaltungsvorstand beschlossene pauschale Kürzung stellt für alle Bereiche in den nächsten Jahren eine besondere Kraftanstrengung dar, ermöglicht jedoch, die Konsolidierungserfordernisse auf breite Schultern zu verteilen (Stichwort: Konsolidierungsgerechtigkeit).

Im Verlauf der Haushaltsplanberatungen sind gegenüber dem Haushaltsplan-Entwurf bis zum Jahr 2010 im Saldo weitere **Aufwandssteigerungen** in Höhe von 27,5 Mio. Euro (2008),

45,1 Mio. Euro (2009) und 49,2 Mio. Euro (2010) eingetreten, die im Wesentlichen auf folgende Sachverhalte zurückzuführen sind:

- **Kommunalisierung der Versorgungsverwaltung**  
+4,7 Mio. Euro (2008) / +4,7 Mio. Euro (2009) / +4,7 Mio. Euro (2010)
- Bisher nicht eingeplante **Tarifsteigerungen für den öffentlichen Dienst**  
+8,4 Mio. Euro (2008) / +14,6 Mio. Euro (2009) / +13,5 Mio. Euro (2010)
- **Gebührenhaushalte Abfallwirtschaft/Entwässerung**  
+5,9 Mio. Euro (2009) / +11,7 Mio. (2010)
- **Umlagen LVR / RVR**  
+3,7 (2008) / +11,8 Mio. Euro (2009) / +12,6 Mio. Euro (2010)
- Einrichtung **Zentralbudget Kulturhauptstadt**  
+1,0 Mio. Euro (2008) / +1,0 Mio. Euro (2009) / +2,0 Mio. Euro (2010)
- **Zollverein**  
+3,1 Mio. Euro (2008)

Die im Verlauf der Haushaltsplanberatungen eingetretenen Aufwandssteigerungen aufgrund des **Tarifabschlusses für den öffentlichen Dienst** und aufgrund des im Büro des Oberbürgermeisters eingerichteten **Zentralbudgets** für Maßnahmen im Rahmen der **Kulturhauptstadt** konnten durch erneute pauschale Kürzungen in allen Produktbereichen wieder ausgeglichen werden.

Trotz dieser weiteren pauschalen Kürzung sind gegenüber der bisherigen Finanzplanung Mehraufwendungen in Höhe von 11,1 (2008), 22,0 (2009) bzw. 26,2 (2010) unvermeidbar, die sich wie folgt darstellen:

	2008	2009	2010
<b>Personalaufwendungen</b>	<b>+ 7.214.100</b>	<b>+ 12.054.950</b>	<b>+ 10.317.200</b>
<b>+ Versorgungsaufwendungen</b>	<b>+ 1.630.550</b>	<b>+ 2.460.150</b>	<b>+ 2.689.400</b>
<b>+ Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen</b>	<b>+ 5.180.020</b>	<b>+ 5.206.940</b>	<b>+ 10.281.296</b>
<b>+ Bilanzielle Abschreibungen</b>	<b>- 3686.073</b>	<b>- 1.748.185</b>	<b>- 1.024.170</b>
<b>+ Transferaufwendungen</b>	<b>+ 3.665.183</b>	<b>+ 10.443.151</b>	<b>+ 11.554.119</b>
<b>+ Sonstige ordentliche Aufwendungen</b>	<b>- 2.811.464</b>	<b>- 6.359.917</b>	<b>- 7.595.649</b>
<b>= Ordentliche Aufwendungen</b>	<b>+ 11.192.316</b>	<b>+ 22.057.089</b>	<b>+ 26.222.196</b>

Die Summe der aufgeführten wesentlichen Veränderungen ist in den jeweiligen Jahren höher, als die im Doppelhaushalt ausgewiesenen Mehraufwendungen. Dieses Ergebnis lässt daher den Schluss zu, dass sämtliche von der Stadt beeinflussbaren ordentlichen Aufwendungen soweit zurückgeführt wurden, dass sie den beschlossenen Konsolidierungsvorgaben des Rates entsprechen.

## 2. SPAREN: 7-PUNKTE-PROGRAMM – 100 MIO. EURO PLUS

### 2.1 KOSTENSENKUNG AUF DAS NIVEAU ANDERER KREISFREIER STÄDTE (BENCHMARKING)

In welchen Aufgaben- und Produktbereichen erwirtschaftet die Stadt Essen weniger Erträge bzw. verursacht höhere Aufwendungen als andere, vergleichbare Städte? Von dieser Fragestellung ausgehend zielt der Strategieansatz darauf ab, durch einen **kontinuierlichen Städtevergleich**<sup>13</sup> die Bereiche zu identifizieren, in denen die Stadt Essen ihre Leistungen kostenintensiver erstellt, um daraus zusätzliche Konsolidierungspotenziale abzuleiten.

Beim Vergleich der kommunalen Haushaltsdefizite zeigt sich seit Jahren, dass die Stadt Essen unter den größten Städten der Bundesrepublik Deutschland den unrühmlichen ersten Platz einnimmt.

Bei den bisherigen interkommunalen Vergleichen durch das Zentrale Konsolidierungsmanagement (ZKM) wurde festgestellt, dass in nahezu der Hälfte aller Aufgabenbereiche der Essener Stadtverwaltung „Auffälligkeiten“ bestehen, die ein deutliches Optimierungspotenzial bei der Aufgabenerledigung vermuten lassen.

Die bisher ermittelten und vom Rat der Stadt beschlossenen Konsolidierungsbeiträge der Fachbereiche, der jeweilige Umsetzungsstand sowie weitere im Doppelhaushalt veranschlagte Ergebnisverbesserungen sind im aktualisierten Konsolidierungsprogramm 2008/2009 ff. berücksichtigt (vgl. Kapitel C).

Einen ähnlichen Ansatz verfolgt die **Gemeindeprüfungsanstalt NRW (GPA)**, die im Rahmen ihrer überörtlichen Prüfung eine Wirtschaftlichkeitsuntersuchung der Stadt Essen im interkommunalen Vergleich vornimmt. Hierbei werden alle 23 kreisfreien Städten Nordrhein-Westfalens anhand ausgewählter Kennzahlen untersucht. Als **Kernbereiche der überörtlichen Prüfung** wurden festgelegt:

- Finanzen
- Kultur / Erwachsenenbildung
- Jugend
- Soziales (einschließlich Hartz IV)
- Bauleistungen / Infrastruktur
- Gebäudewirtschaft
- Öffentlicher Gesundheitsdienst

---

<sup>13</sup> Aufgrund der vergleichbaren Größe und ähnlicher Strukturen wurden die Städte Dortmund und Duisburg als Vergleichskommunen ausgewählt.

- Querschnittsverwaltung
- Vermessung- und Katasterwesen
- Bäder

Erste Ergebnisse wurden im April 2008 vorgelegt, wobei mit dem Endbericht der GPA im September 2008 gerechnet werden kann.

Die GPA hat den Verlauf der überörtlichen Prüfung in Essen wie folgt dargestellt:

## Überörtliche Prüfung der Gemeindeprüfungsanstalt NRW

Betrachtung der Kommunen unter Wirtschaftlichkeitsaspekten



Neben der kennzahlengestützten Analyse durch die GPA wird der interkommunale Vergleich weiter intensiviert.

Unter Leitung von Herrn Professor Dr. Schmidt führt das **Rheinisch-Westfälische Institut für Wirtschaftsforschung (RWI)** derzeit ein Forschungsprojekt durch, bei dem der Haushalt der Stadt Essen mit den neben Essen 14 größten Städten des Landes Nordrhein-Westfalen verglichen und bewertet wird. Neben der Analyse der aktuellen Haushaltssituation werden die Ergebnisse durch das RWI so aufbereitet, dass sie als Entscheidungsgrundlage weiterer Konsolidierungsmaßnahmen genutzt werden können.

Parallel zum Forschungsprojekt des RWI hat die **Forschungsgesellschaft für Raumfinanzpolitik mbH (FORA)** in Kooperation mit Herrn Professor Dr. Junkernheinrich im Rahmen einer Kurzstudie einen Produktvergleich Essen – Dortmund auf Ebene der Produktbereiche durchgeführt. Die vorliegenden Ergebnisse werden derzeit verwaltungsintern ausgewertet.

Nach Umstellung des Rechnungswesens liegen den Städten und Gemeinden erstmals aussagekräftige Informationen über ihre Vermögens-, Schulden-, Ertrags- und Finanzlage insgesamt vor.

Im Rahmen zukünftiger Städtevergleiche werden die Teilergebnis- und Produktpläne hinsichtlich der Erträge und Aufwendungen unter Berücksichtigung der kommunalen Aufgabenerfüllung im Fokus der Analyse stehen. Anhand ausgewählter Kennzahlen soll ermittelt werden, wie Aufwendungen und Erträge in ausgewählten Fach- und Produktbereichen mit denen anderer Kommunen korrelieren.

Die Bereiche, die in anderen Städten eine bessere Kostenrelation auf Ebene der Teilergebnispläne aufweisen, werden in enger Abstimmung mit den Geschäfts- und Fachbereichen und unter Berücksichtigung der örtlichen Besonderheiten einer tiefgehenden **Produktanalyse** unterzogen.

Vor dem Hintergrund der Umstellung des Rechnungswesens wurde in der Stadtkämmerei eine neue Abteilung „Zentrales Controlling“ eingerichtet. Deren Aufgabe ist es u.a., geeignete Verfahren und Instrumente zu erarbeiten und durchzuführen (z.B. Benchmarking, Produktanalyse).

## Modellprojekt Gesamtabschluss

Die Kommunen in Nordrhein-Westfalen sind spätestens zum Stichtag 31. Dezember 2010 gesetzlich verpflichtet, einen kommunalen Konzernabschluss (Gesamtabschluss) zu erstellen. Durch den Konzernabschluss wird erstmals ein Gesamtüberblick über die vollständige Vermögens-, Finanz-, Ertrags- und Schuldenlage der jeweiligen Kommune ermöglicht. Die Erstellung des Konzernabschlusses orientiert sich gem. § 116 GO NRW an den privatwirtschaftlichen Regelungen zur Konzernrechnungslegung. Er besteht aus der Gesamtergebnisrechnung, der Gesamtbilanz und dem Gesamtanhang und ist um einen Gesamtlagebericht zu ergänzen.

Vor diesem Hintergrund hat das Innenministerium des Landes Nordrhein-Westfalen ein Modellprojekt zur Aufstellung des kommunalen Gesamtabschlusses im Geltungsbereich des NKFG NRW initiiert. Ziel dieses Projektes ist es, bis Mitte 2009 aus einer modellhaften Umsetzung der gesetzlichen Anforderungen (§§ 116 GO NRW, 49-51 GemHVO NRW) Hilfestellungen für die Kommunen in Nordrhein-Westfalen zur Integration der oft komplexen Beteiligungsstrukturen in eine konsolidierte Gesamtrechnung für den „Konzern Stadt“ zu entwickeln.

An dem Modellprojekt zur Aufstellung eines Gesamtabschlusses im Neuen Kommunalen Finanzmanagement (NKF) nehmen die nachfolgenden Städte und Kreise als Pilotkommunen teil:

- Stadt Essen
- Stadt Düsseldorf
- Stadt Lippstadt
- Stadt Solingen
- Kreis Unna



Die Projektbegleitung erfolgt durch eine externe Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, die vom Land NRW ausgewählt worden ist. Neben dieser für die Stadt Essen kostenlosen Unterstützung durch das Land NRW und die externe Wirtschaftsprüfungsgesellschaft sind der Stadt Essen eine Anteilsfinanzierung in Höhe von 200.000 Euro für die vorgesehene Laufzeit des Modellprojektes bewilligt worden.

Zur Umsetzung wird im Modellprojekt gemeinsam mit einer externen Wirtschaftsprüfungsgesellschaft ein Reporting-System erstellt. Die Projektdurchführung erfolgt in enger Abstimmung zwischen dem Land Nordrhein-Westfalen, den 5 Modellkommunen und der vom Land bestellten Wirtschaftsprüfungsgesellschaft. Um einen den gesetzlichen Vorschriften entsprechenden Gesamtabschluss durch die Kommunen in Nordrhein-Westfalen erstellen zu können, soll das Projektteam Konzepte erarbeiten, Standards und Empfehlungen entwickeln und diese in Form von Zwischen- und Abschlussberichten dokumentieren. Die im Modellprojekt gewonnenen Erkenntnisse sollen allen Kommunen des Landes Nordrhein-Westfalen zur Verfügung gestellt werden.

Die Teilnahme an dem Modellprojekt erfolgt vor dem Hintergrund, dass bereits zum 1. Januar 2007 die Stadt Essen das Neue Kommunale Finanzmanagement (NKF) erfolgreich flächendeckend eingeführt hat. Sie entschied sich in einem Schritt und an einem Stichtag die gesamte Verwaltung umzustellen ("Big Bang"). Damit verbunden wurde der Aufbau einer funktionsfähigen Finanzbuchhaltung. Das kamerale Rechnungswesen wurde vollständig ersetzt durch ein - an die Besonderheiten öffentlicher Haushalte angepasstes - kaufmännisches Rechnungswesen. Als eine der ersten Großstädte in Deutschland hat die Stadt Essen damit an einem Stichtag die gesamte Verwaltung auf die Doppik umgestellt und Buchführung und Prozessabläufe zentralisiert. Dies war eine wichtige Voraussetzung, um am Modellprojekt zum NKF-Gesamtabschluss teilzunehmen. Die Stadt Essen hat sich dazu entschieden, die Buchführungsorganisation zentral und nicht dezentral auszurichten. Die Buchführungsaktivitäten unterstehen vollständig dem Stadtkämmerer. Die Buchführung, die Umsetzung der Doppik und die Kontierungsarbeiten werden von der zentralen Finanzbuchhaltung wahrgenommen. Die Finanzbuchhaltung hat nicht nur die originäre Aufgabe der Erstellung des Einzelabschlusses, sondern auch die gesetzlich erforderliche Erstellung des Gesamtabschlusses wahrzunehmen.

## 2.2 NEUAUSRICHTUNG GROBER AUFGABENBEREICHE UND KOSTENBLÖCKE

Ziel des Strategieansatzes ist es, die Konsolidierungsanstrengungen auf die Bereiche im Konzern Stadt Essen zu konzentrieren, die schon allein aufgrund ihres Finanzvolumens entsprechend große Konsolidierungspotenziale vermuten lassen.

Wie in der **Anlage 1** dargestellt, stellen die folgenden fünf Produktbereiche im Doppelhaushalt 2008/2009 die **größten Kostenblöcke** in Essen dar:

- **Soziale Leistungen,**
- **Innere Verwaltung,**
- **Kinder-, Jugend- und Familienhilfe,**
- **Verkehrsflächen und -anlagen, ÖPNV,**
- **Kultur und Wissenschaft.**

Aufgrund ihrer erheblichen finanziellen Belastung für den städtischen Haushalt wurden bereits in den Bereichen „**Jugend/Schule/Soziales**“ und im **Immobilienbereich** Optimierungsprojekte mit externer Beratungsunterstützung durchgeführt. Als Ergebnis wurde insgesamt in beiden Projekten ein **Einsparpotenzial von rund 78 Mio. Euro** aufgezeigt, das zwischenzeitlich von den betroffenen Geschäfts- und Fachbereichen hinsichtlich ihrer Umsetzbarkeit und ihrer finanziellen Auswirkungen weiter konkretisiert wurde. Die einzelnen Konsolidierungsansätze sind im aktualisierten Konsolidierungsprogramm 2008/2009 ff. dargestellt (vgl. Kapitel C).

### Aktuelle Sachstände:

- **Neuausrichtung des Verkehrsbereichs**

Um der Essener Verkehrs-AG (EVAG) die Möglichkeit zu geben, den bereits eingeleiteten Weg zur Neuausrichtung und Restrukturierung des Essener ÖPNV-Systems konsequent weiter zu verfolgen, wurde der bereits im Haushaltssicherungskonzept 2006 dargestellte Konsolidierungsansatz zur Optimierung des Verkehrsbereichs zunächst zurückgestellt.

Vor dem Hintergrund des Ziels „Wettbewerbsfähigkeit“ hat die EVAG im Jahre 2006 die kontinuierliche Orientierung am Marktniveau durch Benchmarkuntersuchungen weiter ausgebaut und einen umfassenden Vergleich mit der Rheinbahn AG initiiert. Die Ergebnisse hieraus geben Hinweise darauf, wo und in welchen Größenordnungen betriebliche Prozesse optimiert werden können, um Verbesserungen der Wirtschaftlichkeit zu erreichen.

**Im Rahmen einer ersten Gegenüberstellung konnte festgestellt werden, dass die Rheinbahn AG aufgrund ihrer Kosten- und Produktivitätsparameter sowie der Skaleneffekte gegenüber dem Essener ÖPNV-System einen Kostenvorteil von etwa 16 Mio. Euro aufweist. Bezogen auf den betriebsnotwendigen Aufwand entspricht dieses einem relativen Kostenvorteil von etwa 11%.**

In welchem Umfang und zu welchen Zeitpunkten die Optimierungspotenziale des Essener ÖPNV-Systems durch bereits eingeleitete oder noch zu erarbeitende Restrukturierungsmaßnahmen realisiert werden können, wird für die einzelnen Handlungsfelder zur Zeit in Detailanalysen geklärt. Wegen der oben genannten Skaleneffekte ist davon auszugehen, dass die

vollständige Erschließung des Gesamtvolumens von 16 Mio. Euro für die EVAG vergleichbare Kooperationseffekte (z.B. im Bereich Infrastruktur) erfordert.

Ausgehend von den Ergebnissen des Vergleichs mit der Rheinbahn hat die EVAG Mitte des Jahres 2007 entschieden, ein umfassendes Restrukturierungsprogramm durchzuführen. Dabei sollen die für die Wettbewerbsfähigkeit des Essener ÖPNV-Systems zu erreichenden Zielwerte bestimmt werden.

Auf der Grundlage der im Benchmark identifizierten Handlungsschwerpunkte wurde die BbA - Dr. Bruns & Fetzer Unternehmensberatung GmbH als externer Gutachter beauftragt, Optimierungsmaßnahmen für die einzelnen Funktionsbausteine bis Mitte des Jahres 2008 zu erarbeiten.

Der Abbau der größenbedingten Produktivitätsnachteile soll durch die forcierte Regionalisierung mit Partnern im VRR-Raum erfolgen. Mit Gründung der meoline wurde der Grundstein für die Kooperation der Verkehrsunternehmen in Mülheim und Essen gelegt. Diese erfolgreiche Ausgangsbasis wurde im Jahr 2007 auf der Bestellerebene um den Partner Duisburg erweitert. Unter dem Titel „KoMED“ (Kooperation Mülheim, Essen und Duisburg) wird die Zusammenarbeit in den identifizierten Kooperationsfeldern intensiviert. Die entsprechende Kooperationsvereinbarung wurde zwischenzeitlich unterzeichnet.

Darüber hinaus haben sich die stadtbahnbetreibenden Verkehrsgesellschaften im VRR zusammengeschlossen mit dem Ziel, Synergien im Bereich der Infrastruktur zu realisieren.

Im Zusammenhang mit den Aktivitäten zur Neuausrichtung der EVV werden konzerninterne Kooperationsfelder analysiert. Nach der Bündelung der Aufgabenfelder Recht und Versicherung sowie der Revision der SWE und der EVAG wird zur Zeit geprüft, welche weiteren Querschnittsfunktionen auf Ebene der EVV konzentriert werden können. Aktuell befindet sich die Schaffung einer gemeinsamen IT-Einheit in der Umsetzungsplanung.

Als konkreter Meilenstein für die Reduktion des kommunalen Deckungsbeitrages wurde festgelegt, im Laufe der nächsten fünf Jahre das jährliche Defizit der EVAG um mindestens 10 Mio. Euro zu reduzieren (2008: rd. 2 Mio. Euro, 2009: rd. 4 Mio. Euro, 2010: rd. 6 Mio. Euro, 2011: rd. 8 Mio. Euro, 2012: rd. 10 Mio. Euro). Diese Zielsetzung wurde bereits in die mittelfristige Wirtschaftsplanung 2008-2012 aufgenommen.

Zum gegenwärtigen Zeitpunkt stellt sich die Ergebnisentwicklung der EVAG laut Wirtschaftsplan 2008 (WP) in den nächsten Jahren wie folgt dar:

	Plan 2008 Mio. €	Plan 2009 Mio. €	Plan 2010 Mio. €	Plan 2011 Mio. €	Plan 2012 Mio. €
Ergebnis lt. WP (Verlust)	36,1	35,7	35,0	34,3	33,8

Hierbei muss jedoch berücksichtigt werden, dass der EVAG umfangreiche Erträge aus Wertpapierleihe durch den Besitz kommunaler RWE-Aktien zufließen<sup>14</sup>, die das Gesamtergebnis entsprechend positiv beeinflussen. Die Höhe dieser Erträge ist von der Höhe der ausgeschütteten

<sup>14</sup> 10.146.620 Stück RWE-Aktien

RWE-Dividende<sup>15</sup> abhängig, so dass dieser Ertrag nicht dem wirtschaftlichen Handeln der EVAG zuzurechnen ist.

	Plan 2008 Mio. €	Plan 2009 Mio. €	Plan 2010 Mio. €	Plan 2011 Mio. €	Plan 2012 Mio. €
Ergebnis (Verlust)	36,1	35,7	35,0	34,3	33,8
Dividende RWE-Aktien (Wertpapierleihe)	40,6	40,6	40,6	40,6	40,6
Jahresergebnis <u>ohne</u> RWE-Dividende	76,7	76,3	75,6	74,9	74,4

Die Darstellung des um die Erträge aus Wertpapierleihe bereinigten kommunalen Deckungsbeitrages verdeutlicht die positiven Auswirkungen der forcierten Strategieansätze. Auf Grund der Struktur der ÖPNV-Finanzierung werden die Aufwendungen zur Bewirtschaftung der Infrastruktur sowie der Durchführung der Fahrleistung und Regieaufgaben lediglich etwa zur Hälfte durch die ÖPNV-Erlöse gedeckt. Hierdurch können die Inflationseffekte der Aufwandsseite nicht in voller Höhe durch die Tarifsteigerung der kassentechnischen Einnahmen kompensiert werden. Ohne strukturelle Optimierungen führt dieser systembedingte Effekt zu einem jährlichen Anstieg des kommunalen Deckungsbeitrages.

Durch die identifizierten Restrukturierungs- und Kooperationspotentiale können die systembedingten Effekte im Betrachtungszeitraum in Höhe von 6,5 Mio. Euro kompensiert werden. Zusätzlich wird bis zum Jahr 2011 eine reale Absenkung des kommunalen Deckungsbeitrages um 3,5 Mio. Euro erzielt. Auf Basis des Wirtschaftsplans 2007 bedeutet dieses somit eine Ergebnisverbesserung um 10 Mio. Euro.

Zur Beantwortung der Frage, wie in Essen auch zukünftig attraktive Angebote des öffentlichen Personennahverkehrs aufrechterhalten werden können, muss die EVAG den eingeschlagenen Weg konsequent fortsetzen. Schwerpunkt der EVAG wird es daher auch zukünftig sein, weitere Optimierungspotenziale zu heben und damit die Wirtschaftlichkeit zu verbessern. Inwieweit die gewählten Maßnahmen der EVAG in ausreichendem Maße hierzu beitragen, muss kontinuierlich geprüft werden.

#### ▪ JobCenter / Beschäftigungsförderung

Die im Rahmen des Projektes mit der Fa. Kienbaum Management Consultants GmbH für den Bereich Soziales vorgeschlagenen Veränderungen in der Aufgabenwahrnehmung zur Grundversicherung für Arbeitssuchende SGB II (Maßnahme 1) weisen ein **Einsparpotenzial** in Höhe von insgesamt **17,5 Mio Euro p. a.** bis zum Jahr 2013 ff. aus.

<sup>15</sup> Bei der Höhe der Erträge aus Wertpapierleihe wurde für die Planung 2008 eine Dividende von 4 Euro pro Aktie zugrunde gelegt!

Die unter Einbeziehung des JobCenter erarbeiteten Vorschläge für die Optimierung der Leistungs- und Steuerungsprozesse des JobCenter und der Zusammenarbeit aller Beteiligten werden in einem kontinuierlichen Prozess umgesetzt. An Teilbereichen wird noch gearbeitet.

Im Bereich der Hilfen nach dem SGB II ist die positive Fallzahlentwicklung nicht im vorgesehenen Umfang eingetreten. Deshalb können die angestrebten Kostensenkungen in diesem Bereich nicht erreicht werden.

Die Kosten der Unterkunft werden voraussichtlich höher ausfallen als geplant. Es ist deshalb davon auszugehen, dass die vorgesehenen Einsparungen nicht in vollem Umfang zu realisieren sind.

An der Verbesserung der Rahmenbedingungen des JobCenter für das Jahr 2008 wird weiter gearbeitet. Die tatsächlichen kassenwirksamen Auswirkungen auf das Einsparpotenzial können erst zu einem späteren Zeitpunkt festgelegt werden.

#### ▪ Kultur

Um vor dem Hintergrund der **Kulturhauptstadt Europas 2010** die Qualität im Bereich der Kultur nachhaltig sichern zu können, sind auch die Essener Kultureinrichtungen in ihren Kosten zu optimieren und auf Einsparpotenziale zu untersuchen.

Als flankierende Maßnahme zur Neuausrichtung des Kulturbereichs hat der Rat der Stadt am 21.06.2006 ab dem Jahr 2007 den Zuschuss an die Theater und Philharmonie GmbH (TUP) auf das Finanzniveau 2006 begrenzt. Darüber hinaus wurden für die Fachbereiche des Kulturbereiches (Kulturbüro, Stadtarchiv, Stadtbibliothek, Volkshochschule, Folkwang Musikschule, Museen und Alte Synagoge) verbindliche Budgeteckwerte und damit notwendige Einsparungen, Maßnahmen und Prüfaufträge festgelegt.

Der aktuelle Umsetzungsstand zur Haushaltskonsolidierung im Kulturbereich wurde im Mai 2007 dem Kulturausschuss, dem Haupt- und Finanzausschuss und dem Rat der Stadt im Rahmen einer gesonderten Verwaltungsvorlage (Nr. 2618/2006/4) dargestellt.

Aufgrund der dramatischen Finanzsituation hat der Rat der Stadt am 20.06.2007 seinen Beschluss vom 21.06.2006 bekräftigt und konkretisierend beschlossen, mit externer Unterstützung insbesondere folgende Bereiche zur Erschließung von Konsolidierungspotenzialen zu untersuchen<sup>16</sup>:

- Theater und Philharmonie Essen GmbH (TUP),
- Neuaufstellung des Gebäudemanagements der kulturell genutzten Immobilien.

Aufgrund des dargestellten Leistungsangebotes, der beabsichtigten Vorgehensweise und der umfangreichen Referenzen in vergleichbaren Projekten wurde für den Untersuchungsbereich „Neuaufstellung des Gebäudemanagements der kulturell genutzten Immobilien“ zwischenzeit-

---

<sup>16</sup> vgl. gemeinsamer Antrag CDU-Fraktion und GRÜNE Fraktion im Rat der Stadt Essen vom 12.06.2007 (Antrag Nr. 1213/2007/CDU/GRÜNE)

lich das Beratungsunternehmen RINKE Kommunal Team (RINKE Unternehmensberatung GmbH) beauftragt. Mit dem Beratungsunternehmen wurde vereinbart, ein differenziertes Handlungskonzept mit aufeinander aufbauenden Maßnahmen vorzulegen, das einerseits zu deutlichen Einsparungen führt und andererseits langfristige Wirkungen durch strategische Steuerungsmöglichkeiten beim Einsatz der Ressource Immobilie aufzeigt.

Hinsichtlich der Erschließung von Konsolidierungspotenzialen im Bereich der Theater und Philharmonie Essen GmbH (TUP) wurde zur Konkretisierung des Ratsauftrags vom Zentralem Konsolidierungsmanagement in enger Abstimmung mit dem zuständigen Geschäftsbereich ein konkretes Pflichtenheft erarbeitet, welches die Grundlage für die Beauftragung externer Berater bilden soll. Derzeit wird ein entsprechendes Auswahlverfahren durchgeführt, so dass kurzfristig die Beauftragung eines Beratungsunternehmens erfolgen wird.

## **2.3 ANPASSUNG DER INFRASTRUKTUR AN VERÄNDERTE RAHMENBEDINGUNGEN / BESCHRÄNKUNG AUF Kernaufgaben / PRIORISIERUNG KOMMUNALER AUFGABEN**

### **Anpassung der Infrastruktur an veränderte Rahmenbedingungen**

Nach der Gemeindeordnung NRW sollen die Kommunen nur die Infrastruktureinrichtungen vorhalten, die zur Erfüllung ihrer Aufgaben erforderlich sind. Veränderungen in der demografischen Entwicklung oder im Nutzerverhalten müssen sich auf das Infrastrukturangebot auswirken. Diese Anpassungsprozesse erfolgten daher auch schon in der Vergangenheit im Rahmen der Haushaltskonsolidierung oder anlassbezogen.

Ziel des Strategieansatzes ist es daher, die vorhandene Infrastruktur einem permanenten Optimierungsprozess zu unterziehen, um kontinuierlich mögliche Konsolidierungspotenziale zu erschließen. Dabei handelt es sich um einen übergreifenden Strategieansatz, der auch in die Untersuchungen zu anderen Strategiefeldern des Haushaltsicherungskonzeptes einfließt.

Im Rahmen der Umsetzung des **Masterplans Sport** hat der Rat der Stadt erste Entscheidungen getroffen. Aus einem Teil der Beschlüsse ergeben sich auch Grundstücksverkäufe, die im Laufe des Jahres umgesetzt werden sollen. Für den Bereich der **Bäder** ist ein eigenständiges externes Gutachten in Auftrag gegeben worden, dessen Ergebnisse derzeit in den politischen Gremien beraten werden.

Weitere Ansätze können sich im Rahmen der laufenden bzw. künftigen Untersuchungen in den anderen Strategiefeldern ergeben.

## **Beschränkung auf Kernaufgaben / Priorisierung kommunaler Aufgaben**

Die Steuerung der kommunalen Aufgabenerledigung durch Rat und Verwaltung über einen produktorientierten Haushalt, über Ziele und Zielvereinbarungen ist ein wesentlicher Reformansatz im Neuen Kommunalen Finanzmanagement (NKF). Bereits mit dem NKF-Haushalt 2007 wurden die grundlegenden Strukturen für die Einführung und Umsetzung eines aufgabenkritischen Prozesses auf der Ebene des gesamtstädtischen Produktplanes geschaffen.

Ziel des Strategieansatzes ist die Analyse, (Neu-) Bewertung und Gewichtung der städtischen Produkte und Leistungen. Die hierzu erforderlichen Prozesse sollen durch Einführung eines Controllingverfahrens unterstützt werden, das sich an dem von der Kommunalen Gemeinschaftsstelle für Verwaltungsmanagement (KGSt) vorgeschlagenen Produktkriterienverfahren orientiert. Hierbei geht es im Wesentlichen darum, den Wirkungsbeitrag eines Produktes oder einer Produktgruppe zur Erreichung strategischer Ziele zu erfassen und damit das Verhältnis von Ressourceneinsatz und Zielerreichungsgrad zu hinterfragen:

- Was trägt jedes Produkt dazu bei, die strategischen Ziele zu erreichen?
- Werden im Sinne der vorgenannten Frage die Ressourcen richtig eingesetzt?
- Handelt es sich um die richtigen Produkte, um die Ergebnis- und Wirkungsziele zu erreichen? Gibt es andere Produkte, die dies besser können oder müssen neue Produkte angeboten werden?
- Können Produkte in Kooperation mit anderen Kommunen oder von anderen Institutionen besser erstellt werden?
- Kann auf Leistungen verzichtet oder müssen Standards reduziert werden?

Zur grundlegenden Erläuterung dieses übergreifenden Strategieansatzes wird auf das Haushaltssicherungskonzept 2005 ff. verwiesen.

## 2.4 IMMOBILIENSTEUERUNG

Die bereits im Haushaltssicherungskonzept 2005 ff. benannten vier Handlungsfelder

- Verbesserung der Datenverfügbarkeit und –transparenz
- Professionalisierung des Immobilienmanagements mit Methoden und Verfahren der privaten Immobilienwirtschaft
- Verbesserung der Führungs- und Steuerungsinstrumente sowie
- Umsetzungsmanagement

wurden in entsprechenden Teilprojekten u.a. auch auf der Grundlage der mit Hilfe des Beratungsunternehmens RINKE Kommunal Team (Rinke Unternehmensberatung GmbH) erstellten Potenzialanalyse weiter bearbeitet.

Neben der Einführung der notwendigen Software SAP RE/FX hat insbesondere der Organisationsentwicklungsprozess im Bereich der Immobilienwirtschaft höchste Priorität.

Die weiteren Arbeiten zur Umsetzung der "Potenzialanalyse für den Immobilienbereich der Stadt Essen" erfolgen in einigen Teilprojekten mit verwaltungseigenen Kräften sowie in den Teilprojekten "Reinigungsdienste", "Hausmeisterdienste" und "Betriebsgastronomie/Catering" mit weiterer externer Begleitung.

Wie bereits im Haushaltssicherungskonzept 2007 ff. berichtet wurde, ist davon auszugehen, dass sich die Realisierung der strukturellen Verbesserungen in den einzelnen Teilprojekten auf unterschiedliche Zeitspannen innerhalb des auf insgesamt zehn Jahre angelegten Konsolidierungszeitraums verteilen wird.

Der Bearbeitungsstand in den Teilprojekten stellt sich wie folgt dar:

### Potenzial 1 „Verkauf von Wohn- und Geschäftsgebäuden“

Ziel: Veräußerung von ca. 100 Wohneinheiten

#### Prognostiziertes Konsolidierungspotenzial:

strukturell : 200.000 Euro / Jahr  
einmalig: 1,5 Mio. Euro Verkaufserlöse

#### Aktueller Stand:

strukturell: ca. 90.000 Euro / Jahr  
einmalig: 2,6 Mio. Euro Verkaufserlöse

Veräußert wurden bisher 54 Wohnimmobilien (u.a. Baderweg / Butenbergkamp und das Wohn- und Geschäftshaus Überraubrstrasse 582); weitere Objekte stehen zur Vermarktung an.



### Potenzial 2 u. 3 „Nutzungsverdichtung Rathaus und dezentrale Standorte“

Ziel: ca. 200 Arbeitsplätze ins Rathaus verlagern, je 5000 qm freiwerdende Gebäudeflächen

#### Prognostiziertes Konsolidierungspotenzial:

strukturell: 1,0 Mio. / Jahr Betriebskostenentlastung

einmalig: 1,5 Mio. Euro Verkaufserlöse durch Abmietung und Umzug

#### Aktueller Stand:

strukturell: 1. Stufe (ab 2008) 140.000 Euro (Mieteinsparungen Kennedyplatz 5) durch Nutzungsverdichtung im Rathaus. Hierzu liegen entsprechende Beschlüsse des Verwaltungsvorstandes vor. Zur Zeit erfolgen letzte Detailklärungen. Freistellung von rund 1.800 qm am dezentralen Standort Nünningstr. 9 (interne Mietkosten rund 170.000 EURO). Jetzt belegt durch Ruhrlandmuseum als Ausweichquartier; anschließend ist die Vermarktung des Objektes geplant.

### Potenzial 4 „Konversion von Schulimmobilien“

Hierbei handelt es sich um die immobilienwirtschaftliche Umsetzung der vorlaufenden Schulentwicklungsplanung, die bisher für das Jahr 2010 die Aufgabe von zwei Schulstandorten vorsieht und um die kurzfristige Abwicklung/Vermarktung bereits aufgegebenen Standorte an der Haus-Berge-Strasse und an der Neustrasse. Eine Betragsangabe kann erst nach Ermittlung der Abriss-/Aufbereitungskosten erfolgen.

### Potenzial 5 „Konversion von Sportimmobilien“

Dieses Potenzial wird hier nur nachrichtlich (Immobilienwirtschaftliche Unterstützung) geführt, da der Konsolidierungsbeitrag im Rahmen des Masterplans Sport / Bädergutachten konkretisiert wird.

### Potenzial 6 „Optimierung Reinigungsdienste“

Ziel 1 : Annäherung an durchschnittliche Reinigungskosten 10 Euro qm (heute 15,5 Euro / qm)

Ziel 2: Aktualisierung der Aufmaße bei ca. 1,18 Mio. qm Reinigungsfläche

#### Prognostiziertes Konsolidierungspotenzial:

strukturell: ca. 4 Mio. Euro / Jahr Betriebskostenentlastung

#### Aktueller Stand:

Der zuständige Geschäftsbereich und der Personalrat der Stadtverwaltung Essen führen intensive Gespräche hinsichtlich denkbarer Lösungen zur Zielerreichung. Dabei werden verschiedene Varianten in der zukünftigen Struktur der städtischen Reinigungsdienste untersucht. Ziel ist nach wie vor, auf dem Verhandlungswege eine Öffnung der restriktiven Tarifverträge zu erreichen, um Standardreduzierungen vereinbaren zu können.

Bei der Aktualisierung der Aufmaße sind inzwischen 20 % der Gesamtfläche vermessen und gezeichnet; dabei wurden teilweise gravierende Differenzen zwischen aktuellen Aufmaßen und alten Bestandsdaten festgestellt, die im jeweiligen Einzelfall zu klären sind.

Um die möglichen Kostenpotenziale durch zu hoch angesetzte Reinigungsflächen zu konkretisieren, sollen weiter verstärkt Ressourcen in die konkrete Berechnung der Abweichungen eingesetzt werden.

### Potenzial 7 „Optimierung Hausmeisterdienste“

Ziel: Reduzierung Stellenbedarf um ca. 40 Stellen durch  
a) zentrale Neuberechnung  
b) schulseitige Reduzierung nutzerspezifischer Leistungen

#### Prognostiziertes Konsolidierungspotenzial:

strukturell: 2 Mio. Euro / Jahr Personalkostenentlastung

#### Aktueller Stand:

Am 23. April 2008 hat der Rat der Stadt den aktuellen Sachstandsbericht (Vorlage 0449/2008/5) zur Kenntnis genommen und die Verwaltung beauftragt:

- zur wirtschaftlichen Optimierung des Schulhausmeisterbereiches 20 Planstellen zum Schuljahresbeginn 2008/2009 einzusparen. Die Einsparung soll durch die Zusammenlegung benachbarter Hausmeisterstellen realisiert werden. Hierbei sollen die heute nicht wiederbesetzten Hausmeisterstellen einbezogen werden. Das Realisierungskonzept soll dem Fachausschuss im Juni 2008 zur Beschlussfassung vorgelegt werden.
- ein Konzept für den Abbau von Überstunden bis zum IV. Quartal 2008 vorzulegen.
- alternative Organisationsformen für Winterdienst und Laubbeseitigung sowie in diesem Zusammenhang die Notwendigkeit bestehender Pauschalen bis zum IV. Quartal 2008 zu prüfen.

### Potenzial 8 „Betriebsgastronomie/Catering“

Ziel: Reduzierung Zuschussbedarf um maximal 0,8 Mio. Euro / Jahr

#### Prognostiziertes Konsolidierungspotenzial:

Zuschussbedarf ca. 1 Mio. in 2005, Steigerung in 2006 zu erwarten (ca. 200.000 Euro)  
Strukturelle Verbesserung um 0,5 Millionen bei interner Optimierung erzielbar, maximal > 1 Mio. Euro bei Vergabe/Einstellung

#### Aktueller Stand:

In der Projektarbeit wurden die verschiedenen Varianten detailliert bewertet und im Ergebnis eine konzerninterne Lösung favorisiert. Diese befindet sich zur Zeit in der Abstimmung/Prüfung unter Hinzuziehung eines Wirtschaftsprüfers. Ergebnisse und ein Entscheidungsvorschlag werden kurzfristig erwartet.

### Potenzial 9 „Dezentrale Verbrauchsreduzierungen“

Ziel: strukturelle Kostenreduzierung durch dezentrale Verbrauchsreduzierungen im Energiebereich

#### Prognostiziertes Konsolidierungspotenzial:

Strukturell: 0,5 Mio. Euro

#### Aktueller Stand:

Die eingerichtete Teilprojektgruppe hat eine Konzeption zur Potenzialerreicherung erarbeitet, wobei das strukturelle Konsolidierungspotenzial als erreichbar bewertet wurde.

Das Teilprojekt wird unter Federführung des Fachbereichs 60 verwaltungsintern fortgeführt. Für Schulen bzw. Schüler/innen ist ein entsprechendes Umsetzungsprojekt mit pädagogischem Ansatz unter Einschaltung eines externen, auf Erfolgswirtschaft basierenden Ingenieurbüros vorgesehen. Bisherige Orientierungsgespräche lassen drei Büros geeignet erscheinen. Kosten bzw. Erfolgsanteile sind erst nach Auftragskonkretisierung zu bestimmen. Daneben sollen auch konzerninterne Möglichkeiten untersucht werden.

### Potenzial 10 ff „Organisationsentwicklung StA 60“

Die ursprüngliche Prognose bleibt im Sinne einer mittelfristigen Zielsetzung unverändert:

- Reduzierung der Arbeitsplatzkosten um bis zu ca. 1,5 Mio. Euro (Personal- und Sachkosten) = ca. 20 Stellen
- Bündelung des Einkaufs "Verbesserung der Einkaufskonditionen" um ca. 1 Mio. Euro p.a.
- Optimierung des Baumanagements mit der vorläufigen Zielsetzung: Baukostenreduzierung bis zu ca. 4 % = ca. 2,4 Mio. Euro p.a.

#### Aktueller Stand:

- Festlegung der Aufbauorganisation und der Umsetzungstermine für 2008;
- Überleitung der Projektarbeit in die Linienorganisation ist erfolgt;
- Übernahme der internen Projektgruppenleitung durch den neuen Amtsleiter;
- Abschluss der Begleitung durch den externen Berater;
- Fortsetzung der Organisationsentwicklung;
- Fortschreibung des erstellten Organisationshandbuchs als kontinuierlicher Verbesserungsprozess in der Verantwortung der Linienorganisation.

Darüber hinaus wurde inzwischen auch das Teilprojekt "**Budgetierung / Verrechnung von Immobilienkosten**" begonnen, das unter Berücksichtigung der Anforderungen aus dem Neuen Kommunalen Finanzmanagement (NKF) ein funktionsfähiges Anreizsystem zum wirtschaftlichen Umgang mit den zur Verfügung stehenden Immobilien erarbeiten wird.

Im Rahmen der Abschlussarbeiten mit dem externen Berater wird auch die Positionierung / Ausrichtung der Strategischen Immobiliensteuerung (FB 02-03) diskutiert und ggf. angepasst.

## **2.5 ZENTRALISIERUNG VON QUERSCHNITTAUFGABEN**

Die Zentralisierung von Querschnittsaufgaben steht auch im Jahr 2008 als ein strategischer Ansatz auf der Agenda der Haushaltskonsolidierung. Eine Konkretisierung dieses Strategiekonzeptes erfolgt sowohl in der Kernverwaltung als auch bei den eigenbetriebsähnlichen Einrichtungen und Tochtergesellschaften innerhalb des Konzerns Stadt Essen.

### **RECHNUNGSWESEN**

Zu den bereits erfolgreich umgesetzten Zentralisierungsansätzen zählt der Bereich des Rechnungswesens der Stadt Essen. Sämtliche Aufgaben des Rechnungswesens wurden im Rahmen der Einführung des Neuen Kommunalen Finanzmanagements unter SAP R/3 in einer Organisationseinheit – der zentralen Finanzbuchhaltung (Fachbereich 21) – im Geschäftsbereich Finanzen aufbauorganisatorisch zusammengeführt. Die Implementierung einer zentralen Finanzbuchhaltung hat wesentlich dazu beigetragen, dass die Prozesse und Aufgaben des neuen NKF-orientierten Rechnungswesens ordnungsgemäß und weitgehend störungsfrei wahrgenommen werden.

### **CONTROLLING**

Die Zentralisierung einer weiteren Kernaufgabe im Bereich Finanzen – des Zentralen Controllings – ist konzeptionell bereits abgeschlossen. Der Aufbau und die personelle Ausstattung der zentralen Einheit, verortet in der Kämmerei, wurde im Frühjahr 2008 abgeschlossen.

### **PERSONAL UND ORGANISATION**

Als eine weitere klassische Querschnittsaufgabe ist der Bereich Personal und Organisation zu nennen, in dem Synergiepotentiale durch Zentralisierung von Aufgaben und Prozessen generiert werden können. Die dezentral in den Fachbereichen wahrgenommenen Aufgaben der Personalwirtschaft und der Organisation sind auf den Prüfstand zu stellen. Durch den Einsatz moderner Informationstechnologien, z.B. Einführung von Dokumentenmanagementsystemen, Einsatz elektronischer Workflowsysteme u.ä.m. erschließen sich hier weitere Optimierungs- und Einsparpotentiale, die die zentralisierten Prozesse optimieren.

### **ZENTRALES IMMOBILIENMANAGEMENT/IMMOBILIENSTEUERUNG**

Die Neustrukturierung und Reorganisation des Immobilienmanagements der Stadt Essen stellt einen Schwerpunkt des Projektes "Potenzialanalyse für den Immobilienbereich" dar. Dabei geht es zunächst um eine zukunftsorientierte Neukonzeption der Strategischen Immobiliensteuerung und des Amtes für Immobilienwirtschaft und letztlich auch um eine wirtschaftliche und organisatorische Optimierung aller immobilienwirtschaftlichen Aufgaben innerhalb der Stadt Essen.

Aus der Betrachtung der relevanten Einflussgrößen ergeben sich folgende Erfolgsfaktoren für das künftige Immobilienmanagement der Stadt Essen:

### **Herstellung wettbewerbsfähiger Strukturen**

- Verbindliche, transparente und kompetente Zuständigkeitsverteilung
- Vereinfachung, Straffung und Bündelung von Arbeitsabläufen
- Qualifizierung und Spezialisierung der Mitarbeiter/innen des Immobilienmanagements
- Entlastung der Fachbereiche von gebäudewirtschaftlichen Aufgaben

### **Budgetierung und Verrechnung**

- Vollständige Abbildung aller Gebäudekosten
- Belastung der Nutzerbudgets

### **Änderung des Nutzerverhaltens**

- Finanzielle Anreize zur Änderung des Nachfrageverhaltens der Gebäudenutzer
- Konsequente Verwertung oder Aufgabe nicht mehr benötigter Immobilien

Vor dem Hintergrund einer weiterhin angespannten Haushaltslage sind erhebliche Interessens- und Verteilungskonflikte zwischen den zahlreichen Gebäudenutzern und daraus resultierende Widerstände zu erwarten.

## **INTENSIVIERUNG DES KONZERNINTERNEN LEISTUNGSUSTAUSCHES**

Zur Umsetzung des Zentralisierungsansatzes wurde bei der städtischen Holding Essener Versorgungs- und Verkehrsgesellschaft mbH (EVV) eine Stelle mit der Aufgabe geschaffen, den konzerninternen Leistungsaustausch innerhalb des Konzerns zu intensivieren.

Als Informationsbasis für den konzerninternen Leistungsaustausch dient ein neu zu entwickelndes Konzernleistungskataster, das die konzernweit vorgehaltenen und angebotenen Leistungen transparent und aktuell verfügbar halten soll. Die Fachbereiche und städtischen Beteiligungsgesellschaften sind darüber informiert, dass das Angebotskataster KILA wieder nutzbar ist und sie wurden aufgefordert, die Datenbank zu nutzen und den Datenbestand stets aktuell zu halten. Es folgt eine regelmäßige Abstimmung über weitere Optimierungsmöglichkeiten des Angebotskatasters und über das weitere Vorgehen zwischen dem Amt für Organisation und Personalwirtschaft, dem Essener Systemhaus (ESH) und der EVV.

Als erstes Ergebnis der Intensivierung des konzerninternen Leistungsausgleichs wurde zwischen der Stadt Essen und der EVV eine Vereinbarung über die Nutzung des Angebotes der betrieblichen Beratungsstelle der Stadt Essen geschlossen. Die betriebliche Beratungsstelle Impuls erbringt als Fachstelle Beratungsleistungen für die Bereiche Sucht, Konflikt, psychosoziale Probleme und prozessorientierte Team- und Projektberatung. Für die Beratungsleistungen zahlt die EVV ein pauschales Entgelt in Höhe der entstandenen Kosten zuzüglich der Umsatzsteuer. Darüber hinaus wird derzeit geprüft, ob und inwieweit betriebsärztliche Leistungen konzernweit zentralisiert werden können.

Die Frage, ob für den Konzern beispielsweise der gemeinsame Betrieb einer Betriebsgastronomie vorteilhaft ist, wird unter dem Thema „Catering“ im Rahmen des Konsolidierungsprojektes im Immobilienbereich beantwortet werden.

Die Identifizierung von zusätzlichen Feldern für den Ausbau des konzerninternen Leistungsaustausches wird weiter intensiv verfolgt.

## STRATEGISCHE NEUAUSRICHTUNG DER EVW

Die Unternehmensberatung batos AG wurde 2006 beauftragt, ein Konzept zur strategischen Ausrichtung der EVW zu entwickeln. Ziel ist es, innerhalb der über die EVW verbundenen Unternehmen Redundanzen abzubauen, Kernkompetenzen in den Tochtergesellschaften zu bündeln sowie den internen Leistungsaustausch zu intensivieren, um insgesamt die Wirtschaftlichkeit zu erhöhen.

Die batos AG hat hierzu in einem Masterplan Ziele und Aufgabenstellungen erarbeitet, welche im Wesentlichen folgende Ergebnisse haben:

- **Aufbau und Zusammenführung dezentraler Aufgaben in Tochtergesellschaften als Kompetenzcenter**
- **Konzentration zentraler Services auf Ebene der EVW**

## UMSETZUNG:

1. Neuorganisation der EVW Verwertungs- und Betriebsgesellschaft mbH“ (EVB)  
In der EVB werden die Aufgaben KFZ-Werkstattservice, Fahrzeugmanagement und Verwertungsmanagement zusammengefasst (Umsetzung in 2007 erfolgt). Weitere Entwicklungsmöglichkeiten werden im Rahmen der Analyse der Aufgaben der Kompetenz-Center geprüft.
2. Querschnittsfunktionen in der EVW  
In der ersten Umsetzungsphase wurden die Aufgabenbereiche Recht und Revision auf die EVW übertragen. Die Zusammenführung der bisher in den Tochtergesellschaften EVAG und SWE getrennt geführten Bereichen führte unmittelbar zur Senkung der Personalkosten (Reduzierung auf jeweils nur eine Abteilungsleitung). Im weiteren Verlauf werden weitere Kostensenkungen über die Reduzierung von Außenaufträgen durch interne Beauftragung in der EVW realisiert. In einer zweiten Umsetzungsphase werden die IT/DV-Bereiche in der EVW zentralisiert. Der Umsetzungsprozess begann Ende 2007. Die Zusammenführung der bisher in der SWE, EBE und EVAG getrennt geführten Bereiche bringt sowohl qualitative als auch finanzielle Vorteile. Auf Grundlage einer ersten konservativen Kalkulation kann nach Umsetzung von einer Kostensenkung i.H.v. 1 Mio. Euro/Jahr ausgegangen werden. Nach Abschluss der Umsetzung werden weitere Querschnittsfunktionen (Finanzbuchhaltung, Einkauf, etc.) hinsichtlich der Umsetzbarkeit und wirtschaftlichen Auswirkung analysiert.

### 3. Stärkung und Ausbau der Kompetenz-Center (Tochtergesellschaften)

Die erste Maßnahme hatte die Optimierung der Liegenschafts- und Gebäudebetreuung zum Inhalt. Der im Oktober 2007 getroffene Grundsatzbeschluss führt zur Aufgabenübertragung von Wohnungs- und z. T. Objektverwaltung aus dem Bereich Immobilienmanagement der SWE (bereits umgesetzt), EBE und EVAG auf die ALLBAU Management GmbH. Entsprechend eines verabschiedeten Zeitplans werden anhand von Einzelfallentscheidungen unter Kosten-/Nutzenabwägung weitere Objekte analysiert, welche in den Kompetenzbereich der ALLBAU Management GmbH übertragen werden. Die personellen Auswirkungen ergeben sich in den einzelnen Tochtergesellschaften. Weitere Aufgabenbereiche, welche in Tochtergesellschaften als Kompetenz-Center gebündelt werden können, werden entsprechend dem im Masterplan festgelegten Zeitablauf analysiert.

## 2.6 OPTIMIERUNG DER BETEILIGUNGEN DURCH PORTFOLIOMANAGEMENT

In einer Gesamtübersicht zum Haushaltssicherungskonzept der Stadt Essen 2008/2009 ff. sind die Beteiligungsgesellschaften der Stadt Essen aufgelistet. Der Verwaltungsvorstand als Leitung des "Konzerns Stadt" hat originäre Führungsaufgaben als "Konzernleitung" wahrzunehmen, so z.B. die Bestimmung der für die einzelnen Beteiligungsunternehmen abgeleiteten Sach- und Finanzziele oder die Zuteilung notwendiger Finanzmittel. Einem Geschäftsbereichsvorstand sind unterschiedliche Beteiligungsunternehmen zugeordnet. Der Geschäftsbereichsvorstand verfügt über Instrumente und Möglichkeiten zur Steuerung dieser Beteiligungsunternehmen. Er bedient sich des dezentralen Beteiligungsmanagements, das geschäftsbereichsbezogene Aufgaben wahrnimmt. Der Geschäftsbereich hat dazu die rechtlichen, gesellschaftsvertraglichen und finanzwirtschaftlichen Rahmenbedingungen zu beachten. Das zentrale Beteiligungsmanagement begleitet und berät in Grundsatzfragen der Beteiligungen (Gesellschaftsgründung/-auflösung/-erwerb/-veräußerung u.a.) sowie bei der Gestaltung und den Inhalten von Gesellschaftsverträgen und Satzungen sowie dem Anzeigeverfahren nach der Gemeindeordnung NRW. Es nimmt die Gesellschafterrechte in Gesellschafter- und Hauptversammlungen wahr und erarbeitet Beteiligungsrichtlinien. Im Einzelnen stehen dem Beteiligungsmanagement folgende Instrumentarien zur Verfügung: der Unterausschuss Beteiligung, die Beteiligungsrichtlinien, die Zielvereinbarung, die Abstimmung der Wirtschaftspläne und das Berichtswesen. Weitere Einzelheiten zu der Beteiligungssteuerung finden sich im Beteiligungshandbuch.

Güter und Dienstleistungen werden von Kommunen erstellt bzw. erbracht, seit es Kommunen gibt. So blicken kommunale Stadtwerke, Nahverkehrsunternehmen und Sparkassen auf eine in der Regel langjährige Geschichte zurück. In der Stadt Essen werden kommunale Aufgaben sowohl in Ämtern und Fachbereichen als auch in eigenbetriebsähnlichen Einrichtungen, GmbH's und AG's wahrgenommen. Kernverwaltung und Beteiligungen werden gemeinsam als Teil eines "Konzerns" aufgefasst. Der Rat ist das oberste Willensbildungsorgan dieses Konzerns. Die Steuerung des Konzerns Stadt durch den Rat und die Verwaltungsführung erfolgt durch die Vereinbarung von Zielen und die Vorgabe eines Handlungsrahmens, der von den dezentral Verantwortlichen, egal ob Geschäftsführung, Werkleitung oder Amtsleitung, wirtschaftlich auszufüllen ist.

Mit dem Haushaltssicherungskonzept der Stadt Essen 2005 ff. wurde die Steuerung der Beteiligungsgesellschaften durch Portfoliomanagement beschlossen. Hierzu wurde erstmals ein

Beteiligungskataster aufgestellt, das die verschiedenen Gesellschaften in Gewinngesellschaften und sonstige (Verlust-) Gesellschaften einteilt (siehe auch Anlage). Gewinngesellschaften sind solche, bei denen die Stadt als Gesellschafterin grundsätzlich eine Gewinnerwartung hat. Dazu gehören auch Gesellschaften, die im Einzelfall Verluste erzielen; dennoch besteht auch ihnen gegenüber eine Gewinnerwartung. Für sie gilt, dass ein Gewinn mindestens in Höhe einer marktüblichen Verzinsung des Eigenkapitals erwirtschaftet werden soll. Die sonstigen (Verlust-) Gesellschaften sind solche, die in der Regel Verluste erwirtschaften; gleichwohl werden im Einzelfall durchaus auch Gewinne erzielt. Die Stadt Essen strebt grundsätzlich die Reduzierung der Anzahl von unwirtschaftlichen Beteiligungen an. Auf Basis des Beteiligungskatasters und folgender Prüfkriterien werden die Beteiligungsunternehmen durch das zentrale Beteiligungsmanagement beurteilt.

a) Notwendige Bedingung: **Verzinsung** des eingesetzten Kapitals

Das in den Gewinngesellschaften gebundene Kapital ist angemessen zu verzinsen, d.h., dass die ausgeschüttete Dividende höher sein muss als der Zinssatz für Kommunalkredite und Darlehen. Ansonsten würde die Stadt Essen aus finanzwirtschaftlicher Sicht das eingesetzte Kapital besser zur Entschuldung verwenden.

Als Kapital in diesem Sinne wird das Eigenkapital zuzüglich stiller Reserven abzüglich stiller Lasten gewertet (Verkehrswert). Damit ist sichergestellt, dass das in der Gewinngesellschaft gebundene Kapital besser verzinst wird als im Falle der Realisierung des Unternehmenswertes und der dadurch möglichen Entschuldung durch die dem städtischen Haushalt zugeführten Mittel.

Zum 1. Januar 2007 wurden die Verkehrswerte bzw. NKF-Zeitwerte ermittelt. Hiernach bestimmt sich die Betrachtung der Verzinsung des eingesetzten Kapitals. Gesellschaften mit der schlechtesten Kapitalverzinsung sind vorrangig aufzufordern, ihre Ergebnisse zu verbessern.

Die Verlustgesellschaften werden in der Weise gesteuert, dass die jährlichen Zuschüsse unter Berücksichtigung der Teuerungsraten um ein jeweils auszuhandelndes Prozentsatz zurückgefahren werden. Dies wird Inhalt der jeweiligen Zielvereinbarung zwischen der Stadt und der Beteiligungsgesellschaft.

b) Hinreichende Bedingung: **Wertentwicklung** im Zeitablauf

Ferner wird bei den Gewinn- und Verlustgesellschaften die eigene Wertentwicklung verfolgt. Sofern die notwendige Bedingung erfüllt ist, dass eine Veräußerung wirtschaftlich sinnvoll wäre, ist daneben von hinreichender entscheidender Bedeutung, dass die Wertentwicklung des Beteiligungsunternehmens, ausgehend von der mittelfristigen Finanzplanung im Zeitablauf, einen Wert erwarten lässt, der in der Zukunft voraussichtlich nicht weiter steigt.

Ergibt die Wertanalyse bei einer Gesellschaft, dass der Unternehmenswert in der Zukunft voraussichtlich deutlich sinkt, so ist zur Vermeidung künftiger Wertverluste eine Veräußerung in Betracht zu ziehen; dies vor allem dann, wenn auch bereits die notwendige Bedingung eine Unwirtschaftlichkeit hat erkennen lassen.



Bei den Gewinngesellschaften ist in der Regel ein positiver Marktpreis zu erwarten. Bei den Verlustgesellschaften kann sich ein Marktpreis einstellen, wenn die Stadt Essen einmalige oder laufende Zuschüsse an einen Investor leistet. Sollten im Falle der Anteilsübertragung an einen Investor die zukünftigen Verluste bzw. die Zuschüsse der Stadt Essen geringer sein als im Falle des Haltens der Beteiligung, so ist eine Veräußerung ceteris paribus wirtschaftlich.

c) Weiterer Aspekt: Öffentliche Zweckbestimmung/strategische Ausrichtung im Einzelfall

Wenn bei einer Beteiligungsgesellschaft die vorstehenden Kriterien nach a) und b) erfüllt sind, ist noch zu prüfen, ob die mit der Beteiligungsgesellschaft verfolgte öffentliche Zweckbestimmung im Sinne des § 107 Abs. 1 Nr. 1 GO NRW eine Veräußerung der Gesellschaft zulässt. Sollte die öffentliche Zweckbestimmung einer Veräußerung entgegenstehen, wird auf diese Weise verdeutlicht, welche Kosten der eine oder andere öffentliche Zweck auslöst. Das gilt auch dann, wenn die Beteiligungsgesellschaft aus strategischen Überlegungen weitergeführt werden soll.

Mit der **Einführung des Neuen Kommunalen Finanzmanagements zum 1. Januar 2007** bei der Stadt Essen wurden sämtliche Beteiligungen einem umfassenden Bewertungsverfahren unterzogen. Die daraus abgeleiteten Werte werden jährlich zum Bilanzstichtag auf Werthaltigkeit geprüft (Impairment-Test). Besondere Aufmerksamkeit erlangen dabei Wertveränderungen, da sie mit der Einführung des Neuen Kommunalen Finanzmanagements zukünftig ergebniswirksam sein können. Die Bewertung der Beteiligungen erfolgte nach folgenden Verfahren: Ertragswertverfahren, Substanzwertverfahren und Eigenkapitalspiegelbildmethode. Konzeptionell wurden die erwerbswirtschaftlichen Beteiligungen nach dem Ertragswertverfahren und die sachzielbezogenen Beteiligungen nach dem Substanzwertverfahren bewertet. Die Werte wurden unter fachlicher Begleitung einer großen Wirtschaftsprüfungsgesellschaft ermittelt.

Für eine zielgerichtete Steuerung der Beteiligungsgesellschaften im Rahmen der Leistungsfähigkeit des städtischen Haushalts ist es unerlässlich, vor Aufstellung der jährlichen Wirtschaftspläne in den Beteiligungsgesellschaften und deren Beschlussfassung in den Gesellschafterversammlungen verbindliche Eckwerte durch den Rat der Stadt beschließen zu lassen. Bis zum Jahr 2005 lag im Zeitraum des Wirtschaftplanverfahrens keine verbindliche Abstimmung mit dem städtischen Haushalt vor. Daher wurde dieser Forderung dadurch Rechnung getragen, dass im Konsolidierungsprogramm 2006 ff. für die Gesellschaften und eigenbetriebsähnlichen Einrichtungen verbindliche Budgeteckwerte beschlossen wurden, die für die Wirtschaftspläne verbindliche Vorgaben darstellen. Dies erfolgte zunächst für die Gesellschaften, die unmittelbar mit dem Haushalt der Stadt Essen verbunden sind.

Wie die nachfolgende Tabelle verdeutlicht, belaufen sich die zahlungswirksamen Aufwendungen zur Abdeckung von Fehlbeträgen der städtischen Beteiligungsunternehmen und Sondervermögen im Gesamtergebnisplan 2008 auf **über 100 Mio. Euro**. Vor dem Hintergrund, dass sich das geplante Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit im Jahr 2008 auf insgesamt rd. 143 Mio. Euro und im Jahr 2009 auf insgesamt rd. 92 Mio. Euro belaufen wird, müssen Konsolidierungsanstrengungen verstärkt im Bereich der kommunalen Beteiligungen erfolgen.

## Haushaltsplan 2008 / 2009

### Ergebnisplan

<b>Zahlungswirksamer Aufwand zur Abdeckung der Fehlbeträge von verbundenen Unternehmen, Sondervermögen und Beteiligungen</b>				
<b>Planjahr</b>	<b>2008</b>	<b>2009</b>	<b>2010</b>	<b>2011</b>
EMG Essen Marketing GmbH ... - EMG -	1.673.850 €	1.673.850 €	1.673.850 €	1.673.850 €
Essener Versorgungs- u. Verkehrsgesellschaft mbH - EVV -	7.887.000 €	16.333.000 €	13.980.000 €	13.980.000 €
Essener Wirtschaftsförderungsgesellschaft mbH - EWG -	2.616.000 €	1.720.000 €	1.724.000 €	2.020.000 €
Essener Arbeit-Beschäftigungsgesellschaft mbH - EABG -	1.035.000 €	995.000 €	975.000 €	975.000 €
Flughafen Essen/Mülheim GmbH - FEM -	521.350 €	405.000 €	397.000 €	397.000 €
Gemeinnützige Theater-Baugesellschaft mbH - TBE -	2.640.000 €	2.881.000 €	3.081.000 €	3.081.000 €
Grün und Gruga Essen (eigenbetriebsähnliche Einrichtung) - GGE -	23.400.000 €	23.300.000 €	23.300.000 €	23.300.000 €
Jugendhilfe Essen gGmbH - JHE -	1.446.570 €	1.446.570 €	1.446.570 €	1.446.570 €
Revierpark Nienhausen GmbH - RN -	206.500 €	206.500 €	206.500 €	206.500 €
Ruhr 2010 GmbH - R2010 -	1.750.000 €	1.250.000 €	1.450.000 €	300.000 €
Verband der kommunalen RWE-Aktionäre GmbH - VKA -	17.300 €	17.300 €	17.300 €	17.300 €
Sport- und Bäderbetriebe Essen (eigenbetriebsähnliche Einrichtung) - SBE -	20.686.400 €	20.686.400 €	20.686.400 €	20.686.400 €
Theater und Philharmonie Essen GmbH - TUP -	42.495.000 €	42.640.000 €	42.640.000 €	42.640.000 €
<b>Summe</b>	<b>106.374.970 €</b>	<b>113.554.620 €</b>	<b>111.577.620 €</b>	<b>110.723.620 €</b>
zzgl. 1.12.07.01.01 Steuerungsstelle ÖPNV: Weiterleitung Zuschuss ZV VRR an EVV	461.000 €	461.000 €	461.000 €	461.000 €
1.06.02 Zuschuss Jugendarbeit städtischer Träger	5.150 €	5.150 €	5.150 €	5.150 €
1.01.08.06.01 Steuerungsunterstützung Jobcenter Essen ./, Zuschuss ABEG (Beschäftigungsprogramm Langzeitarbeitslose)	1.500.000 €	1.500.000 €		
1.04.02.02.01 Ruhrmuseum	2.500.000 €	2.500.000 €	2.500.000 €	2.500.000 €
<b>Summe Zuschuss an verbundene Unternehmen, Sondervermögen und Beteiligungen (siehe auch Vorbericht)</b>	<b>110.841.120 €</b>	<b>118.020.770 €</b>	<b>114.543.770 €</b>	<b>113.689.770 €</b>

## Konsolidierungsbeiträge des Versorgungs- und Verkehrsbereichs

Die Essener Versorgungs- und Verkehrsgesellschaft mbH (EVV) hat im Jahr 2007 einen erheblichen Beitrag zur Entlastung des Essener Haushaltes geleistet: Nach dem Konsolidierungsprogramm 2006 ff. war für die EVV ein Verlustausgleich von 39,1 Mio. Euro vorgesehen. Durch diverse Ergebnisverbesserungen bei den einzelnen Konzerngesellschaften und höheren Dividendenerträgen bei den RWE Aktien konnte dieser Verlustausgleich für den städtischen Haushalt auf 3,0 Mio. Euro reduziert werden.

Folgende Entwicklungen haben insbesondere zu dem Ergebnis beigetragen:

- **Tropolys Altgesellschafter GmbH (Versatel AG)** **9,5 Mio. €**

Die Beteiligung im gewinnorientierten Geschäftsfeld der Telekommunikation (CNE) erfolgte seinerzeit mit dem Ziel, einen Beitrag zur Haushaltsverbesserung zu leisten. Bereits 2006 hat die EVV anteilig rd. 5,9 Mio. Euro aus einer Kapitalauskehrung der Versatel AG erhalten, wodurch bereits die Gesamtinvestitionssumme zurückgeflossen ist. Im April 2007 konnte dann ein erfolgreicher Börsengang der Versatel AG realisiert werden. Daraus sind der EVV rd. 9,5 Mio. Euro zugeflossen. Nach dem Börsengang ist die EVV noch mittelbar mit rd. 2 % an der Versatel AG beteiligt. Weitere Veräußerungen sind jedoch nur gemeinsam mit dem Hauptaktionär möglich.

- **MHKW** **1,5 Mio. €**

Durch Ausweitung der Vermarktung von freien Vereschungskapazitäten im MHKW Karnap wird ein Anstieg der Umsatzerlöse von 0,7 Mio. Euro auf rd. 3 Mio Euro bei der EVV erwartet, der zu einem Rohertrag von rd. 1,5 Mio Euro führen wird.

- **Gewinnabführungen** **1,5 Mio. €**

Gegenüber dem Wirtschaftsplan 2007 haben sich bei der EBE und der RGE verbesserte Jahresergebnisse ergeben, die insgesamt zu einer höheren Gewinnabführung von 1,5 Mio. Euro führen.

Es handelt sich bei den oben genannten Entwicklungen teilweise um das Ergebnis größter Anstrengungen, durch Gestaltungsmöglichkeiten, wie beispielhaft auf dem Gebiet des Steuerrechts für die EVV und ihre Konzerngesellschaften, optimale Lösungen zu finden, die zu einer Verbesserung des Jahresergebnisses und somit zur Entlastung des städtischen Haushalts beitragen.

Als eine dieser Optimierungen wurde zwischen der EVV und der RGE mit Wirkung vom 1.1.2007 ein Ergebnisabführungsvertrag geschlossen, der dazu führt, dass das RGE-Ergebnis zukünftig auf Ebene der EVV unter Nutzung von Verlustvorträgen versteuert wird.

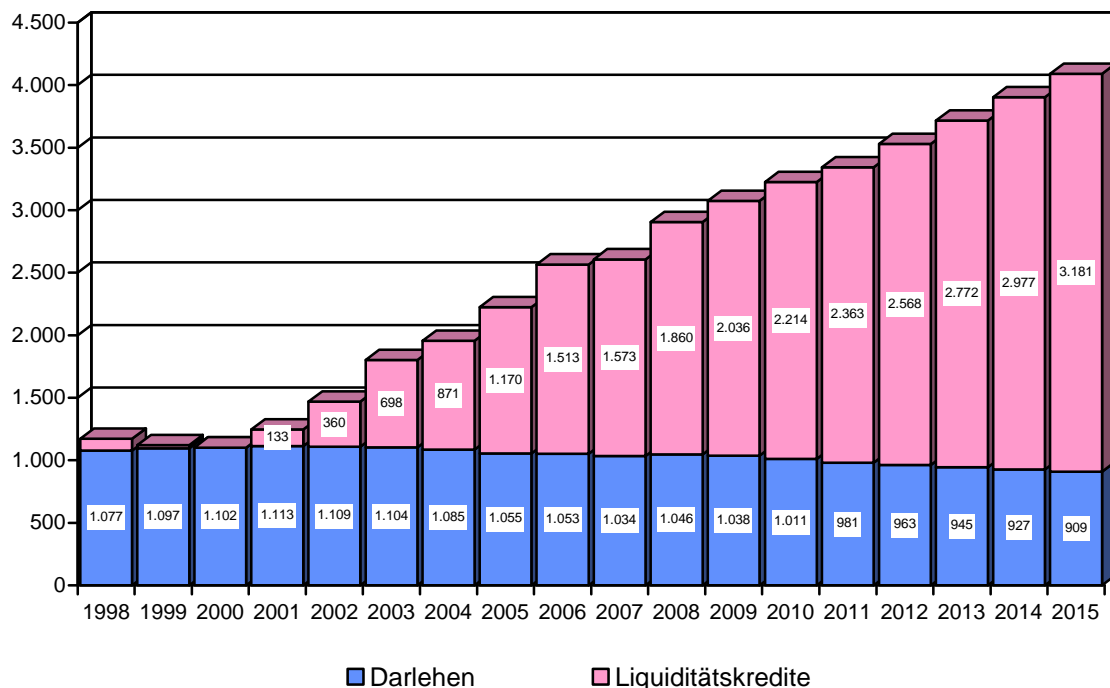
Neben den Beiträgen zur Ergebnisverbesserung der einzelnen Konzerngesellschaften sowie einmaligen Sondereinflüssen wird das Ergebnis der EVV durch die RWE-Dividendenerträge

beeinflusst. Maßgeblich hierfür ist die prognostizierte weitere Steigerung bei der RWE-Dividende, die sich einerseits beim Ertrag aus Wertpapierleihe der Essener Verkehrs-AG, andererseits bei den Dividendenerträgen der EVV von der RWE AG und der RWE Holding AG auswirkt. Unter Berücksichtigung einer Dividendenschätzung von 4 Euro je Aktie geht der Wirtschaftsplan der EVV für das Jahr 2008 von einem Fehlbetrag in Höhe von rd. 7 Mio. Euro aus. In den Jahren 2001 bis 2005 betrug der EVV-Fehlbetrag regelmäßig ca. 60 Mio. Euro. Insofern trägt die EVV nun maßgeblich zur Haushaltskonsolidierung bei.

## 2.7 ENTSCULDUNG IM KONZERN

Schulden in Milliardenhöhe belasten die Stadt Essen jährlich mit Zinsen und Tilgung im dreistelligen Millionenbereich. Da diese Ausgaben bei einem defizitären Haushalt nicht durch laufende Einnahmen gedeckt sind, müssen sie wiederum mit Krediten finanziert werden. Dadurch entstehen neue Schulden mit Zinsen und Zinseszinsen. Der Abbau der Verschuldung auf ein deutlich geringeres Niveau ist deshalb auch von elementarer Bedeutung für eine finanzwirtschaftliche Stabilisierung.

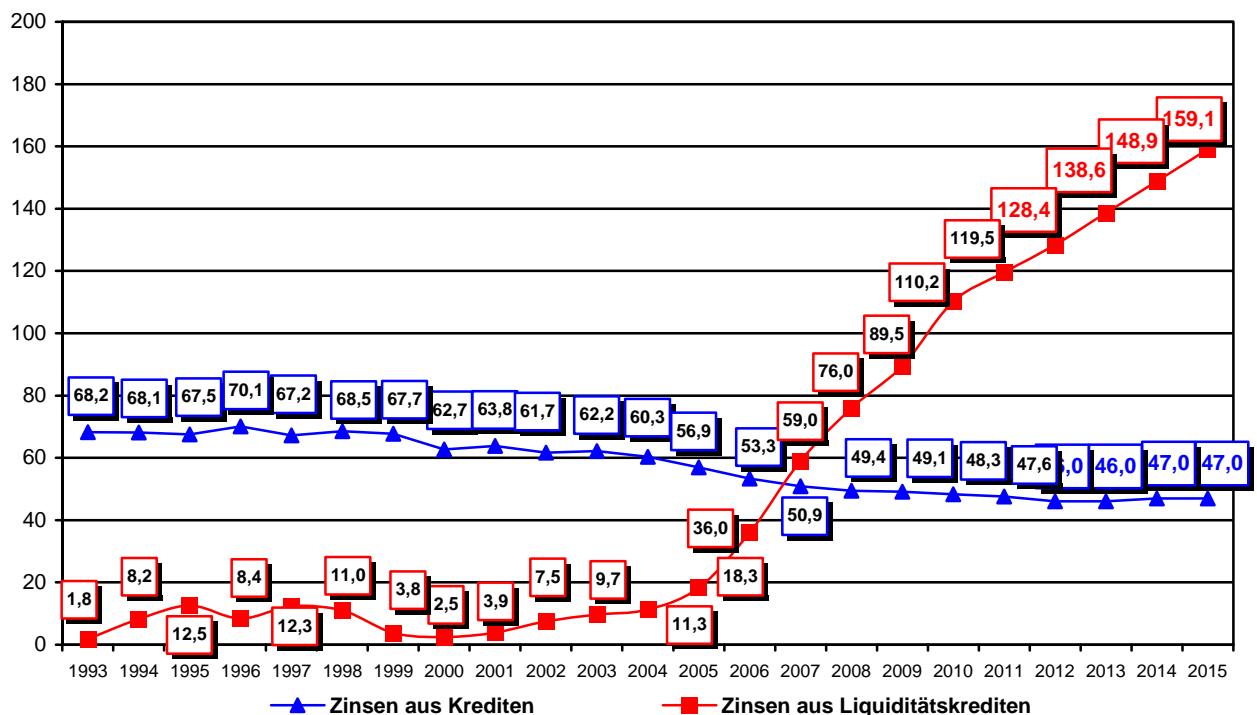
Die folgende Grafik veranschaulicht, mit welcher Geschwindigkeit sich die Relation von Investitionskrediten zu Liquiditätskrediten (Kassenkrediten) verändert. In rund einer Milliarde Euro stecken die Investitionen des Haushalts der letzten Jahrzehnte. Den gleichen Betrag nehmen wir heute in weniger als drei Jahren als Kredit für konsumtive Maßnahmen auf, da unsere Ausgaben nicht den zur Verfügung stehenden Einnahmen angepasst sind. Auch in der langfristigen Planung zeigt sich keine Besserung.



Die derzeitige Finanzplanung führt bereits im Jahr 2015 zu einer Verschuldung im Kernhaushalt von über 4 Mrd. Euro. Davon entfallen rund ein Viertel auf langfristige Darlehen

und drei Viertel auf Kassenkredite. Der wichtigste Schritt zum Abbau der Verschuldung ist zuerst die Einschränkung der Neuverschuldung. Dazu muss das negative Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit abgebaut werden; d.h. die Aufwendungen in bestimmten Produktbereichen müssen drastisch reduziert werden.

Zinsen haben einen wesentlichen Anteil am strukturellen Defizit des Haushalts. Sollten auch in Zukunft jährlich rd. 200 Mio. Euro mehr ausgegeben als eingenommen werden, wäre im Jahr 2015 ein Schuldenstand von rd. 4 Mrd. Euro mit einer jährlichen Zinslast von rd. 206 Mio. Euro auszuweisen. Dabei haben wiederum die Ausgabenüberhänge der kommenden Jahre einen wesentlichen Anteil an dieser Entwicklung. Angesichts dieser Zukunftsperspektiven besteht akuter Handlungsbedarf.



Parallel zum Abbau der Neuverschuldung müssen die Altdefizite abgebaut werden, da hierfür Zinsen zu zahlen sind, die den laufenden Haushalt belasten. Der Abbau von Altdefiziten kann auf absehbare Zeit nicht durch Haushaltsüberschüsse erfolgen, deshalb kann dies nur durch den unterstützenden Einsatz von Vermögenswerten geschehen. Die emotionale Diskussion um den Einsatz von Tafelsilber ist hier wenig hilfreich. Eine sachliche Definition unterschiedlicher Vermögenswerte im Hinblick auf die Qualifizierung als Tafelsilber und eine saubere strategische Abgrenzung der Nutzung dieser Vermögenswerte ist dem Konsolidierungsprozess dienlicher.

Was ist das Tafelsilber der Stadt Essen? Gibt es unwirtschaftliche Vermögenswerte, deren Veräußerung dazu beitragen kann, den Haushalt jetzt und zukünftig auf ein solides Fundament zu stellen?

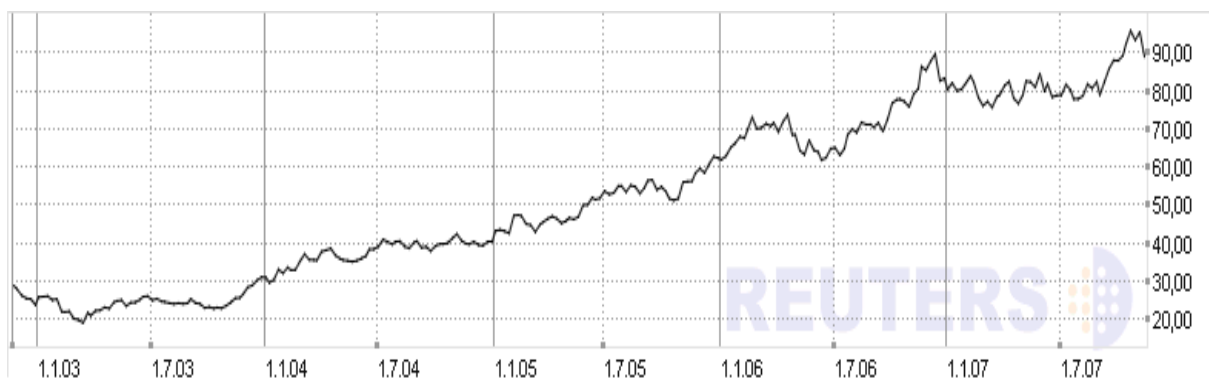
Ertragsbringer wie z.B. die Stadtwerke oder die Entsorgungsbetriebe gehören sicherlich zum Tafelsilber der Stadt Essen. Beide Unternehmen werfen nachhaltig Erträge für den städtischen Haushalt ab und erbringen eine ausreichende Verkehrswertverzinsung. Was aber ist mit unwirtschaftlichen Beteiligungen, deren Daseinsberechtigung nicht zwingend notwendig ist? Hier ist es zwangsläufig schon geboten, entweder die Rentabilität zu verbessern oder sich von diesen Beteiligungen zu trennen. Eine Veräußerung würde tatsächlich zu einer Verringerung des originären Haushaltsdefizits beitragen.

Was also ist konkret zu veranlassen?

- Relevante Vermögenswerte im Konzern Stadt Essen müssen im Rahmen des Neuen Kommunalen Finanzmanagements (NKF) dargestellt und analysiert werden.
- Wenn die Vermögensveräußerung „wirtschaftlich“ ist, d.h. wenn die durch den Veräußerungserlös ersparten Zinsen größer als die derzeitigen Renditen sind, soll grundsätzlich eine Veräußerung in Betracht gezogen werden. Bei der letztendlichen Entscheidung sind jedoch neben rein wirtschaftlichen Erwägungen auch andere gesamtstädtische Interessen und Verkehrswertentwicklungen im Zeitablauf (optimaler Zeitpunkt) zu berücksichtigen.
- Beteiligungen, Liegenschaften, Vermögensanlagen etc. sind entsprechend der aufgezeigten Analyse in den Umschichtungsprozess einzubringen.

## RWE-Beteiligung

Die Stadt Essen ist an der RWE-AG sowohl direkt als auch indirekt über ihre Beteiligungsgesellschaften mit 18,6 Mio. Stück Aktien beteiligt. Der Kurs der Aktie hat sich in den letzten Jahren überaus positiv entwickelt, wie die folgende Darstellung zeigt:



Bei einem Kurs von 75 Euro je Aktie entspricht das einem Vermögen von rund 1,39 Mrd. Euro.

Da die RWE-AG überraschend den für 2007 geplanten Börsengang der US-Wassertochter American Waters verschoben hat, betrug die im April 2008 gezahlte Dividende lediglich 3,15 Euro je Aktie, d.h. 60 % des nachhaltigen Nettoergebnisses. Die Dividendenschätzung lag zuvor noch bei 4,10 Euro je Aktie.

Unter Berücksichtigung der aktuellen Dividendenschätzung für das Geschäftsjahr 2008 von 3,50 Euro je Aktie erwirtschaftet die RWE-Beteiligung eine Dividende von insgesamt 65,1 Mio. Euro, d.h. das Vermögen erbringt bei einem Kurs von 75 Euro je Aktie eine Dividendenrendite von 4,67 %.

Vergleicht man diesen Wert mit den Zinsausgaben, die aufgewendet werden müssen, um Schulden in gleicher Höhe zu finanzieren, so ist bei einem Vergleich mit den gegenwärtig niedrigen (Kassen)Kreditzinsen von rund 4,0 % (rd. 55,8 Mio. Euro) ein positiver Beitrag von zur Zeit rund 9,3 Mio. Euro pro Jahr festzustellen. Bei einem Kurs von 95 Euro je Aktie (= Vermögenswert rund 1,77 Mrd. Euro) würden bei unveränderten Kreditzinsen die einzusparenden Zinsen für Kassenkredite (rund 70,8 Mio. Euro) über den geschätzten Dividendenerträgen liegen, so dass ein negativer Beitrag für den städtischen Haushalt festzustellen wäre.

Zur Beantwortung der Frage, ob das Halten der RWE-Aktien für die Stadt Essen wirtschaftlich ist oder nicht, sind daher u.a. der aktuelle **Aktienkurs**, der **Dividendenertrag** und der **Kassenkreditzinssatz** ausschlaggebend.

Ein möglicher nachhaltiger Kursrückgang bedeutet unter der Bilanzierungspflicht von Vermögensgegenständen des Anlagevermögens unter NKF aber auch ein hohes Risiko. Sollte sich nachhaltig ein niedrigeres Kursniveau abzeichnen, so ist der Bewertungsansatz in der Bilanz auf den niedrigeren Kurs abzuschreiben mit der Folge, dass dieser Verlust die Ergebnisrechnung in vollem Umfang belastet. Dies kann weit reichende Konsequenzen im Hinblick auf Bilanzkennzahlen und die damit verbundene Genehmigungsfähigkeit des Haushalts haben.

### 3. HSK-TABLEAU FÜR DEN FINANZPLANUNGSZEITRAUM 2008 – 2011 / BILANZ DES PROGRAMMS „100-MIO. EURO PLUS“

Mit der Fortschreibung des Haushaltssicherungskonzeptes zum Haushaltsplan 2005 wurde die Strategie der Konsolidierung neu ausgerichtet und gleichzeitig das finanzielle Konsolidierungsziel mit einer Größenordnung von **100 Mio. Euro PLUS** festgelegt.

Die im Rahmen des 7-Punkte-Programms zu erzielenden Haushaltsverbesserungen wurden im Jahr 2005 wie folgt geplant:

Jahr	Betrag in Mio. €	Gesamtbetrag in Mio. € - kumuliert -
2005	10	10
2006	20	30
2007	20	50
2008	50	100
	<b>100</b>	

Unter Berücksichtigung der Rechnungsergebnisse 2005 und 2006 ergibt sich folgendes HSK-Tableau (kameral):

HSK-Tableau (kameral)	2005 (T€)	2006 (T€)
originärer Fehlbedarf (Einbringung)	- 441.239	- 337.516
originärer Fehlbedarf (Beschluss)	- 419.417	- 338.274
HSK-Konzept		+ 10.000
		+ 20.000
gesamt	+ 10.000	+ 30.000
Originärer Fehlbedarf unter Berücksichtigung des HSK-Konzeptes	- 409.417	- 308.274
Rechnungsergebnis	- 309.700	- 217.539
<b>Haushaltsverbesserung</b>	<b>+ 109.717</b>	<b>+ 120.735</b>

Das HSK-Tableau (kameral) verdeutlicht die bisher erzielten Konsolidierungserfolge:

- Bereits während der Beratungen des Haushaltes 2005 konnte der originäre Fehlbetrag um **rund 21,8 Mio. Euro** zurückgeführt werden, d.h. mit Verabschiedung des Haushaltes 2005 wurde das Konsolidierungsziel des HSK-Konzeptes, den originären Fehlbetrag 2005 um 10 Mio. Euro zu senken, deutlich übertroffen.



- Nach dem Rechnungsergebnis 2005 betrug das originäre Defizit 309,7 Mio. Euro, d.h. gegenüber dem geplanten Fehlbedarf von 419,4 Mio. Euro konnte eine **Haushaltsverbesserung von rund 110 Mio. Euro** erzielt werden<sup>17</sup>. Mit diesem Ergebnis wurde die HSK-Vorgabe für das Jahr 2005 um rund 100 Mio. Euro übertroffen.
- Das Rechnungsergebnis für das Jahr 2006 weist ein originäres Defizit von 217,5 Mio. Euro aus. Die erzielte **Haushaltsverbesserung** beläuft sich demnach auf **120,7 Mio. Euro**. Somit wurde die HSK-Vorgabe für das Jahr 2006 nicht nur eingehalten, sondern um mehr als 90 Mio. Euro übertroffen. Nach einer vorläufigen Analyse entfallen von der Haushaltsverbesserung rund 46,8 Mio. Euro auf Einnahmeverbesserungen und rund 74,0 Mio. Euro auf Ausgabenreduzierung.

**Fazit:**

Die erzielten Ergebnisse 2005 und 2006 sowie die Struktur der Ergebnisverbesserungen mit einer deutlichen Ausgabenreduzierung zeigen, dass die geplanten Haushaltsverbesserungen des 100 Mio. Euro Sparprogramms bereits realisiert worden sind. In einem nächsten Schritt muss es im Rahmen der Haushaltskonsolidierung gelingen, den Primärhaushalt innerhalb des Finanzplanungszeitraums nachhaltig auszugleichen!

Für das Haushaltsjahr 2007 wurde auf Basis des doppischen Rechnungswesens das folgende HSK-Tableau erstellt, das im Primärhaushalt eine Ergebnisverbesserung von 20 Mio. Euro vorsah:

HSK-Tableau (doppisch)	Ansatz 2007 T€
Ordentliche Erträge	1.624.587
Ordentliche Aufwendungen	1.764.785
Ergebnis der lfd. Verwaltungstätigkeit	-140.198
<b>HSK-Konzept</b>	<b>+20.000</b>
Ergebnis der lfd. Verwaltungstätigkeit unter Berücksichtigung des HSK-Konzeptes (= HSK-Vorgabe)	-120.198
IST-Ergebnis lt. Jahresrechnung 2007	+5.278
<b>Ergebnisverbesserung im Primärhaushalt</b>	<b>+145.477</b>

Nach dem vorliegenden Jahresabschluss 2007 ist das Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit mit rund 5,3 Mio. Euro positiv; d.h. die ordentlichen Aufwendungen werden vollständig durch die ordentlichen Erträge gedeckt. Mit der im Jahr 2007 erzielten Ergebnisverbesserung von rund 145,5 Mio. Euro ist der Primärhaushalt nicht nur ausgeglichen, sondern übertrifft auch die HSK-Vorgabe um mehr als 125,5 Mio. Euro.

<sup>17</sup> Mehreinnahmen: 25,2 Mio. € (Steuern +27,9 Mio. €, Leistungsbeteiligung Kosten d. Unterkunft Hartz IV -6 Mio. €, Sonstige Finanzeinnahmen +3,3 Mio. €) / Minderausgaben: 84,5 Mio. € (Personalausgaben -7,2 Mio. €, sächl. Verwaltungs- u. Betriebsaufwand -38,3 Mio. €, Zuweisungen/Zuschüsse -29,1 Mio. €, Zinsausgaben -9,9 Mio. €)

Aus der weiteren Umsetzungsplanung des HSK-Konzeptes ergibt sich für den Finanzplanungszeitraum 2008 – 2011 das nachfolgenden HSK-Tableau:

HSK-Tableau (doppisch)	Ansatz 2008 T€	Ansatz 2009 T€	Planung 2010 T€	Planung 2011 T€
Ordentliche Erträge	1.609.866	1.682.743	1.707.371	1.767.802
Ordentliche Aufwendungen	-1.753.325	-1.774.869	-1.783.932	-1.810.630
Ergebnis der Ifd. Verwaltungstätigkeit	-143.459	-92.126	-76.561	-42.828
<b>Ergebnis der Ifd. Verwaltungstätigkeit unter Berücksichtigung der aktuellen HSK-Vorgabe</b>	<b>-143.459</b>	<b>-92.126</b>	<b>-76.561</b>	<b>+/- 0*</b>
geplante Konsolidierungslinie HSK 2007	-133.981	-132.731	-82.352	
Abgleich HSK 2008/2009 zur Konsolidierungslinie HSK 2007	<b>-9.478</b>	<b>+40.605</b>	<b>+5.791</b>	

\*) Das Ziel des Haushaltssicherungskonzeptes 2008/2009 sieht u.a. den strukturellen Ausgleich des Primärhaushaltes im Finanzplanungszeitraum vor!

## C. KONSOLIDIERUNGSPROGRAMM 2008/2009 FF.

Seit der Neuausrichtung im Jahr 2005 ist die Haushaltskonsolidierung in Essen ein sich ergänzender, ineinander greifender Arbeitsansatz, der die Aufgabenbereiche im gesamten Konzern Stadt Essen auf den Prüfstand stellt.

Das nachfolgend dargestellte Konsolidierungsprogramm 2008/2009 ff. dokumentiert die bisherigen Konsolidierungsansätze. Es stellt unverändert eine verbindliche Richtschnur für die Konsolidierungsaktivitäten der Geschäfts- und Fachbereiche dar.

Aus Gründen der Handhabbarkeit und Steuerungsrelevanz wurden - wie beim NKF-Haushalt - die Budgetwerte auf Ebene der Teilpläne (Produktgruppen) im Konsolidierungsprogramm dargestellt. Sie beinhalten neben Erträgen und Aufwendungen auch die geplanten Personalaufwendungen, die im Rahmen der Personalkostenbudgetierung gesondert gesteuert werden. Da die Personalkosten der Fachbereiche durch besondere zusätzliche personalwirtschaftliche Maßnahmen beeinflusst werden können, werden die **Zuschussbedarfe ohne Personalaufwendungen** im Konsolidierungsprogramm gesondert ausgewiesen. Diese stellen für die Bewirtschaftung des Doppelhaushalts 2008/2009 und für die Haushaltswirtschaft 2010 bis 2011 **verbindliche Mindestvorgaben** dar, sowohl für die Fachbereiche als auch für die eigenbetriebsähnlichen Einrichtungen und die städtischen Beteiligungsunternehmen.

### 1. PERSONALAUSGABEN

Hinsichtlich der Personalausgaben schafft das zum Haushaltsjahr 2005 eingeführte System zur Einbeziehung der Personalausgaben in die Budgetierung der Stadt Essen durch ein zeitnahes Controllingverfahren die erforderlichen Steuerungsgrundlagen für konkrete Vorgaben im größten Ausgabenblock des städtischen Haushaltes. Die Personalausgaben wurden jedoch im Rahmen der Haushaltskonsolidierung schon immer einer besonderen Betrachtung unterzogen. Seit Jahren leisten Einsparungen bei den beeinflussbaren Personalausgaben (Besoldung, Entgelte, Sozialversicherungs- und ZVK - Beiträge) einen erheblichen Konsolidierungsbeitrag.

Durch das Zusammenwirken aller personalwirtschaftlichen Instrumente (z. B. starke Restriktionen bei der Neueinstellung, Beförderungssperre, Wiederbesetzungssperre, Stellenabbau, Realisierung der HSK Maßnahmen) wurde in den Jahren 1993 bis 2007 ein **Einsparpotenzial von rd. 66 Mio. Euro** kassenwirksam realisiert. Die Weiterentwicklung der Personalausgabenbudgetierung wird die GPA Prüfungsergebnisse sowie die weiteren Ergebnisse aus dem Benchmark der Städte Dortmund, Duisburg und Essen einbeziehen.

Der tatsächlich geleistete Konsolidierungsbeitrag wird nicht nur durch das finanzielle Ergebnis, sondern auch durch den damit einhergehenden Personal- und Stellenabbau deutlich. **Von 1992 bis 2007 hat sich die Zahl der Planstellen von 10.692,50 durch Ausgliederungen um 1.197,75 und durch Einsparungen um 1.052,25 auf 8.442,50 reduziert.**

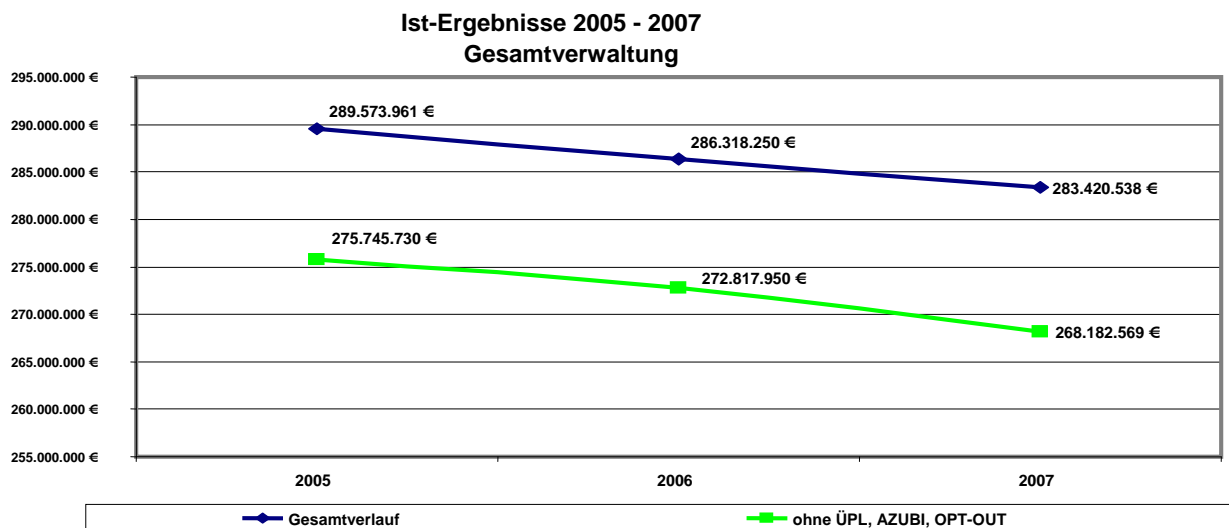
Die Zahl in der Rubrik „Einsparungen“ stellt einen Saldo dar, da auch Mehrstellen hierin enthalten sind, die im Vergleichszeitraum aufgrund gesetzlicher Vorgaben eingerichtet werden mussten, z.B. in den Kindertageseinrichtungen, zum Ausbau des Angebotes „Offene Ganztagschule“, zum Aufbau der Geschäftsbuchhaltung.

Enthalten sind weiterhin 372 Mehrstellen, die in 2005 zur stellenplantechnischen Anbindung der städtischen Mitarbeiter/-innen in der neuen Organisationseinheit „Job-Center Essen“ zusätzlich eingerichtet werden mussten. Hierbei handelt es sich um die mit der Agentur für Arbeit gebildete Arbeitsgemeinschaft, in der die überwiegend in der Zuständigkeit der Agentur für Arbeit liegenden Aufgaben nach dem SGB II (Grundsicherung für Arbeitssuchende) wahrgenommen werden. Die überwiegend aus dem ehemaligen Sozialamt stammenden Mitarbeiter/-innen wurden aus ihren bisherigen Stellen in die neuen Stellen im Job-Center versetzt. Ein Großteil der hierdurch freigewordenen Stellen wurde nach der Reorganisation des heutigen Amtes für Soziales und Wohnen im Stellenplan 2007 eingespart.

Die **Gesamtzahl der Mitarbeiter/-innen** hat sich bedingt durch die Ausgliederungen sowie den Stellenabbau im gleichen Zeitraum (Stichtag 30.06. eines jeden Jahres) **von 13.613 um 4.234 auf 9.379 reduziert**.

Vor dem Hintergrund der nach wie vor defizitären Haushaltslage und der sich auch weiterhin abzeichnenden Negativentwicklung bleiben die budgetierten beeinflussbaren Personalausgaben für die Jahre 2008 bis 2011 grundsätzlich auf dem Niveau des Ansatzes des Haushaltsjahres 2005 gedeckelt. Die bereits in den Jahren 2006 und 2007 verfügte und realisierte Bewirtschaftungssperre von 0,5 % bietet auch in den Folgejahren ein **zusätzliches Einsparpotenzial von jährlich rd. 1, 3 Mio. Euro**.

Für das Jahr 2007 wurden die auf Geschäftsbereichsebene budgetierten beeinflussbaren Ist - Personalausgaben um einen Konsolidierungsbeitrag von rund 1 Mio. Euro reduziert. Diese Zielvorgabe wurde nicht nur in vollem Umfang realisiert, sondern darüber hinaus wurden die Ausgabeansätze um rd. 5,2 Mio. Euro unterschritten. Mit der Einbeziehung der Personalausgaben in die Budgetierung ist beim Gesamtverlauf der budgetierten Personalausgaben für die Jahre 2005 bis 2007 ein **Rückgang um 6,2 Mio. Euro** zu verzeichnen:



Rückgang der Personalausgaben von 2005 bis 2007

Erreichbar war dies nur durch einen noch restriktiveren Umgang mit der Einrichtung / Höherbewertung von Stellen und der externen Einstellung von Mitarbeitern/innen sowie durch Ausnutzung aller organisatorischen und personalwirtschaftlichen Handlungsspielräume sowohl

auf der Ebene der Gesamtverwaltung als auch in den Geschäfts- und Fachbereichen. Bei den zentral bewirtschafteten bedingt beeinflussbaren Personalausgaben ist im gleichen Zeitraum ein Ausgabenrückgang um rd. 0,5 Mio. Euro zu verzeichnen.

Hinsichtlich der Gewährleistung von **Ausbildung** obliegt der Stadt Essen als öffentlichem Arbeitgeber eine besondere arbeitsmarkt- und gesellschaftspolitische Bedeutung. Eine Verringerung des Ausbildungsplatzangebotes ist daher grundsätzlich nicht vorgesehen. Auf aktuell noch geringere Bedarfe im Verwaltungsdienst wurde durch Reduzierung des Ausbildungsangebotes für diesen Bereich reagiert, allerdings wird diese Verringerung durch Ausbildungsangebote für andere Berufsgruppen bzw. neue zukunftsfähige Ausbildungsberufe möglichst kompensiert.

Für die nächsten Jahre ist aufgrund des durch die größere Altersfluktuation steigenden Personalbedarfs von einer Ausweitung des Ausbildungsplatzangebotes im Verwaltungsdienst auszugehen.

## **2. KONSOLIDIERUNGSBEITRÄGE UND BUDGETWERTE**

Zu den einzelnen Punkten des Konsolidierungsprogramms entwickeln die zuständigen Geschäfts- und Fachbereiche unter Beteiligung des Zentralen Konsolidierungsmanagements (ZKM) konkrete Einzelmaßnahmen (HSK-Maßnahmen) und legen diese dem Rat der Stadt zur Beschlussfassung vor. Die Umsetzung der Beschlüsse wird vom ZKM im Rahmen des HSK-Controllings überwacht.

Da einige Konsolidierungsansätze derzeit noch nicht beziffert werden können, werden sich in den Budgetwerten (Zuschussbedarfe) der betroffenen Bereiche noch Änderungen ergeben.

**Neben den dargestellten Konsolidierungsbeiträgen und den damit verbundenen Haushaltsverbesserungen ist jeder Geschäftsbereich, jeder Fachbereich und jedes Beteiligungsunternehmen gehalten, in eigener Verantwortung frühzeitig Konsolidierungsansätze und Maßnahmen aufzuzeigen, die zu einer Verbesserung der Finanzsituation führen. Jeder Geschäftsbereichsvorstand hat dazu entsprechende Vorlagen dem Rat zur Entscheidung vorzulegen.**

## Konsolidierungsprogramm 2008/2009 ff.

Geschäftsbereich	Fachbereich / eigenbetr. Einrichtung / Beteiligungsunternehmen		Konsolidierungsbeitrag	Produktgruppe	Zuschussbedarf (EUR) (Zuschussbedarf ohne Personalaufwendungen)				noch nicht etatisierte Konsolidierungs- vorgabe	notwendige Aktivitäten des Fachbereichs / aktueller Sachstand		
					2008	2009	2010	2011				
1A	GB 1A	Geschäftsbereichsbüro 1A		1.01.02.01	Verwaltungsführung GB 1A	2.910.592 1.526.192	2.891.198 1.475.198	3.896.777 2.464.227	1.942.755 490.505			
	01-11	Gleichstellungsstelle		1.01.03.01	Gleichstellung von Frau und Mann	339.161 66.861	345.324 67.174	348.764 67.864	352.314 67.914			
	01-15	Presse- und Kommunikationsamt	Die derzeitigen Strukturen der Presse- und Kommunikationsaufgaben - insbesondere im Bereich Marketing - innerhalb des Konzerns (Fachbereiche und Beteiligungsunternehmen) sind mit dem Ziel zu überprüfen, ob sich durch Aufgabenzentralisierung entsprechende Haushaltsverbesserungen erzielen lassen.	(z.Z. noch nicht bezifferbar!)	1.01.07.01	Presse- und Öffentlichkeitsarbeit	1.769.993 325.593	1.839.130 323.980	1.856.321 323.671	1.844.284 324.234		Der Fachbereich wurde beauftragt, ein Konzept zu erarbeiten, mit dem die Zielsetzung des Konsolidierungsbeitrages erreicht werden kann. In einem ersten Schritt ist die Bündelung der Marketingaktivitäten der Beteiligungsunternehmen unter dem Dach der EVV zu überprüfen, die zu weiteren Synergien führen können.
	01-16	Büro Stadtentwicklung	Die derzeitige Aufgabenstruktur ist mit dem Ziel einer Konzentration auf Kernaufgaben zu überprüfen.	(darüber hinaus z.Z. noch nicht bezifferbar!)	1.01.02.08	Strategische Stadtentwicklung	2.095.090 734.140	2.048.020 691.270	1.833.317 663.517	1.771.154 659.354		Der Fachbereich wurde beauftragt, ein Konzept zu erarbeiten, mit dem die Zielsetzung des Konsolidierungsbeitrages erreicht werden kann. Der verwaltungsinterne Prozess über die künftige Ausrichtung des Fachbereiches ist noch nicht abgeschlossen.
	12	Amt für Statistik, Stadtforschung und Wahlen	Überprüfung der interkommunalen Zusammenarbeit in den Bereichen "Statistik" und "Stadtforschung".	(z.Z. noch nicht bezifferbar!)	1.02.01.01	Statistik und Wahlen	1.527.501 391.051	1.924.770 817.870	1.429.318 369.868	1.385.415 370.465		Der Fachbereich wurde beauftragt, ein Konzept zu erarbeiten, mit dem die Zielsetzung des Konsolidierungsbeitrages erreicht werden kann. Der Prozess der interkommunalen Zusammenarbeit in der MEO Region (Mülheim, Essen, Oberhausen) ist noch nicht abgeschlossen.
	14	Rechnungsprüfungsamt	Personalkosteneinsparung ab dem Haushaltsjahr 2010 durch Einsparung einer 0,5 Planstelle (frühestmöglicher Wiederbesetzungszeitpunkt der durch Alternteilzeit ab 2008 freizuhaltenden Stelle).	21.500 €	1.01.05.01	Rechnungsprüfung	2.710.745 -236.505	2.856.345 -243.805	2.895.627 -251.823	2.820.188 -252.612	21.500 €	Hinsichtlich der Personalkosteneinsparungen hat der Fachbereich die erforderlichen personalwirtschaftlichen Maßnahmen einzuleiten.
	15	Amt für Rats- und Bezirksvertretungsangelegenheiten, Repräsentation			1.01.01.01	Politische Gremien	9.977.283 7.306.633	10.125.603 7.370.303	10.189.926 7.406.026	10.290.420 7.418.620		
					1.01.07.02	Repräsentation, Städtepartnerschaften	1.971.486 871.436	2.005.082 877.632	2.029.433 886.233	2.060.422 887.172		
30	Rechtsamt	Überprüfung der Aufgabenwahrnehmung "Rentenberatung" (Versicherungsamt).	(z.Z. noch nicht bezifferbar!)	1.01.11.01	Recht	2.635.615 533.765	2.640.440 516.490	2.675.803 515.953	2.745.106 519.606		Der Fachbereich wurde beauftragt, ein Konzept zu erarbeiten, mit dem die Zielsetzung des Konsolidierungsbeitrages erreicht werden kann. Die geplante Gesetzesänderung zur Wahrnehmung der Rentenberatung ist nicht eingetreten, d.h. die Rentenberatung ist auch künftig von der Kommune zu gewährleisten. Die Inanspruchnahme der kommunalen Rentenberatung wird anhand von Kennzahlen beobachtet, so dass sich zu einem späteren Zeitpunkt weitere mögliche Einsparpotenziale ergeben können.	
				1.05.08.01	Rentenversicherung / Lastenausgleich	392.186 -84.614	385.273 -72.977	400.694 -62.306	628.781 159.681			

## Konsolidierungsprogramm 2008/2009 ff.

Geschäftsbereich	Fachbereich / eigenetr. Einrichtung / Beteiligungsunternehmen	Konsolidierungsbeitrag	Produktgruppe	Zuschussbedarf (EUR) (Zuschussbedarf ohne Personalaufwendungen)				noch nicht etatisierte Konsolidierungs- vorgabe	notwendige Aktivitäten des Fachbereichs / aktueller Sachstand			
				2008	2009	2010	2011					
1A	33	Einwohneramt	Personalkosteneinsparung ab dem Haushaltsjahr 2008 durch Einsparung von 3,5 Planstellen	140.000 €	1.02.02.06	Melde- angelegenheiten	4.477.061 805.811	4.548.325 784.175	4.571.726 788.176	4.628.224 791.174	140.000 €	In enger Abstimmung mit dem ZKM wurde eine tieferegehende Analyse mit dem Ergebnis durchgeführt, dass im Bereich "Personenstandswesen" 3,5 Planstellen einzusparen sind. Um die notwendigen Einsparungen möglichst frühzeitig realisieren zu können, sind die erforderlichen Aktivitäten mit der damit verbundenen Personalplanung in enger Abstimmung mit dem St.A.10 umgehend einzuleiten.
					1.02.02.07	Ausländer- angelegenheiten	4.250.767 303.367	4.348.718 307.118	4.404.583 312.833	4.496.346 314.446		
					1.02.02.08	Personenstands- wesen	2.666.038 161.688	2.736.346 168.396	2.776.775 178.725	2.815.601 179.401		
					1.02.02.09	KFZ-Zulassung	447.775 -3.903.375	551.288 -3.909.112	610.064 -3.901.186	667.145 -3.899.405		
					1.10.02.02	Verwaltung und Sicherung des Wohnbestandes	2.284.786 376.136	2.334.550 381.750	2.367.799 387.449	2.399.910 387.810		
	ME	Messe Essen GmbH			1.15.02.04	Messe Essen	1.133.484 1.133.484	1.161.783 1.161.783	1.204.998 1.204.998	1.207.195 1.207.195		Die Zuschussbedarfe stellen verbindliche <b>Vorgaben</b> für die Wirtschaftspläne der Gesellschaft dar. Im Rahmen weitergehender Konsolidierungsansätze sind entsprechende Kürzungen nicht ausgeschlossen.
	EWG	Essener Wirtschaftsförderung GmbH			1.15.01.01	Essener Wirtschafts- förderung GmbH (EWG)	2.436.000 2.436.000	1.535.000 1.535.000	1.534.000 1.534.000	1.830.000 1.830.000		Die Zuschussbedarfe stellen verbindliche <b>Vorgaben</b> für die Wirtschaftspläne der Gesellschaft dar. Im Rahmen weitergehender Konsolidierungsansätze sind entsprechende Kürzungen nicht ausgeschlossen.
	EMG	Essen Marketing GmbH			1.15.03.01	Essener Marketing GmbH (EMG)	1.387.850 1.387.850	1.387.850 1.387.850	1.387.850 1.387.850	1.387.850 1.387.850		Die Zuschussbedarfe stellen - unter Berücksichtigung der Personal- kostenerstattungen - verbindliche <b>Vorgaben</b> für die Wirtschaftspläne der Gesellschaft dar. Im Rahmen weitergehender Konsolidierungsansätze sind entsprechende Kürzungen nicht ausgeschlossen.
Konsolidierungsbeitrag GB 1A:			161.500 €					161.500 €				

## Konsolidierungsprogramm 2008/2009 ff.

Geschäftsbereich	Fachbereich / eigenbetr. Einrichtung / Beteiligungsunternehmen		Konsolidierungsbeitrag	Produktgruppe	Zuschussbedarf (EUR) (Zuschussbedarf ohne Personalaufwendungen)				noch nicht etatisierte Konsolidierungs- vorgabe	notwendige Aktivitäten des Fachbereichs / aktueller Sachstand	
					2008	2009	2010	2011			
1B	GB 1B	Geschäftsbereichsbüro 1B		1.01.02.02	Verwaltungsführung GB 1B	636.746 107.396	650.192 108.242	659.083 109.533	667.588 109.538		
	01-05	Arbeitssicherheit Essen		1.01.08.04	Arbeitssicherheit Essen	391.083 -108.967	413.394 -98.856	417.548 -97.452	423.331 -96.719		
	01-06	Betriebliche Beratungsstelle		1.01.08.05	Betriebliche Beratungsstelle	302.188 -57.262	312.618 -56.382	315.700 -55.650	319.731 -55.619		
	02-02	Beteiligungsmanagement		1.01.09.02	Beteiligungsmanagement	665.617 -50.983	722.076 -55.024	655.266 -59.134	677.740 -62.460		
	PR	Personalrat		1.01.04.01	Beschäftigtenvertretung	1.178.714 23.364	1.197.320 15.870	1.210.049 15.699	1.231.174 15.774		
	10	Organisation und Personalwirtschaft		1.01.08.01	Organisation und Personalwirtschaft	23.823.312 65.712	25.392.841 58.691	25.684.734 57.134	26.104.128 49.578		
	11	Amt für Zentralen Service	In dem Bereich "Fortbildung" (Produktgruppe 1.01.08.03) ist eine Zuschussreduzierung i.H.v. 90.000€ berücksichtigt. In dem Bereich "Zentrale Kantinenverwaltung" (Produktgruppe 1.01.06.01) ist eine tiefergehende Analyse mit den Städten Dortmund und Duisburg durchzuführen.  Teile des Aufgabenbereichs wurden im Rahmen des Projektes "Potenzialanalyse für den Immobilienbereich" näher analysiert. Als Ergebnis wurden für das Amt für Zentralen Service die folgenden zwei immobilienwirtschaftlichen Optimierungsansätze benannt, die nach Einschätzung innerhalb der nächsten 10 Jahre zu einer strukturellen Verbesserung von bis zu 4,8 Mio. € führen können: <b>1. Optimierung Reinigungsdienst (4 Mio. € p.a.)</b> <b>2. Catering (0,8 Mio. € p.a.)</b>	90.000 €	1.01.06.01	Zentraler Service	25.840.557 15.379.757	26.352.012 15.806.562	26.779.892 16.467.392	26.930.109 16.802.359	Die tiefergehende Analyse im Bereich "Fortbildung" wurde mit dem Ergebnis durchgeführt, dass der Zuschussbedarf ab 2008 um 90.000 € zu reduzieren ist. Eine tiefergehende Analyse des Bereichs "Zentrale Kantinenverwaltung" erfolgte im Rahmen der Potenzialanalyse für den Immobilienbereich. Zur Unterstützung des Fachbereiches erfolgt bei der Konkretisierung der ermittelten Potenziale in den Teilprojekten "Reinigung" und "Catering" eine weitere externe Begleitung.
			(darüber hinaus z.Z. noch nicht bezifferbar!)	1.01.08.02	Personalservice	6.528.598 52.358	6.695.045 87.355	6.829.177 104.637	6.829.176 147.786		
				1.01.08.03	Personalaus- bildung und - qualifizierung	2.109.825 845.525	2.129.232 837.532	2.132.076 838.476	2.063.429 778.929		
	32	Ordnungsamt	Es ist eine Einnahmeverbesserung in Höhe von 400.000€ p.a. im Bereich "Parkraumbewirtschaftung" zu erzielen.  Im Weiteren ist zu überprüfen, ob im Bereich des ruhenden Verkehrs eine Aufgabenübertragung auf Private (z.B. EVAG) möglich ist.	400.000 €	1.02.02.01	Allgemeine Sicherheit und Ordnung	4.391.262 254.012	4.492.487 248.887	4.554.264 256.314	4.624.949 260.699	Die Einnahmeverbesserung i.H. von 400.000 € im Bereich der "Parkraumbewirtschaftung" ist etatisiert. Die Sicherstellung der Einnahmeverbesserung soll u.a. durch die Fortschreibung des Parkraumbewirtschaftungskonzeptes erfolgen, das den Ratsgremien zur Entscheidung vorzulegen ist.
			1.02.02.02	Verkehrsüberwachung	-1.085.775 -8.139.725	-990.372 -8.203.172	-950.489 -8.199.589	-882.380 -8.211.780		Die Prüfung, ob in weiteren Bereichen des ruhenden Verkehrs eine Aufgabenübertragung auf Private möglich ist, befindet sich in der verwaltungsinternen Abstimmung.	
			1.12.06.01	Parkeinrichtungen	-1.432.429 -2.748.729	-1.396.791 -2.742.391	-1.405.572 -2.741.722	-1.383.359 -2.739.659			



## Konsolidierungsprogramm 2008/2009 ff.

Geschäftsbereich	Fachbereich / eigenetr. Einrichtung / Beteiligungsunternehmen	Konsolidierungsbeitrag	Produktgruppe	Zuschussbedarf (EUR) (Zuschussbedarf ohne Personalaufwendungen)				noch nicht etatisierte Konsolidierungs- vorgabe	notwendige Aktivitäten des Fachbereichs / aktueller Sachstand		
				2008	2009	2010	2011				
	37	Feuerwehr	(z.Z. noch nicht bezifferbar!)	1.02.06.01	Gefahrenabwehr	40.563.122	41.435.217	42.066.736	42.832.988	In enger Abstimmung mit dem ZKM ist eine tieferegehende Analyse in den Bereichen "Abwehr von Großschadensereignissen / Katastrophenschutz" durchzuführen. Derzeit wird vom Fachbereich eine Konzeption erarbeitet, die den Vergleich mit Duisburg berücksichtigt.	
						4.364.322	4.423.617	4.440.386	4.586.288		
				1.02.06.02	Vorbeugender Brandschutz	1.305.706	1.333.503	1.358.278	1.381.038		
						18.906	16.353	21.778	22.088		
			1.02.07.01	Rettungsdienst	3.506.561	3.760.768	4.002.337	4.374.042			
					-8.799.839	-8.843.182	-8.839.463	-8.671.558			
			1.02.08.01	Abwehr von Großschadensereignissen und Katastrophen	1.046.048	1.067.801	1.094.846	1.121.177			
					580.998	592.701	611.596	630.227			
1B	SBE	Sport- und Bäderbetriebe Essen	(darüber hinaus z.Z. noch nicht bezifferbar!)	1.08.02.01	Sport- und Bäderbetriebe Essen	23.108.836	23.047.595	23.032.288	20.629.492	Im Rahmen der Umsetzung des <b>Masterplans Sport</b> hat der Rat der Stadt erste Entscheidungen getroffen. Aus einem Teil der Beschlüsse ergeben sich auch Grundstücksverkäufe, die im Laufe des Jahres umgesetzt werden sollen. Für den Bereich der <b>Bäder</b> ist ein eigenständiges externes Gutachten in Auftrag gegeben worden, dessen Ergebnisse derzeit in den politischen Gremien beraten werden.  Eine Mindestkonsolidierungs-vorgabe i.H. von 1,2 Mio. € ist im Wirtschaftsplan berücksichtigt worden. Eine darüber hinausgehende Konkretisierung weiterer Konsolidierungsbeiträge ist zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht möglich.	
					23.108.836	23.047.595	23.032.288	20.629.492			
	ESH	Essener Systemhaus			1.01.10.01	Essener Systemhaus	13.121.606	12.605.717	12.182.089	12.203.863	Die Zuschussbedarfe stellen verbindliche <b>Vorgaben</b> für die Wirtschaftspläne der eigenbetriebsähnlichen Einrichtung dar. Im Rahmen weitergehender Konsolidierungsansätze sind entsprechende Kürzungen nicht ausgeschlossen.
						13.121.606	12.605.717	12.182.089	12.203.863		
	EVV	Essener Versorgungs- und Verkehrs GmbH			1.15.02.02	Essener Versorgungs- und Verkehrs GmbH	7.887.000	16.333.000	13.980.000	13.980.000	Die Zuschussbedarfe stellen verbindliche <b>Vorgaben</b> für die Wirtschaftspläne der Gesellschaft dar. Im Rahmen weitergehender Konsolidierungsansätze sind entsprechende Kürzungen nicht ausgeschlossen.
						7.887.000	16.333.000	13.980.000	13.980.000		
<b>Konsolidierungsbeitrag GB 1B:</b>						<b>490.000 €</b>					

## Konsolidierungsprogramm 2008/2009 ff.

Geschäftsbereich	Fachbereich / eigenbetr. Einrichtung / Beteiligungsunternehmen		Konsolidierungsbeitrag		Produktgruppe		Zuschussbedarf (EUR) (Zuschussbedarf ohne Personalaufwendungen)				noch nicht etatisierte Konsolidierungs- vorgabe	notwendige Aktivitäten des Fachbereichs / aktueller Sachstand	
							2008	2009	2010	2011			
2	GB 2	Geschäftsbereichsbüro 2			1.01.02.03	Verwaltungsführung GB 2	934.951 337.151	1.008.063 333.463	1.016.589 333.139	1.026.345 332.945			
	02-01	Entsorgungswirtschaft / Gebührenmanagement			1.11.05.01	Abfallwirtschaft 02-01	-1.725.671 -2.249.071	409.754 -118.446	327.597 -202.953	378.402 -155.548			
					1.11.06.01	Abwasserbeseitigung	-2.899.241 -3.214.341	-1.705.242 -2.021.992	-1.731.479 -2.049.229	-1.584.537 -1.903.787			
					1.12.05.01	Straßenreinigung und Winterdienst	-106.138 -382.988	-208.823 -488.573	-218.642 -500.642	-198.805 -483.855			
	02-03	Strategische Immobiliensteuerung	Der Aufgabenbereich wird mit externer Beratungsunterstützung im Rahmen des Projektes "Potenzialanalyse für den Immobilienbereich" näher analysiert.	(z.Z. noch nicht bezifferbar!)	1.01.13.02	Strategische Immobiliensteuerung	328.593 33.493	336.716 33.766	341.383 34.233	346.448 34.248		Zur Unterstützung des Fachbereiches bei der Konkretisierung der ermittelten Potenziale wurde mit Ratsbeschluss vom 16.01.2007 u.a. in dem Teilprojekt "Neuorganisation des Immobilienbereichs" eine weitere externe Begleitung beauftragt.	
	20	Stadtkämmerei				1.01.09.01	Finanzmanagement	3.366.214 894.314	2.971.859 819.509	2.841.382 831.632	2.781.031 850.731		
						1.16.01.01	Allgemeine Finanzwirtschaft	-815.696.054 -815.696.054	-880.198.805 -880.198.805	-889.482.973 -889.482.973	-926.795.159 -926.795.159		
						1.16.02.01	Sonstige Finanzwirtschaft	71.201.185 71.201.185	84.609.448 84.609.448	102.477.440 102.477.440	111.326.474 111.326.474		
						1.17.01.01	Stiftungen	4.546 4.546	4.546 4.546	4.546 4.546	4.546 4.546		
	21	Finanzbuchhaltung (bisher: Stadtkasse)			1.01.09.03	Finanzbuchhaltung / Vollstreckung	8.907.970 -57.380	8.238.045 -251.355	8.202.513 -296.537	8.217.918 -294.782			
	22	Stadtsteueramt	Es ist eine tiefergehende Analyse mit dem Ziel durchzuführen, die Personalkosten zu reduzieren.	(z.Z. noch nicht bezifferbar!)	1.01.09.04	Steuern und Abgaben	2.591.332 -809.118	2.553.612 -939.188	2.481.828 -1.055.822	2.377.376 -1.215.874		Grundlage der tiefergehenden Analyse werden die Ergebnisse der überörtlichen Prüfung der GPA sein, die voraussichtlich im September 2008 vorliegen werden.	
	<b>Konsolidierungsbeitrag GB 2:</b>												

## Konsolidierungsprogramm 2008/2009 ff.

Geschäftsbereich	Fachbereich / eigenbetr. Einrichtung / Beteiligungsunternehmen		Konsolidierungsbeitrag	Produktgruppe	Zuschussbedarf (EUR) (Zuschussbedarf ohne Personalaufwendungen)				noch nicht etatisierte Konsolidierungs- vorgabe	notwendige Aktivitäten des Fachbereichs / aktueller Sachstand
					2008	2009	2010	2011		
4	GB 4	Geschäftsbereichsbüro 4		1.01.02.04	Verwaltungsführung GB 4	1.106.458 328.708	985.746 188.246	1.010.367 200.067	1.025.440 201.090	
	41	Kulturbüro	Der Bereich "Kulturförderung" ist tiefergehend zu analysieren.  (z.Z. noch nicht bezifferbar!)	1.04.10.01	Kulturplanung, -entwicklung und -förderung	3.825.428 2.890.278	3.868.111 2.924.211	3.965.605 3.007.805	3.828.713 2.839.163	Der Fachbereich wurde beauftragt, die Ausgaben zur Förderung freier Kulturträger in einem Gesamtbudget zusammenzufassen und ein Konzept zur Rückführung des Zuschussbedarfs zu entwickeln. Zur Unterstützung des Fachbereichs bei der Ermittlung von Einsparpotenzialen wurde mit Ratsbeschluss vom 21.06.2007 eine externe Begutachtung des Kulturbereichs beschlossen.
	41-3	Stadtarchiv		1.04.10.02	Stadtarchiv	1.008.493 407.543	1.136.473 523.123	959.890 338.790	982.062 351.912	
	42	Stadtbibliothek	Zur Einhaltung der Budgetwerte mussten Kürzungen bei der Anschaffung von Büchern und Medien vorgenommen werden (2006 = -30.500 €, ab 2007 mit steigender Tendenz).  30.500 €  (darüber hinaus z.Z. noch nicht bezifferbar!)	1.04.08.01	Stadtbibliothek	8.769.365 3.404.365	8.863.285 3.380.385	8.898.146 3.436.496	8.976.924 3.458.474	Der Fachbereich wurde beauftragt, Alternativen aufzuzeigen, mit denen die Budgetvorgaben eingehalten werden können. Grundlage hierfür werden die Ergebnisse der überörtlichen Prüfung der GPA sein, die voraussichtlich im September 2008 vorliegen werden.
	43	Volkshochschule	Es ist eine Zuschussreduzierung in Höhe von 300.000 € zu erzielen; im Wesentlichen durch Einnahmeverbesserungen bei den Teilnehmerbeiträgen. Die entsprechende Ertragsart wurde ab 2007 um 300.000 € erhöht.  300.000 €	1.04.07.01	Volkshochschule	3.833.750 132.650	3.916.449 187.149	3.988.093 237.493	4.029.220 247.520	191.700 € Der Fachbereich wurde beauftragt, die Angebotsstruktur (entgeltfreie/entgeltpflichtige Angebote) aufzuzeigen und notwendige Änderungen im Rahmen der Entgelteordnung dem Rat der Stadt zur Entscheidung vorzulegen. Mit Wirkung vom 01.08.2006 hat der Fachbereich eine neue Entgeltregelung mit neuer Angebotsstruktur und erhöhten Teilnehmerentgelten vorgelegt, die vom Rat der Stadt am 24.05.2006 beschlossen wurde. Für das Haushaltsjahr 2008/09 ist hierdurch eine Einnahmeverbesserung von 108.300 € p.a. prognostiziert und eingeplant. Grundlage weiterer Einsparmöglichkeiten werden die Ergebnisse der überörtlichen Prüfung der GPA sein, die voraussichtlich im September 2008 vorliegen werden.
	44	Folkwang Musikschule	Es ist eine Zuschussreduzierung in Höhe von 519.000 € zu erzielen; im Wesentlichen durch Einnahmeverbesserungen bei den Teilnehmerbeiträgen.  519.000 €	1.04.06.01	Folkwang Musikschule	3.728.923 -1.610.727	3.759.145 -1.931.955	3.764.599 -2.341.351	3.783.089 -2.747.761	Die tiefergehende Analyse wurde mit dem Ergebnis durchgeführt, dass der Zuschussbedarf bis zum Jahr 2010 um 519.000 € zu reduzieren ist. Da noch nicht abgeschätzt werden kann, inwieweit das Projekt "JeKi" personelle Ressourcen binden wird, wurde als erste Konsolidierungsstufe beschlossen, zunächst die durch die FMS berechneten Mehreinnahmen zu realisieren, die sich für die Jahre bis 2010 wie folgt darstellen: 2008: 340.000 €; 2009: 380.000 €; 2010: 407.000 €. Der Zuschussbedarf der FMS wird dadurch entsprechend zurückgeführt. Hierzu wurde mit Wirkung ab 01.09.2007 eine neue Gebührenordnung vom Rat der Stadt Essen beschlossen. Grundlage weiterer Einsparmöglichkeiten werden die Ergebnisse der überörtlichen Prüfung der GPA sein, die voraussichtlich im September 2008 vorliegen werden.
	44-9	Kulturzentrum Schloß Borbeck		1.04.10.03	Kulturzentrum Schloß Borbeck	458.953 204.853	463.761 203.911	493.364 232.464	524.969 261.919	

**Konsolidierungsprogramm 2008/2009 ff.**

Geschäftsbereich	Fachbereich / eigenbetr. Einrichtung / Beteiligungsunternehmen		Konsolidierungsbeitrag	Produktgruppe		Zuschussbedarf (EUR) (Zuschussbedarf ohne Personalaufwendungen)				noch nicht etatisierte Konsolidierungs- vorgabe	notwendige Aktivitäten des Fachbereichs / aktueller Sachstand	
						2008	2009	2010	2011			
4	45	Museen der Stadt Essen		1.04.02.01	Museen, Sammlungen, Ausstellungen	3.669.051 1.832.251	3.489.035 1.577.885	3.525.062 1.564.962	3.577.548 1.568.048		Weitergehende Entscheidungen sind auf der Grundlage der eingeleiteten Museumsentwicklungsplanung zu treffen.	
	RME	Ruhmuseum		1.04.02.02	Ruhmuseum	2.500.000 2.500.000	2.500.000 2.500.000	2.500.000 2.500.000	2.500.000 2.500.000			
	45-9	Alte Synagoge		1.04.10.04	Alte Synagoge	726.637 308.387	624.508 197.658	724.208 293.808	720.338 285.338		Die Ergebnisse der Abstimmung mit dem Land NRW und weiteren Partnern über das "Haus der jüdischen Kultur" sind dem Rat der Stadt vorzulegen.	
	RUHR 2010	Ruhr 2010 - Kulturhauptstadt Europas GmbH		1.04.10.05	Ruhr 2010 - Kulturhauptstadt Europas GmbH	1.750.000 1.750.000	1.250.000 1.250.000	1.450.000 1.450.000	300.000 300.000			
	TUP	Theater und Philharmonie Essen GmbH	Nach Beschlussfassung des Rates der Stadt am 21.06.2006 wurde der Budgetwert für die TUP auf das Niveau 2006 begrenzt.	300.000 €	1.04.04.01	Theater und Philharmonie Essen GmbH	42.748.250 42.748.250	42.898.300 42.898.300	42.903.450 42.903.450	42.903.450 42.903.450		Die Zuschussbedarfe stellen verbindliche <b>Vorgaben</b> für die Wirtschaftspläne der Gesellschaft dar. Im Rahmen weitergehender Konsolidierungsansätze sind entsprechende Kürzungen nicht ausgeschlossen. Zur Ermittlung weiterer Einsparpotenziale wurde mit Ratsbeschluss vom 21.06.2007 eine externe Begutachtung des Kulturbereichs beschlossen.
	TBE	Gemeinnützige Theater- Baugesellschaft Essen mbH			1.04.04.02	Gemeinnützige Theater- Baugesellschaft Essen mbH	2.628.300 2.628.300	2.869.300 2.869.300	3.069.300 3.069.300	3.069.300 3.069.300		Die Zuschussbedarfe stellen verbindliche <b>Vorgaben</b> für die Wirtschaftspläne der Gesellschaft dar. Im Rahmen weitergehender Konsolidierungsansätze sind entsprechende Kürzungen nicht ausgeschlossen. Zur Ermittlung weiterer Einsparpotenziale wurde mit Ratsbeschluss vom 21.06.2007 eine externe Begutachtung des Kulturbereichs beschlossen.
<b>Konsolidierungsbeitrag GB 4:</b>			<b>1.149.500 €</b>					<b>191.700 €</b>				

## Konsolidierungsprogramm 2008/2009 ff.

Geschäftsbereich	Fachbereich / eigenbetr. Einrichtung / Beteiligungsunternehmen		Konsolidierungsbeitrag	Produktgruppe	Zuschussbedarf (EUR) (Zuschussbedarf ohne Personalaufwendungen)				noch nicht etatisierte Konsolidierungs- vorgabe	notwendige Aktivitäten des Fachbereichs / aktueller Sachstand		
					2008	2009	2010	2011				
5	GB 5	Geschäftsbereichsbüro 5		1.01.02.05	Verwaltungsführung GB 5	858.830 99.280	878.035 99.635	886.902 100.502	898.193 100.593			
	01-07	Koordinierungsstelle JobCenter Essen	50.000 €	1.01.08.06	Koordinierungsstelle JobCenter Essen	1.779.071 1.571.521	1.782.282 1.569.882	284.565 70.265	287.142 70.342		Der Zuschuss für "Paten für Arbeit in Essen e.V." wurde ab 2006 per Ratsbeschluss vom 27.09.2006 auf 35.000 € p.a. gedeckelt. Der Konsolidierungsbeitrag ist somit erfüllt.	
	05-13	RAA/Büro für interkulturelle Arbeit		1.01.01.02	Interkulturelle Arbeit	2.612.346 1.317.796	2.644.255 1.324.605	2.622.368 1.295.018	2.636.573 1.297.373		In Abstimmung mit dem Fachbereich wurden die Aufwendungen für den "Ausbau der interkulturellen Orientierung" auf 1,5 Mio€/Jahr gedeckelt.	
	05-14	Hauptstelle RAA		1.01.01.03	Hauptstelle RAA	13.569 -373.581	51.005 -318.795	72.896 -278.554	76.454 -278.096			
	40	Schulverwaltungsamt	Im Bereich "Allgemeine Schulverwaltung" (Produktgruppe 1.03.10.01) ist eine Ausgabenreduzierung in Höhe von 250.000€ p.a. zu erzielen. Desweiteren sind durch den Rückbau von Schulen weitere Konsolidierungsbeiträge zu realisieren (Produktgruppe 1.03.99.01). Der Aufgabenbereich wurde mit externer Beratungsunterstützung im Rahmen der Projekte "Optimierung der Bereiche Jugend / Schule / Soziales" und "Potenzialanalyse für den Immobilienbereich" näher analysiert (vgl. Kapitel B Ziffer 3.2). Als erste Ergebnisse wurden die folgenden vier Konsolidierungsansätze benannt, die bis zum Jahr 2015 zu einer strukturellen Verbesserung von bis zu 4,0 Mio.€ führen können: <b>1. Reduzierung des Personalstandards bei den Schulhausmeistern / Optimierung des Hausmeisterdienstes (rd. 2 Mio. €);</b> <b>2. Reduzierung des Zuschusses für die "Neue Grundschule" (rd. 1,9 Mio. €);</b> <b>3. Anpassung und Umschichtung des Personaleinsatzes bei Schulsekretärinnen (rd. 93 T€);</b> <b>4. Übernahme Küchenhilfen und Badewärter - Synergien -.</b>  (darüber hinaus z.Z. noch nicht bezifferbar!)	250.000 €	1.03.10.01	Zentrale Leistungen	3.184.341 2.113.241	3.190.848 2.104.198	3.199.939 2.112.139	3.208.527 2.116.327	250.000 €	Der Fachbereich wurde beauftragt, die Zielsetzungen des Konsolidierungsbeitrages in der Schulentwicklungsplanung zu berücksichtigen. Nach Beschlussfassung des Haupt- und Finanzausschusses am 17.05.2006 hat der Fachbereich im Rahmen der Projekte "Optimierung der Bereiche Jugend/Schule/Soziales" und Potenzialanalyse für den Immobilienbereich der Stadt Essen" ermittelten Potenziale hinsichtlich ihrer Umsetzbarkeit und ihrer finanziellen und fachlichen Auswirkungen weiter zu konkretisieren. Für jede Konsolidierungsmaßnahme hat der Fachbereich in enger Abstimmung mit dem ZKM eine gesonderte Beschlussvorlage zu erarbeiten und den zuständigen Fachausschüssen bzw. dem Rat der Stadt zur Entscheidung vorzulegen. Zum Konsolidierungsansatz "Neue Grundschule" ist dem Rat der Stadt mit Vorlage 0295/2007/4 am 28.03.2007 ein entsprechender Entscheidungsvorschlag unterbreitet worden. Zur "wirtschaftlichen Optimierung des Schulhausmeisterbereiches" hat der Rat der Stadt am 23.04.08 beschlossen, 20 Planstellen zum Schuljahresbeginn 2008/2009 einzusparen (vgl. S. 33). Darüber hinaus hat der Rat die Verwaltung beauftragt, ein Konzept für den Abbau von Überstunden bis zum IV. Quartal 2008 vorzulegen und alternative Organisationsformen für Winterdienst und Laubbeseitigung sowie in diesem Zusammenhang die Notwendigkeit bestehender Pauschalen bis zum IV. Quartal 2008 zu prüfen. Zur "Optimierung der Schulsekretariate" hat der Rat der Stadt am 23.04.08 die Anerkennung des Einsparpotenzials gem. Kienbaumgutachten über ein entsprechend reduziertes IST-Kostenbudget beschlossen und die Verwaltung mit der weiteren Konkretisierung und Umsetzung der Planung in Abstimmung mit den Schulen beauftragt.
			1.03.10.02	Leistungen für das Land, Schulaufsicht	896.046 196.196	919.093 200.193	930.242 204.192	940.143 204.193				
			1.03.99.01	Bereitstellung schulischer Einrichtungen	47.533.102 20.078.802	47.244.825 18.935.125	47.198.850 18.748.850	47.331.470 18.634.970				
	40-9	Regionale Schulberatungsstelle			1.03.10.03	Regionale Schulberatungsstelle	366.543 6.993	376.306 6.956	378.208 6.958	381.970 6.970		

## Konsolidierungsprogramm 2008/2009 ff.

Geschäftsbereich	Fachbereich / eigenbetr. Einrichtung / Beteiligungsunternehmen	Konsolidierungsbeitrag	Produktgruppe	Zuschussbedarf (EUR) (Zuschussbedarf ohne Personalaufwendungen)				noch nicht etatisierte Konsolidierungs- vorgabe	notwendige Aktivitäten des Fachbereichs / aktueller Sachstand		
				2008	2009	2010	2011				
5	50	Amt für Soziales und Wohnen	(z.Z. noch nicht beifferbar!)	1.05.01.01	Grundversorgung und Hilfe in bes. Lebenslagen (ö.T.)	125.561.709 116.525.099	125.704.724 116.678.564	125.109.263 116.227.203	125.399.071 116.447.561	Entsprechend der Beauftragung durch den Haupt- und Finanzausschuss am 17.05.2006 hat die Verwaltung, - die zuständigen Fachausschüsse über die Ergebnisse der externen Beratung informiert, - die ermittelten Potenziale hinsichtlich ihrer Umsetzbarkeit und ihrer finanziellen und fachlichen Auswirkungen weiter konkretisiert, - die für die Realisierung der Konsolidierungsmaßnahmen erforderlichen Beschlüsse der zuständigen Fachausschüsse bzw. des Rat der Stadt teilweise bereits herbeigeht (vgl. Vorlagen Nr. 1944/2006/5, 0226/2007/5, 1936/2003/5, 1985/2006/5, 1985E/2006/5, 2140/2006/5, 1941/2006/5, 1941E/2006/5, 1953/2006/5, 2635/2006/1B). Grundlage weiterer Einsparmöglichkeiten werden die Ergebnisse der überörtlichen Prüfung der GPA sein, die voraussichtlich Anfang 2008 vorliegen werden.	
				1.05.01.02	Grundversorgung und Hilfe in bes. Lebenslagen (ü. ö.T.)	715.838 501.488	538.015 318.565	495.063 272.713	474.424 248.574		
				1.05.02.01	Grundsicherungs- leistungen nach dem 2. Buch SGB	123.964.763 100.365.363	129.301.238 104.745.438	132.489.811 107.340.461	137.268.844 111.756.694		
				1.05.03.01	Leistungen für Asylbewerber	17.381.582 16.637.332	17.116.472 16.349.522	17.055.659 16.278.309	16.137.243 15.348.443		
				1.05.04.01	Soziale Einrichtungen	4.309.917 1.529.417	4.443.483 1.567.183	4.459.522 1.575.572	4.454.032 1.596.432		
				1.05.05.01	Leistungen nach dem Bundes- versorgung- gesetz	428.201 45.751	386.449 -6.351	391.556 -6.444	397.700 -6.400		
				1.05.06.01	Förderung von Trägern der Wohlfahrtspflege	0 0	0 0	0 0	0 0		
				1.05.09.01	Schwerbehinderten- recht nach dem SGB IV	733.083 315.533	752.470 335.120	793.741 375.091	843.555 423.205		
				1.06.07.01	Leistungen nach dem Bundeselternzeit- und geldgesetz	166.285 74.035	165.134 72.934	165.476 72.976	166.157 73.357		
				1.10.02.03	Wohngeld	2.290.601 237.751	2.377.618 237.018	2.352.647 237.697	2.383.561 238.061		
	51	Jugendamt	Der Aufgabenbereich wurde mit externer Beratungsunterstützung im Rahmen des Projektes "Optimierung der Bereiche Jugend / Schule / Soziales" näher analysiert (vgl. Kapitel B Ziffer 3.2). <u>Als erste</u> Ergebnisse wurden für das Jugendamt die folgenden 10 Konsolidierungsansätze benannt, die bis zum Jahr 2015 zu einer strukturellen Verbesserung von bis zu 20,1 Mio.€ führen können:  1. Reduzierung der stationären Unterbringung; 2. Reduzierung der durchschnittlichen jährlichen Ausgaben bei Maßnahmen nach § 34 SGB VIII (Heimunterbringungen); 3. Reduzierung der Kosten je Essen; 4. Reduzierung der freiwilligen Zuschüsse an Träger von Kindertageseinrichtungen; 5. Reduzierung des Defizits beim Heimverbund; 6. Reduzierung von Standards in den Bereichen Jugendarbeit und Einrichtungen der Jugendarbeit; 7. Optimierung Einziehung der Elternbeiträge; 8. Synergien Verwaltung KITA und Heimverbund; 9. Optimierung der Erziehungsberatung; 10. Anpassung Personaleinsatz / Standards KITA.	1.03.09.01	BaFöG	443.798 65.098	452.885 64.685	457.346 65.646	462.595 65.645		Entsprechend der Beauftragung durch den Haupt- und Finanzausschuss am 17.05.2006 hat die Verwaltung, - die zuständigen Fachausschüsse über die Ergebnisse der externen Beratung informiert, - die ermittelten Potenziale hinsichtlich ihrer Umsetzbarkeit und ihrer finanziellen und fachlichen Auswirkungen weiter konkretisiert, - die für die Realisierung der Konsolidierungsmaßnahmen erforderlichen Beschlüsse der zuständigen Fachausschüsse bzw. des Rat der Stadt herbeigeht (vgl. Vorlagen Nr. 1629/2006/4, 1584/2006/4, 1572/2006/4, 1582/2006/4, 1598/2006/4, 1631/2006/4, 1577/2006/4, 1797/2006/4). Grundlage weiterer Einsparmöglichkeiten werden die Ergebnisse der überörtlichen Prüfung der GPA sein, die voraussichtlich im September 2008 vorliegen werden.
				1.05.07.01	Unterhalts- vorschuss	3.349.720 3.142.570	3.289.754 3.077.304	3.265.164 3.050.264	3.283.314 3.064.264		
				1.06.03.01	Soziale Leistungen zur Förderung junger Menschen / Familien	77.688.525 62.531.075	77.149.037 61.442.687	76.635.296 60.868.246	76.845.219 60.986.169		
				1.06.03.02	Pfleg-, Vormund- und Beistands- schaften	2.799.697 395.997	2.861.546 392.896	2.903.064 394.264	2.930.065 394.715		
				1.06.06.01	Städtischer Heimverbund	121.322 -3.825.278	208.885 -3.872.715	164.512 -3.910.738	182.617 -3.913.183		
				1.06.99.01	Förderung von Kindern in Tagesbetreuung	52.798.164 24.358.164	53.525.392 24.169.392	54.109.057 24.530.457	54.592.543 24.680.193		
				1.06.99.02	Kinder- und Jugendarbeit	12.997.215 7.163.465	13.014.143 7.013.693	13.050.392 7.007.142	13.128.355 7.026.005		
	51-8	Jugend- psychologisches Institut		1.06.06.02	Erziehungs- beratung	2.259.369 -585.981	2.320.070 -584.530	2.343.796 -580.554	2.374.650 -578.750		Der Fachbereich hat in einer Vorlage für den Rat der Stadt die Wirtschaftlichkeit der Aufgabenwahrnehmung in der derzeitigen Organisationsform darzulegen und Möglichkeiten der Zuschussreduzierung aufzuzeigen.

**Konsolidierungsprogramm 2008/2009 ff.**

Geschäftsbereich	Fachbereich / eigenetr. Einrichtung / Beteiligungsunternehmen		Konsolidierungsbeitrag	Produktgruppe	Zuschussbedarf (EUR) (Zuschussbedarf ohne Personalaufwendungen)				noch nicht etatisierte Konsolidierungs- vorgabe	notwendige Aktivitäten des Fachbereichs / aktueller Sachstand
					2008	2009	2010	2011		
5	53	Gesundheitsamt	Es erfolgt eine tiefergehende Analyse des Gesundheitsamtes mit den Städten Dortmund und Duisburg.  (z.Z. noch nicht bezifferbar!)	1.07.03.01	Maßnahmen der Gesundheitspflege	10.265.344 1.697.994	10.135.180 1.408.180	10.108.588 1.428.688	10.069.221 1.430.071	Grundlage der tiefergehende Analyse werden die Ergebnisse der überörtlichen Prüfung der GPA sein, die voraussichtlich im September 2008 vorliegen werden.
	EABG	Essener Arbeit-Beschäftigungs GmbH		1.05.04.02	Essener Arbeit-Beschäftigungs GmbH	824.000 824.000	782.000 782.000	760.000 760.000	758.000 758.000	Die Zuschussbedarfe stellen verbindliche Vorgaben für die Wirtschaftspläne der Gesellschaft dar. Im Rahmen weitergehender Konsolidierungsansätze sind entsprechende Kürzungen nicht ausgeschlossen.
	GJE	Jugendhilfe Essen gGmbH		1.06.05.01	Jugendhilfe Essen gGmbH	1.446.570 1.446.570	1.446.570 1.446.570	1.446.570 1.446.570	1.446.570 1.446.570	Die Zuschussbedarfe stellen verbindliche Vorgaben für die Wirtschaftspläne der Gesellschaft dar. Im Rahmen weitergehender Konsolidierungsansätze sind entsprechende Kürzungen nicht ausgeschlossen.
<b>Konsolidierungsbeitrag GB 5:</b>			<b>300.000 €</b>						<b>250.000 €</b>	

## Konsolidierungsprogramm 2008/2009 ff.

Geschäftsbereich	Fachbereich / eigenbetr. Einrichtung / Beteiligungsunternehmen		Konsolidierungsbeitrag	Produktgruppe	Zuschussbedarf (EUR) (Zuschussbedarf ohne Personalaufwendungen)				noch nicht etatisierte Konsolidierungs- vorgabe	notwendige Aktivitäten des Fachbereichs / aktueller Sachstand		
					2008	2009	2010	2011				
6A	GB 6A	Geschäftsbereichsbüro 6A		1.01.02.06	Verwaltungsführung GB 6A	620.662 102.562	628.429 97.079	635.485 96.985	644.193 97.043			
	06-01	Steuerungsstelle ÖPNV		1.12.07.01	Steuerungsstelle ÖPNV	3.319.372 3.168.322	3.327.954 3.173.504	3.315.448 3.159.998	3.321.349 3.164.399			
	39	Amt für Verkehrs- und Baustellenmanagement		1.02.02.05	Verkehrsangelegenheiten	1.455.838 -1.955.912	1.542.827 -1.959.223	1.589.323 -1.955.227	1.644.025 -1.954.775			
	59	Umweltamt	Es erfolgt eine tiefergehende Analyse der Aufgabenbereiche des Fachbereichs mit den Städten Dortmund und Duisburg.	(z.Z. noch nicht bezifferbar!)	1.02.02.10	Untere Ordnungsbehörden	3.120.938 362.238	3.216.442 358.892	3.218.966 363.666	3.274.791 364.141		Vor dem Hintergrund der sich ändernden Aufgabenstruktur ist kurzfristig eine Produktanalyse auch unter Berücksichtigung interkommunaler Kooperationen durchzuführen.
					1.14.01.01	Umweltschutzmaßnahmen	5.524.290 2.085.190	5.662.841 2.099.041	5.642.265 2.059.965	5.688.384 2.059.734		
					1.14.02.01	Unter Immissionsschutzbehörde (UIB)	458.183 -1.967	458.200 -2.250	460.075 -2.425	462.439 -2.561		
	59-3	Chemisches und geowissenschaftliches Institut Essen/Oberhausen	Es erfolgt eine tiefergehende Analyse der Aufgabenbereiche des Fachbereichs mit den Städten Dortmund und Duisburg.	(z.Z. noch nicht bezifferbar!)	1.02.02.04	Lebensmittelüberwachung	1.421.542 -235.308	1.335.193 -239.007	1.336.286 -237.264	1.379.123 -234.477		Gründung der Arbeitsgemeinschaft "Chemisches und Veterinäruntersuchungsamt Rhein-Ruhr-Wupper (CVVA-RRW)" zum 01.01.2007 (vgl. Vorlage Nr. 0806/2006/6A und Vorlage Nr. 2250/2006/6A)
					1.14.01.02	Untersuchungen auf dem Gebiet des Umweltschutzes	210.758 -14.242	220.489 -15.361	218.292 -14.608	211.559 -14.491		
	59-6	Veterinäramt / Amtstierarzt	Es erfolgt eine tiefergehende Analyse der Aufgabenbereiche des Fachbereichs mit den Städten Dortmund und Duisburg.	(z.Z. noch nicht bezifferbar!)	1.02.02.03	Veterinäramt	1.816.061 11.561	1.991.827 9.927	2.011.796 8.646	2.041.590 8.940		Vor dem Hintergrund der sich ändernden Aufgabenstruktur ist kurzfristig eine Produktanalyse auch unter Berücksichtigung interkommunaler Kooperationen durchzuführen.
	60	Immobilienwirtschaft Stadt Essen	Zur Einhaltung der konsolidierten Finanzplanung (Haushalt 2005) wurden ab 2007 die Ausgaben für Mieten, Pachten, Gebäudeunterhaltung, Grundbesitzabgaben und Energiekosten vor dem Hintergrund erforderlicher Abmietungen entsprechend reduziert.  Der Aufgabenbereich wurde mit externer Beratungsunterstützung im Rahmen des Projektes "Potenzialanalyse für den Immobilienbereich" näher analysiert (vgl. Kapitel B Ziffer 3.2). Als erste Ergebnisse wurden für die Immobilienwirtschaft die folgenden 7 immobilienwirtschaftlichen Optimierungsansätze benannt, die nach Einschätzung innerhalb der nächsten 10 Jahre zu einer strukturellen Verbesserung von bis zu 9,4 Mio€ führen können: <b>1. Nutzungsverdichtung Rathaus Porscheplatz (1 Mio. €);</b> <b>2. Nutzungsverdichtung dezentrale Standorte (1 Mio. €);</b> <b>3. Konversion von Schulimmobilien (2 Mio. €);</b> <b>4. dezentrale Verbrauchsreduzierung (0,5 Mio. €);</b> <b>5. Bündelung des Einkaufs (1 Mio. €);</b> <b>6. Weiterentwicklung des Baumanagements (2,4 Mio. €);</b> <b>7. Organisationsentwicklung St.A.60 (1,5 Mio. €).</b> Im Finanzplanungszeitraum 2008 bis 2010 wurden bereits Haushaltsverbesserungen in Höhe von 4,775 Mio.€ berücksichtigt.	4.775.000 €  (darüber hinaus z.Z. noch nicht bezifferbar!)	1.01.13.01	Grundstücks- und Gebäude- management	68.036.270 66.150.870	65.330.157 63.721.707	62.439.327 61.212.177	62.416.667 61.632.167		Zur Unterstützung der Fachbereiche bei der Konkretisierung der ermittelten Potenziale wurde mit Ratsbeschluss vom 16.01.2007 u.a. in dem Teilprojekt Neuorganisation des Immobilienbereichs eine weitere externe Begleitung beauftragt. Grundlage weiterer Einsparmöglichkeiten werden die Ergebnisse der überörtlichen Prüfung der GPA sein, die voraussichtlich im September 2008 vorliegen werden.
1.01.14.01					Technisches Immobilienmanagement	12.340.316 3.048.466	11.802.808 2.715.158	11.232.318 2.603.318	10.888.123 2.686.323			



## Konsolidierungsprogramm 2008/2009 ff.

Geschäftsbereich	Fachbereich / eigenetr. Einrichtung / Beteiligungsunternehmen	Konsolidierungsbeitrag	Produktgruppe	Zuschussbedarf (EUR) (Zuschussbedarf ohne Personalaufwendungen)				noch nicht etatisierte Konsolidierungs- vorgabe	notwendige Aktivitäten des Fachbereichs / aktueller Sachstand	
				2008	2009	2010	2011			
6A	66	Tiefbauamt  Im Bereich "Straßenbeleuchtung" ist eine Ergebnisverbesserung in Höhe von 350.000 € p.a. zu erzielen. Im Weiteren erfolgt eine tieferegehende Analyse der Aufgabenbereiche des Fachbereichs mit den Städten Dortmund und Duisburg.	350.000 €	1.12.07.02	U-/Stadtbahn	-3.045.007	-3.423.466	-3.508.724	-3.731.014	Mit Drucksache-Nr. 1642/2006/6A hat der Fachbereich dem Bau- und Verkehrsausschuss in der Sitzung am 14.09.2006 dargelegt, wie die Vorgaben zur Energiekosteneinsparung umgesetzt werden könnten. Dem vorliegenden Beschlussvorschlag wurde nicht gefolgt. Die Verwaltung wurde beauftragt, eine neue Beschlussformulierung, und zwar über die in der Vorlage aufgeführten Einzelpunkte 1 bis 4, zur erneuten Beschlussfassung vorzulegen. Mit Drucksache-Nr. 1642N/2006/6A wurde dem Bau- und Verkehrsausschuss zu der Sitzung am 28.09.2006 eine Beschlussformulierung vorgelegt, die erneut zurückgewiesen wurde. Die Verwaltung wurde aufgefordert, die Einzelpunkte 2 und 3 der Ursprungsvorlage 2) Nachabschaltung von Leuchten außerhalb geschlossener Bebauungsgebiete 3) Reduzierung der Brennzeiten der Straßenbeleuchtung zunächst den zuständigen Bezirksvertretungen in einer gesonderten Vorlage (2102/2006/6A) vorzustellen und darüber hinaus eine neue Drucksache-Nr. 2087/2006/6A zu den Einzelpunkten 1 und 4 der Ursprungsvorlage 1) Austausch von Gaslaternen gegen Elektrobeleuchtung 4) Beibehaltung von Leuchten, die Objekte im öffentlichen Raum anstrahlen und keine Erhöhung der Leuchtenabstände in Fußgängerzonen zu erstellen. Grundlage der tieferegehende Analyse werden die Ergebnisse der überörtlichen Prüfung der GPA sein, die voraussichtlich im September 2008 vorliegen werden.
				1.12.99.01	Planung und Bau von Verkehrsflächen	7.926.169	11.133.590	10.263.406	10.093.306	
			(darüber hinaus z.Z. noch nicht bezifferbar!)	1.12.99.02	Betrieb und Unterhaltung von Verkehrsflächen	62.662.524	62.578.997	62.447.523	63.259.932	
						-3.450.957	-3.850.266	-3.937.724	-4.164.514	
	GGE	Grün und Gruga Essen	2.500.000 €	1.13.01.01	Grün und Gruga Essen	23.400.000	23.300.000	23.300.000	23.300.000	Der Zuschussbedarf wurde schrittweise um insgesamt 2,5 Mio. € reduziert (2006 = - 1 Mio. €, 2007 bis 2009 = -0,5 Mio. € p.a.) Die Zuschussbedarfe stellen verbindliche <b>Vorgaben</b> für die Wirtschaftspläne der eigenbetriebsähnlichen Einrichtung dar. Im Rahmen weitergehender Konsolidierungsansätze sind entsprechende Kürzungen nicht ausgeschlossen. In einem Konzept hat GGE darzulegen, mit welchen Maßnahmen die Budgetwerte eingehalten werden können.
	RN	Revierpark Nienhausen GmbH		1.13.01.02	Revierpark Nienhausen GmbH	206.500	206.500	206.500	206.500	Die Zuschussbedarfe stellen verbindliche <b>Vorgaben</b> für die Wirtschaftspläne der Gesellschaft dar. Im Rahmen weitergehender Konsolidierungsansätze sind entsprechende Kürzungen nicht ausgeschlossen.
	GVE	Grundstücksverwaltung Stadt Essen GmbH (GVE)		1.15.02.03	Grundstücksverwaltung Stadt Essen GmbH (GVE)	0	0	0	0	Die Zuschussbedarfe stellen verbindliche <b>Vorgaben</b> für die Wirtschaftspläne der Gesellschaft dar. Im Rahmen weitergehender Konsolidierungsansätze sind entsprechende Kürzungen nicht ausgeschlossen.
<b>Konsolidierungsbeitrag GB 6A: 7.625.000 €</b>										

## Konsolidierungsprogramm 2008/2009 ff.

Geschäftsbereich	Fachbereich / eigenbetr. Einrichtung / Beteiligungsunternehmen		Konsolidierungsbeitrag	Produktgruppe		Zuschussbedarf (EUR) (Zuschussbedarf ohne Personalaufwendungen)				noch nicht etatisierte Konsolidierungs- vorgabe	notwendige Aktivitäten des Fachbereichs / aktueller Sachstand
						2008	2009	2010	2011		
6B	GB 6B	Geschäftsbereichsbüro 6B		1.01.02.07	Verwaltungsführung GB 6B	679.614 13.114	696.511 13.461	706.624 14.124	717.679 14.179		
	61	Amt für Stadtplanung und Bauordnung	Im Bereich "Bauordnung" ist eine Ergebnisverbesserung bis zum HJ 2009 eine Verbesserung von 360.000€ p.a. zu erreichen. 360.000 €	1.09.01.01	Stadtplanung	5.704.303 1.045.603	5.542.817 890.167	5.531.454 894.454	5.577.295 895.945		Der Fachbereich hat die folgenden drei Maßnahmen beschrieben, mit der die Umsetzung der Einsparvorgabe bis zum Jahr 2009 realisiert werden kann: 1) Grundstücksentwässerung/Kostenerstattung (196.900€), 2) Vergabereduzierung Baustatik (110.000€), 3) Optimierung Baukontrolle/Mehrentgelte (65.000€).
				1.10.01.01	Bauordnung	745.578 -3.715.722	860.043 -3.713.707	931.035 -3.706.215	1.047.909 -3.700.791		
	61-8	Institut für Denkmalschutz/-pflege		1.10.03.01	Denkmalschutz und -pflege	883.733 81.383	892.579 74.779	897.886 75.186	909.343 75.643		
	62	Amt für Geoinformation, Vermessung und Kataster	Ab dem Haushaltsjahr 2007 ist der Zuschussbedarf jährlich sukzessive zurückzuführen, so dass bis zum Haushaltsjahr 2009 eine strukturelle Verbesserung von 1,4 Mio.€ p.a. zu erreichen ist. 1.400.000 €	1.09.01.02	Geobasisdaten und Geoinformation	8.803.601 200.301	9.042.539 176.339	9.074.279 173.729	9.192.844 173.144		Der Fachbereich hat in einem Konzept dargelegt, mit welchen konkreten Maßnahmen a) die Einhaltung der Budgetwerte sichergestellt und b) die strukturelle Verbesserung i.H.v. 1,6 Mio € erzielt werden kann. Grundlage weiterer Einsparmöglichkeiten werden die Ergebnisse der überörtlichen Prüfung der GPA sein, die voraussichtlich im September 2008 vorliegen werden.
	68	Amt für Stadterneuerung und Bodenmanagement	Teile des Aufgabenbereiches wurden mit externer Beratungsunterstützung i.R. des Projektes "Potentialanalyse für den Immobilienbereich" näher analysiert (vgl. Kapitel B Ziff.3.2.) Als <u>erstes</u> Ergebnis wurde für das Amt für Stadterneuerung und Bodenmanagement der folgende immobilienwirtschaftliche Optimierungsansatz benannt, der innerhalb der nächsten 10 Jahre zu einer strukturellen Verbesserung von bis zu 0,2 Mio.€ führen könnte: <b>Verkauf von Wohn- und Geschäftsgebäuden</b> Neben der strukturellen Verbesserung werden durch den Optimierungsansatz einmalige Verkaufserlöse von bis zu 1,5 Mio€ prognostiziert. 2.600.000 €	1.09.01.03	Stadterneuerung, Bodenordnung, Grundstücksverkehr, Gutachterausschuss	13.674.740 8.329.790	7.558.699 2.115.699	6.432.791 976.641	6.643.026 1.104.126		Der in Frage kommende nicht zweckgebundene Gebäudebestand (zunächst rd. 100 WE) ist abgestimmt. Seit der Präsentation der Ergebnisse der Potenzialanalyse in den Gremien, beginnend am 17.05.2006 im Haupt- und Finanzausschuss, sind aus dieser Liste bereits mehrere Objekte mit einem Erlös von rd. 2,6 Mio. € verkauft worden. Dieses Ergebnis - deutlich über den gutachtlich prognostizierten 1,5 Mio. € - ließ sich erzielen, indem, anstatt die Wohnungen als Bestand zu veräußern, besonders geeignete Grundstücke freigestellt und teils mit neuer städtebaulicher Ausrichtung als Baugrundstücke am Markt platziert werden konnten. Für das Restpaket (ca. 70 Einheiten) wurden Anfang 2007 dem ASP und dem Rat der Stadt die gleichzeitige Ausschreibung ohne Nennung eines Mindestgebotes (Verkehrswertes) zum Höchstgebot vorgeschlagen.
				1.10.02.01	Wohnungsbauförderung	1.875.916 199.116	1.916.326 189.976	1.963.568 192.018	2.003.541 192.891		
FEM	Flughafen Essen/Mülheim GmbH		1.12.08.01	Flughafen Essen/Mülheim GmbH	521.350 521.350	405.000 405.000	397.000 397.000	397.000 397.000		Die Zuschussbedarfe stellen verbindliche <b>Vorgaben</b> für die Wirtschaftspläne der Gesellschaft dar. Im Rahmen weitergehender Konsolidierungsansätze sind entsprechende Kürzungen nicht ausgeschlossen.	
Konsolidierungsbeitrag GB 6B:			4.360.000 €								

Konsolidierungsbeitrag Geschäftsbereiche gesamt: 14.086.000 €davon noch nicht im Haushaltsplan/in der Finanzplanung berücksichtigt: 603.200 €

**Produktbereichsbudgets 2008**

<b>Nr.</b>	<b>Produktbereich</b>	<b>Ertrag</b>	<b>Aufwand</b>	<b>Saldo</b>
1.01	Innere Verwaltung	71.239.304	274.423.714	-203.184.410
1.02	Sicherheit und Ordnung	47.581.186	118.491.631	-70.910.445
1.03	Schulträgeraufgaben	11.177.108	63.600.939	-52.423.831
1.04	Kultur und Wissenschaft	7.088.677	82.735.826	-75.647.149
1.05	Soziale Leistungen	99.051.165	376.712.163	-277.660.998
1.06	Kinder-, Jugend und Familienhilfe	60.349.491	210.626.638	-150.277.147
1.07	Gesundheitsdienste	731.265	10.996.608	-10.265.343
1.08	Sportförderung	1.580.000	24.688.836	-23.108.836
1.09	Räumliche Planungs-/ Entwicklungsm., Geoinfo	35.749.900	63.932.544	-28.182.644
1.10	Bauen und Wohnen	5.529.564	13.610.179	-8.080.615
1.11	Ver- und Entsorgung	191.329.496	186.704.584	4.624.912
1.12	Verkehrsflächen und anlagen, ÖPNV	53.665.528	123.511.370	-69.845.842
1.13	Natur- und Landschaftspflege	0	23.606.500	-23.606.500
1.14	Umweltschutz	1.575.034	7.768.264	-6.193.230
1.15	Wirtschaft und Tourismus	466.000	13.310.334	-12.844.334
1.16	Allgemeine Finanzwirtschaft	1.088.792.520	344.297.651	744.494.869
1.17	Stiftungen	2.720.650	2.725.196	-4.546
<b>99</b>	<b>Summe</b>	<b>1.678.626.888</b>	<b>1.941.742.977</b>	<b>263.116.089</b>

## Produktbereichsbudgets 2009

Nr.	Produktbereich	Ertrag	Aufwand	Saldo
1.01	Innere Verwaltung	70.755.002	271.884.113	-201.129.111
1.02	Sicherheit und Ordnung	48.578.443	121.873.585	-73.295.142
1.03	Schulträgeraufgaben	10.608.708	62.792.666	-52.183.958
1.04	Kultur und Wissenschaft	7.499.241	83.137.608	-75.638.367
1.05	Soziale Leistungen	100.352.741	383.052.619	-282.699.878
1.06	Kinder-, Jugend und Familienhilfe	60.934.936	211.625.711	-150.690.775
1.07	Gesundheitsdienste	731.235	10.866.415	-10.135.180
1.08	Sportförderung	1.580.000	24.627.596	-23.047.596
1.09	Räumliche Planungs-/ Entwicklungsm., Geoinfo	20.356.418	42.500.472	-22.144.054
1.10	Bauen und Wohnen	5.523.031	13.904.148	-8.381.117
1.11	Ver- und Entsorgung	199.258.058	197.962.570	1.295.488
1.12	Verkehrsflächen und anlagen, ÖPNV	54.554.179	126.970.638	-72.416.459
1.13	Natur- und Landschaftspflege	0	23.506.500	-23.506.500
1.14	Umweltschutz	1.441.066	7.782.596	-6.341.530
1.15	Wirtschaft und Tourismus	471.000	20.888.633	-20.417.633
1.16	Allgemeine Finanzwirtschaft	1.167.279.694	371.690.338	795.589.356
1.17	Stiftungen	2.766.800	2.771.346	-4.546
<b>99</b>	<b>Summe</b>	<b>1.752.690.552</b>	<b>1.977.837.554</b>	<b>-225.147.002</b>

Table with 26 columns (1-26) detailing financial data for 1. Gewinngesellschaften (Gesellschaften mit Gewinnerwartung des Gesellschafters). Columns include: Kürzel, Beteiligungsgesellschaft, Gegenstand des Betriebs, Gjahr, Eigenkapital, Bilanzsumme, Umsatz, Betriebs-ergebnis, Zins-ergebnis, Beteili-gungs-ergebnis, Außerordent-liches Ergebnis, Neutrales Ergebnis, Steuern von E + E, Gewinnabführung, Jahres-ergebnis IST, Jahresergebnis Stadt (anteilig), Erwartete anteilige EK-Verzinsung, Kapitaleinlagen konsumtiv, Kapitaleinlagen investiv, Beschäftigte mit Azubis, Umsatz je Beschäftigten, Zuschüsse je Beschäftigten, Betriebs-ergebnis je Beschäftigten, Jahresergebnis je Beschäftigten, Umsatz je EUR Betriebs-ergebnis, and Betriebs-ergebnis/Eigenkapital. Rows include companies like ABG, ALLBAU\*, AMG\*, EBE\*, EVB\*, EVBG\*, EBG\*, EEG\*, EGU, ETEC, FEM, GVE, IRG\*, MEOL\*, OLV\*, PROESS, PTS\*, RGE\*, RRPm\*, SBG\*, SWE\*, VEKS\*, VVE\*, WFB\*, WGE\*, and ZEBRA.

